



Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

66. Jahr Heft 11 November 2013



TITELTHEMA: Politikwechsel in Hessen?

Vergleichsarbeiten in der Kritik: Fachtagung am 11. Dezember

Über 100 Grundschulen haben hessenweit im letzten Schuljahr einen Antrag auf Freistellung von den Vergleichsarbeiten gestellt. Die GEW setzt die Diskussion mit einer Fachtagung am Mittwoch, dem 11. Dezember 2013, im Saalbau Gallus in Frankfurt fort (Frankenallee 111). Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Meyerhöfer und einer anschließenden Aussprache. „Schule geht auch anders“ sollen nach der Mittags-

pause zwei Arbeitsgruppen zur Arbeit mit dem Index für Inklusion (AG 1) und zum Schulfach Glück (AG 2) zeigen. Von 15.30 bis 17 Uhr sind ein Erfahrungsaustausch über die Freistellungsanträge 2013 und eine Beratung über das weitere Vorgehen zu VERA 2014 vorgesehen.

• *Anmeldungen für den ganzen Tag oder auch nur für den Schwerpunkt „Antragserstellung“ am Nachmittag bis zum 25. 11. 2013 an die GEW Hessen; Fax: 069-97129393, E-Mail: bloesel@gew-hessen.de*



Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:
Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeiter:
Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:
Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:
Dieter Tonn (S. 25), Thomas Plaßmann (S. 19, 27), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:
Hessischer Landtag (Titel), Harald Freiling (S. 9, 11), GEW (S. 5, 6, 13, 15, 36, 37)

Verlag:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:
Bad Homburg

Bezugspreis:
Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:
Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:
Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Ökonomisierung der Bildung Vortragsreihe in Frankfurt

Unter der Überschrift „Ökonomisierung und Entdemokratisierung des Bildungswesens“ steht die Vortragsreihe des GEW-Bezirksverbands Frankfurt, der Gesellschaft für Bildung und Wissen und des AStA der Goethe-Universität Frankfurt. Alle Vorträge mit Aussprache beginnen um 19 Uhr im Hörsaalgebäude der Goethe-Universität Gräpfstraße/Mertonstraße auf dem Campus Bockenheim.

14.11.2013
Prof. Dr. Andreas Gruschka, Universität Frankfurt: Der neue Methodenwahn: Strategien zur Vermeidung des Lehrens und Lernens

28.11.2013
Prof. Dr. Hans Peter Klein, Universität Frankfurt: Kompetenzorientierung und Individualisierung von Unterricht – Ein kritischer Blick hinter die Kulissen

12.12.2013
Prof. Dr. Rainer Dollase, Universität Bie-

lefeld: Sinn und Unsinn des Qualitätsmanagements

16.1.2014
Dr. Claudia Schadt-Krämer, Gesamtschule Emschertal Duisburg: Schöne neue Schulfeld – Paradoxa einer verordneten individuellen Standardisierung

30.1.2014
Prof. Dr. Ursula Frost, Universität Köln: Flexibles Lernen oder widerständige Bildung? Überlegungen zu einer grundlegenden Differenz

Titelfoto: Im Landtag

Das Titelfoto zeigt Schülerinnen und Schüler des Starkenburg Gymnasiums Heppenheim, der August-Bebel-Schule Wetzlar und der IGS Wallrabenstein, die am 13. Juni 2013 in einem Planspiel im Hessischen Landtag die

Arbeitsschritte der Gesetzgebung erlebten. Sie schlossen sich zu Fraktionen zusammen und verfolgten den Weg eines Gesetzes bis zur abschließenden Abstimmung im Landtagsplenum. (Foto: Hessischer Landtag)

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 30 Aus der Personalratsarbeit
- 33 Tarif und Besoldung
- 34 Recht: Dienstrechtsreform (Teil 1)
- 36 Jubilare
- 37 Magazin

Titelthema: Politikwechsel in Hessen?

- 7 Arbeitsbedingungen verbessern
- 8 Politikwechsel für gute Bildung
- 9 Kinderförderungsgesetz ändern
- 10 Mitbestimmung wiederherstellen
- 11 Lehrerbildung reformieren
- 12 Steuergerechtigkeit verwirklichen

Einzelbeiträge

- 14 Schwarzbuch Inklusion
- 16 Gute Schule: Adorno-Preis für Judith Butler
- 18 Gedanken über den Verlust der Straßenkindheit
- 20 Mit lea nach Kuba
- 22 Solidarität mit Nicaragua
- 23 Lehrerbildung verändern: Plädoyer für die Einphasigkeit
- 26 Recht auf Fortbildung
- 28 Franz-Kade-Schule: Diskussion über eine Umbenennung
- 32 Von der Integration zur Teilhabe: Neue Richtlinien für Beschäftigte mit Schwerbehinderung

Politikwechsel in Hessen?

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat für den Politikwechsel gestimmt, in Hessen und im Bund. Auf der Bundesebene wird dieser Fakt durch den fulminanten Wahlsieg von „Mutti“ Merkel überdeckt, doch auch im Bundestag kann die Koalition von CDU/CSU wegen des verpassten Einzugs der FDP nicht allein regieren. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat sich für Parteien links des konservativ-liberalen Spektrums entschieden.

Für Hessen gilt dies noch viel mehr. Die CDU konnte mit einem Zugewinn von 1,1 Prozentpunkten weder vom erhofften Merkel-Effekt noch vom Absturz der FDP (-11,2%) wesentlich profitieren. Dass die FDP gerade noch mit landesweit 920 Stimmen die Fünfprozenthürde übersprang, hat an der Chance zu einem Politikwechsel nichts geändert. Die neue Mehrheit ist jetzt aufgefordert, den Wählerwillen in Politik umzusetzen.

Regieren ist kein Selbstzweck. Die Wähler und Wählerinnen erwarten einen Kurswechsel, wie er vor der Wahl von der SPD, den Grünen und der Linken versprochen wurde. Die Schnittmenge ihrer Programme ist groß: mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, eine Verbesserung der Staatseinnahmen und eine wirksame Energiewende.

SPD, Grüne und Linke verfügen im neuen Landtag über eine Mehrheit von 57 der 110 Sitze, die ausreichen würde, die Koalition von CDU und Liberalen abzulösen. Das Votum der Wähler und Wählerinnen ist damit klar: Sie wollen den Politikwechsel in Hessen.

Einer rot-grün-roten Koalition stehen SPD und Grüne, aber auch die Mehrheit der Bevölkerung skeptisch gegenüber. Bei Umfragen präferiert die Mehrheit im Bund und in Hessen eine Große Koalition. Doch welche inhaltlichen Ziele und Wahlversprechen lassen sich in einer solchen Koalition und mit dem Führungsanspruch der CDU realisieren? Im Gegensatz dazu haben SPD, Grüne und Linke gemeinsame Ziele formuliert. Dies betrifft unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn, der ausreicht, nicht mehr auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen zu sein. Dies betrifft gerechtere Steuern mit einer höheren Belastung der Wohlhabenden, die seit 1998 massiv entlastet wurden. Steuererhöhungen sind mit den Konservativen nicht durchzusetzen, obwohl auch deren Wähler und Wählerinnen dafür sind, dass höhere Einkommen und Vermögen stärker besteuert

werden. Bei einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung am 6. und 7. Mai 2013 im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stimmten auch 66% der Anhänger von CDU/CSU der Aussage zu, dass „Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen“. Bei den Anhängern der SPD waren es 85%, bei den Grünen 86% und bei den Linken 87%.

Große Schnittmengen gibt es auch bei den Themen Mindestsicherung, Energiewende, Bildung und Fluglärm. Auch hier gilt es, das gemeinsame Durchsetzbare und nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen.

In Deutschland ist die Meinung weit verbreitet, die Linke wegen der Radikalität einiger ihrer Forderungen für nicht regierungsfähig zu halten. Dass SPD und Grüne in Hessen deshalb auch die Möglichkeit einer Ampelkoalition wieder ins Gespräch bringen, ist angesichts des Marktradikalismus der FDP, die auf eine massive Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen drängt, mehr als erstaunlich. Wenn SPD und Grüne ihre Wahlprogramme ernst nehmen, kommt eine solche Konstellation nicht in Frage.

SPD und Grüne müssen darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit ist, die ausgrenzende Haltung gegenüber der Linken aufzugeben. Die Stimmen in den Parteien und im Wahlvolk für eine veränderte Haltung gegenüber der Linken mehren sich. Dies ist angesichts der Vorgeschichte in Hessen nicht einfach, aber die Parteien, die einen Politikwechsel und eine Ablösung der Regierung Bouffier versprochen haben, müssen jetzt Farbe bekennen!




Dieter Eißel

Politikwissenschaftler,
Professor im Ruhestand
Justus Liebig Universität
Gießen

Medienkompetenz wirkt

Mit der Distanz von zehn Jahren wagen wir einen Blick aus dem Jahr 2023 auf die üblen Zustände im Jahr 2013 und was die große Wende im Mediennutzungsverhalten der Jugendlichen brachte:

Erinnert ihr euch noch an die Jahre, als die Presse ständig den Medienmissbrauch Jugendlicher beklagte? In Zeitungsartikeln schlenderten ahnungslose Lehrer durch Computerräume und wählten ihre Schützlinge auf Recherche über bedrohte Käferarten im Donaudeelta. Die Schüler amüsierten sich jedoch völlig themenfern – wobei die Internetseite „Schweinische Witze“ dabei noch harmlos war. Das bekamen die Lehrer natürlich nicht mit. Genauso wenig ahnten sie, dass sie per Handy gefilmt wurden und bei www.youtube.com landeten: „Lehrer rastet aus“, „Lehrerin schlägt Schüler“, „Lehrer bekommt Ständer“ (Originaltitel). Redakteure stellten fassungslos fest, dass sich Jugendliche besoffen, halbnackt, kiffend und kotzend in sozialen Netzwerken präsentierten. Tumulte löste eine Internetseite aus, auf der Schüler im Schutz völliger Anonymität andere hemmungslos beleidigten. Sortiert nach Städten und Schulen, so dass interessierte User gezielt feststellen konnten, wer die jeweilige Obernutte, wer schwul, superhässlich, am dicksten, blödesten und unbeliebtesten war. Presseberichte empörten sich über Zehnjährige, die einen Mitschüler

mit den Füßen voran auf ein Klettergerüst zogen, um ihn von dort aus fallen zu lassen. Der weinende Junge wurde ebenfalls gefilmt und im Internet ausgestellt: Sein Video bekam einen Spitzenplatz, sogar im außereuropäischen Raum. Auch andere kurzweilige Ereignisse nahmen die lieben Kleinen mit ihren Smartphones auf und „teilten“ sie im Internet: Mitschüler auf dem Klo oder in der Dusche, Prügelopfer an „Locations“ aller Art.

Eine ratlose Diskussion begann: Wie kann man sich an der Demütigung anderer erfreuen und sie noch öffentlich ausstellen? Wie kommt es zu so einer seelischen Verwahrlosung? Wie üblich gaben Kulturpessimisten den Medien die Schuld. Früher hätten der Schatten des Mörders und eine dramatische Steigerung in der Musik gereicht, um Spannung zu erzeugen. Heute müssten Körperteile durch die Gegend rollen, Pathologen durch Blut und Hirnmasse waten, damit ein Film erfolgreich ist. Etliche Jugendliche würden mittlerweile „Pathologe“ als Berufswunsch angeben. Technikfeinde schrieben bestimmten Videospiele eine große Schuld zu. Solche Computersimulationen setze man schließlich beim Militär ein, um Soldaten zu desensibilisieren. „Gutmenschen“ verstiegen sich dazu, ein Verbot von Gewalt verherrlichenden Filmen und Videospiele zu fordern. Dabei hatten kompetente Psychologen doch nun oft genug betont, dass Killerspiele lediglich dem Aggressionsabbau und der seelischen Läuterung dienen und keinerlei negativen Einfluss auf Kinderseelen hätten.

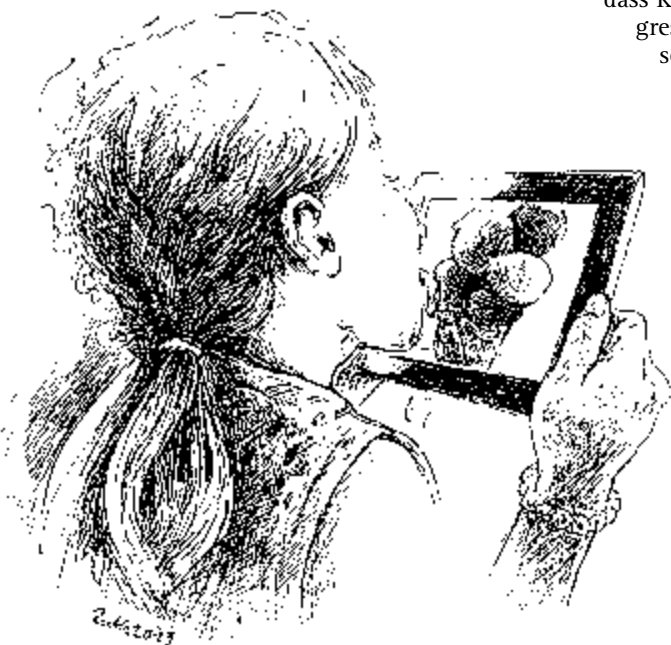
Im Gegenteil: Im Internet könnten sich die Spieler vernetzen und im gemeinsamen Spiel Konzentration und soziale Kompetenz entfalten. Auch käfer- und madenfressende „Promis“ im Fernsehen würden das Menschenbild Jugendlicher nicht schädigen. Schließlich sei so eine zukunftsweisende Sendung wie „Dschungel-Camp“ im Jahre 2013

für den Grimme-Preis vorgeschlagen worden!

Wertkonservative räsonierten weiter über mögliche Ursachen des Medienmissbrauchs. Die Phantasie, die sie dabei an den Tag legten, war beachtlich: fehlende Vorbilder in der Öffentlichkeit, unmoralisches und egoistisches Agieren in Politik und Wirtschaft, Auseinanderfallen der Gesellschaft, chancen- und hilflose Eltern, Konservierungsstoffe in Lebensmitteln, zu viel Zucker und Phosphor, zu wenig Abenteuerspielplätze.

Dabei war die Lösung so einfach. Man musste gar nicht endlos nach den „Wurzeln des Übels“ graben oder Grenzen für Medienfreiheit festlegen. Man musste nicht gewinnträchtige Filme und Spiele indizieren und über fehlende Vorbilder weinen. Pffiffige Journalisten und „Bildungsexperten“ hatten die wahre Ursache der jugendlichen Verrohung schnell herausgefunden: Lehrern – und demzufolge auch ihren Schülern – mangelte es ganz gravierend an „Medienkompetenz“! Natürlich, das war es: mangelnde Medienkompetenz. Kulturpessimisten lamentierten sofort wieder über hohle Begrifflichkeiten und Lösungsansätze, die nur an der Oberfläche kratzen würden. Dessen ungeachtet strich man umgehend die Fächer Kunst, Musik und Erdkunde. Stattdessen wurden für alle Schulen vier Wochenstunden „Medienkompetenz“ angesetzt. Flächendeckend musste das gesamte pädagogische Personal zu Fortbildungen und wurde mit der Existenz, Handhabung und Verwendungsmöglichkeit moderner Medien vertraut gemacht. Grandiose Aha-Erlebnisse erfüllten Lehrerzimmer und Schulflure. Das flugs erstellte Curriculum „Medienkompetenz“ öffnete Hirne und Herzen. Endlich verstanden die Schülerinnen und Schüler, dass Cybermobbing böse ist und ihre Fotos und Filme nie mehr aus dem Internet zu entfernen sind. „Ach so“, sagten die Jugendlichen, „das haben wir gar nicht gewusst. Sonst hätten wir solche Sachen natürlich nicht ins Netz gestellt.“ Erfüllt von ihrer neuen Kompetenz schalteten sie Casting- und Ekelshows im Fernsehen fortan ab und löschten menschenverachtende Videospiele und Rap-Songs. Sie bildeten mit den Außenseitern der Klasse „Dreamteams“ zum gemeinsamen Lernen und Spielen und filmten mit dem Smartphone nur noch kleine Katzen und Hunde.

Gabriele Frydrych



X Bettenhausen: Protest gegen Schulschließung

Die Eichendorff-Schule in Kassel-Bettenhausen spielt eine wichtige Rolle für die Menschen im Stadtteil. Trotzdem soll die Schule geschlossen werden. Die Schule beteiligt sich an der Modellregion Integration und trägt den Titel „Club-of-Rome-Schule“. Als der im Dezember 2011 zum Stadtbaurat gewählte *Christof Nolda* (Die Grünen) die Summe von 15 Millionen für die Sanierung der Schule ins Spiel brachte, gingen die Schülerzahlen zurück. Die Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule wurde von Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) abgelehnt. Die Initiative zum Erhalt der Schule verweist auf die Kosten für den Flughafen Kassel-Calden, „der im kommenden Winter faktisch stillgelegt wird“.

X Landeselternbeirat: Schulsozialarbeit ausbauen!

Der Landeselternbeirat sorgt sich in einer gemeinsamen Erklärung mit allen hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräten um die Zukunft der Schulsozialarbeit. Die Landesregierung müsse sicherstellen, dass der Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit „auch bei Kommunen im Schuttschirm bestehen bleibt“. Die Landesregierung müsse „die Schulträger mit Landesmitteln unterstützen, so dass eine gleichmäßige und gerechte Verteilung an allen Schulen in Hessen möglich ist.“

X Main-Kinzig-Kreis: Besuch aus Nicaragua

Vom 24. September bis zum 13. Oktober waren sechs Jugendliche und zwei Lehrerinnen aus Diriamba in Nicaragua zu Besuch bei ihren Partnerschulen, der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Bruchköbel und der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in Langenselbold. Sie wohnten bei deutschen Familien, erlebten den Schulalltag und machten Ausflüge nach Frankfurt, Gelnhausen und Seligenstadt. Ein Schwerpunkt des 12. Besuchsprogramms seit 1991 war die duale Berufsausbildung mit Besuchen in beruflichen Schulen und örtlichen Handwerksbetrieben und Gesprächen mit dem Bürgermeister von Bruchköbel,

X Erfolg für WiMis an der Goethe-Universität

Den Frauenrätinnen und Vertretern des wissenschaftlichen Mittelbaus an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt ist es in Zusammenarbeit mit der GEW gelungen, dass die familienpolitische Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) nun vollumfänglich angewandt werden soll.

Wer sich um ein Kind kümmert, kann jetzt zwei Jahre länger als Wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt werden. Für jedes weitere Kind verlängert sich die mögliche Beschäftigungsdauer um weitere zwei Jahre.

Gegenüber der bisherigen Praxis, unabhängig von der Anzahl der Kinder maximal ein weiteres Jahr zu gewähren, stellt diese Regelung eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungssituation dar. Darüber hinaus kann die Beschäftigung auch im Falle der Pflege von Familienangehörigen um ein Jahr verlängert werden. Ob dieser Beschluss des Präsidiums umgesetzt wird, entscheidet sich zukünftig vor allem auf der Ebene der Fachbereiche.

Die Auseinandersetzung geht also weiter, zeigt aber auch, dass sich gewerkschaftliches Engagement an der Hochschule lohnt.

Neben der Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen im konkreten Einzelfall freut sich die GEW-Gruppe auch immer über Verstärkung. Die einfachste Kontaktaufnahme ist jene per E-Mail: organizing-ffm@gewlandesverband-hessen.de.

dem Landrat des Main-Kinzig-Kreises und dem Oberbürgermeister von Hanau. Reise und Besuchsprogramm werden von der deutschen Seite finanziert, da den Gästen keine Mittel zur Verfügung stehen. Die deutschen Partnerschulen steuerten die Erlöse aus Flohmärkten und Konzerten bei, doch war die Einladung nur möglich dank der großzügigen Unterstützung durch den Evangelischen Entwicklungsdienst, den Main-Kinzig-Kreis, die Städte Hanau und Bruchköbel, die Bürgerstiftung Hanau, den Förderverein der Heinrich-Böll-Schule sowie den Bundesverband und den Kreisverband Hanau der GEW.

X Israel: Schülerwettbewerb der Landeszentrale

„Israel heute - Menschen, Staat, Geschichte“ ist das Thema des Schülerwettbewerbs 2013/2014 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Einsendeschluss ist am 3.2.2014, alle Infos und das Begleitheft gibt es unter www.hlz.hessen.de.

Kritische Fragen zu den Schülerfragen stellte die AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg in einem offenen Brief an den Direktor der Landeszentrale. Die Empörung entzündet sich insbesondere an der Tatsache, dass keine der Schüleraufgaben die in und außerhalb des Staates Israel lebenden Palästinenser „auch nur ein einziges Mal erwähnt“. Deshalb fragt sich die Arbeitsgruppe der GEW, ob man den Schülern, die an dem Wettbewerb teilnehmen, verschweigen will, „dass das palästinensische Volk seine Heimat im historischen Palästina hat“. Weiter vermisst sie jede Frage zur heutigen Nahostpolitik, zum Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten und zur Lage der arabischen Minderheit in Israel. Zu den „stummen Zeugen“ der Geschichte Israels gehörten auch die Ruinen der über 500 Dörfer, deren arabische Bewohner 1948/49 vertrieben wurden. Das Zitat von *Ephraim Kishon*, bei der Gründung des Staates Israel seien „Menschen *im Sand* zusammengekommen“, um „einen demokratischen Staat zu gründen“, wiederhole wahrheitswidrig den israelischen Gründungsmythos, es habe im Nahen Osten „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ gegeben.





Neuer Vorstand der GEW Südhessen

Bei seiner Delegiertenversammlung wählte der GEW-Bezirksverband Südhessen einen neuen Vorstand. Das Vorsitzendenteam bilden *Heinz Bayer*, *Tony Schwarz* und *Doro Jeckel* (1., 2. und 4. von links).

Wiedergewählt wurden auch (von rechts) als Geschäftsführer *Klaus Armbruster*, als Schatzmeister *Peter Eickelmann* und als Pressesprecher *Holger Giebel*.

Die Rechtsberatung übernimmt *Hans-Heinrich Uhl* (3. von links). Nicht

auf dem Foto ist die Schriftführerin *Barbara Ludwig*.

Viel Beifall gab es für den Vortrag von *Matthias Burchardt* zur Ökonomisierung der Bildung.

Einstimmig beschlossen die Delegierten das Projekt „GEW-Hochschuloffensive“ an der Technischen Universität Darmstadt, mit dem die Gewinnung von Mitgliedern unter den Studierenden und wissenschaftlichen Beschäftigten hauptamtlich unterstützt werden soll.

Fortbildung zum Legasthienetherapeuten

Die CJD Jugenddorf-Christophoruschule Oberurff, die einzige Schule in Hessen mit staatlich anerkanntem Legasthienzentrum, veranstaltet am 28. November 2013 um 19.30 Uhr einen Informations- und Diskussionsabend über Legasthenie mit dem Humangenetiker *Prof. Dr. Grimm* aus Würzburg. Im April 2014 beginnt am Legasthienzentrum des CJD Oberurff ein Ausbildungslehrgang zum Dyslexietherapeuten nach den Richtlinien des Bundesverbandes Legasthenie (BVL) unter der Leitung von *Prof. Dr. Grimm*. Infos gibt es unter Tel. 05626-99840, www.cjd-oberurff.de, E-Mail: akademie@christophoruschule-oberurff.de

Inklusives Theater: Alles Dada in Darmstadt

Das Theaterlabor Darmstadt um unseren GEW-Kollegen *Max Augenfeld* und *Nadja Soukup* wird ein inklusives Theater, das mit professionellen Darstellern und Menschen mit Behinderung anspruchsvolles Theater kreieren will: Auf den Sommernachtstraum als „Theater von Allen für Alle“ und „Kafkas Brille“ folgt nun „Alles Dada“. Ziel ist die „humorvolle Infragestellung des gesunden Menschenverstands“, der schon mit *Kafkas* surrealen Szenarien auf die Hörner genommen wurde. Gespielt wird im Theater Moller-Haus um 19 Uhr am 21.11., 12.12., 13.12. und 31.1. und um 11 Uhr am 20.11., 29.1. und 30.1.

• Infos: www.theaterlabor-darmstadt.de

Hessischer Demokratietag: Bensheim, 22. November

Am Goethe-Gymnasium Bensheim findet am 22. November 2013 der 6. hessische Demokratietag unter dem Titel „Netzwerk-Demokratie – Wir spinnen weiter...“ statt. Der Tag dient als Forum zum Austausch für interessierte Schulen, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und alle an Schule Beteiligten, die mit ihrem aktiven Engagement bei der demokratischen Gestaltung und Entwicklung von Schule mitwirken wollen. Auf dem Programm stehen Vorträge und 20 Workshops, die sich mit Partizipation und Demokratie in der Schule befassen und in vielen Fällen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestaltet werden. Ein „Markt der Möglichkeiten“ ist von 9.30 bis 14 Uhr geöffnet. Die Veranstaltung wird auch vom GEW-Kreisverband Bergstraße unterstützt.

• Infos: www.gud.bildung.hessen.de; Anmeldung: www.hessen.ganztaegig-lernen.de

GEW trauert um Adi Feuster

Wir trauern um den Ehrenvorsitzenden des Bezirksverbands Frankfurt der GEW *Adam (Adi) Feuster*, der am 19. September 2013 im Alter von 78 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist. *Adi Feuster* war langjähriger Vorsitzender des GEW-Bezirksverbandes Frankfurt, Lehrer am Lessing-Gymnasium und Inhaber des Ehrenbriefs des Landes Hessen.

Mit aller Kraft hat sich *Adi* für die Interessen und Rechte der Kolleginnen und Kollegen in den öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen eingesetzt. Immer stand er an der Seite der Beschäftigten in prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Sein besonderes Engagement galt der Integration der ausländischen Lehrkräfte in den hessischen Schuldienst. Nicht vergessen werden wir seine vorbehaltlose Unterstützung der von Berufsverboten betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Im pädagogischen Bereich hat er sich eindeutig gegen ein selektives Schulwesen, für das längere gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler ausgesprochen.

Adi Feuster hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Frankfurter GEW in der innergewerkschaftlichen und öffentlichen Meinungsbildung als unabhängige und selbstbewusste Gewerkschaft wahrgenommen wurde.

GEW-Bezirksverband Frankfurt

Online-Petition für Ausbildungsgarantie

Die GEW unterstützt mit ihrem Gewerkschaftstagsbeschluss vom 15. Juni 2013 zusammen mit der DGB-Jugend, dem Landeselternbeirat Hessen und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die Onlinepetition der Landesschülervertretung Hessen „Ausbildungsgarantie jetzt!“. Wer sich konkret für eine Ausbildungsgarantie einsetzen möchte, kann die Onlinepetition hier unterzeichnen: <https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildungsgarantie-jetzt/>

Arbeitsbedingungen verbessern

Nach der Abwahl der schwarz-gelben Landtagsmehrheit müssen SPD, GRÜNE und LINKE ihre parlamentarische Mehrheit nutzen und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und damit auch im hessischen Bildungswesen verbessern. Wir erwarten von allen Parteien, dass sie ihre im Wahlkampf gemachten Zusagen nicht faulen Koalitionskompromissen opfern. Die bundesweit höchste Pflichtstundenbelastung, die unerträglich hohe Zahl befristeter Verträge, der hessische Sonderweg durch den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL): All dies muss jetzt endlich beendet werden. Gegen die unsoziale und arbeitnehmerfeindliche Politik von Schwarz-Gelb kämpft die GEW Hessen gemeinsam mit den Beschäftigten und Bündnispartnern seit Jahren. Jetzt erwarten wir die Einlösung der Zusagen, die SPD, Grüne und Linke vor der Wahl auch in der HLZ 9/10-2013 gegeben haben.

Arbeitszeit reduzieren, Fristverträge beenden

SPD: „Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten in Hessen. (...) Wir wollen die Pflichtstundenerhöhung zurücknehmen.“

GRÜNE: „Wir wollen die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 42 Stunden schrittweise reduzieren.“

LINKE: „Wir setzen uns für die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für hessische Beamtinnen und Beamten ein. Auch die im Jahr 2004 erfolgte Pflichtstundenerhöhung wollen wir zurücknehmen.“

Die zügige Rücknahme dieser andauernden Mehrbelastung ist für die GEW Hessen das wichtigste Testkriterium dafür, wie ernst die Parteien es wirklich mit der Bildung meinen. Wer die von den Profis täglich geleistete Arbeit weiterhin missachtet, wird der Bedeutung von Bildung in der kommenden Legislaturperiode nicht gerecht werden. Insbesondere warnen wir davor, diese Reduzierung auf die lange Bank zu schieben oder gar der Schuldenbremse zu opfern. Genauso erwarten wir, dass die Parteien ihre Zusagen zur Beendigung des Unwesens der Fristverträge zügig und konsequent umsetzen:

SPD: „Die SPD wird die wiederkehrende Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen (...) auf das absolut unverzichtbare Maß beschränken.“

GRÜNE: „Lehrerinnen und Lehrer als ‚Saisonarbeiter‘ müssen der Vergangenheit angehören.“

LINKE: „Wir wollen die Befristungen beenden.“

Knapp 20% aller Lehrerinnen und Lehrer in den hessischen Schulen sind mit befristeten Verträgen beschäftigt. Fast 90% aller wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Fristverträge. Bildung und Wissenschaft und die dort Beschäftigten benötigen dringend eine Perspektive für ihre Arbeit. Schülerinnen und Schüler benötigen für ein gutes Bildungsklima pädagogische Kontinuität. Deshalb wird die GEW Hessen weiterhin sehr genau darauf achten, was zur Beendigung dieser skandalösen Praxis getan wird.

In die Tarifgemeinschaft zurückkehren

SPD: „Wir werden uns für die Rückkehr Hessens in die TdL einsetzen.“

GRÜNE: „Wir werden uns für die Rückkehr Hessens in die TdL einsetzen.“

LINKE: „Ja, wir (...) werden uns auch weiterhin für die Rückkehr Hessens in die TdL einsetzen.“

Die GEW Hessen kämpft gegen die Spaltung der Beschäftigten und damit für einen Flächentarifvertrag. Roland Koch übernahm die Vorreiterrolle, um die Gewerkschaften durch Vereinzelung zu schwächen. Dies ist gescheitert. Die Rückkehr in die TdL ist lange überfällig, damit die Beschäftigten aller Bundesländer in Zukunft wieder gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen streiten können. An der Rückkehr in die TdL werden wir die Haltung der Parteien zur Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Tarifpolitik messen.

Wer seine Zusagen nicht einhält und den von den Wählerinnen und Wählern gewollten Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Bildungspolitik und angemessenere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in Hessen jetzt nicht umsetzt, wird mit dem Vorwurf leben müssen, diese nicht ernst gemeint und die Wahlberechtigten hinter das Licht geführt zu haben. Die Mehrheiten für all diese Veränderungen sind ab dem 18. Januar im Hessischen Landtag vorhanden. Die GEW Hessen fordert SPD, Grüne und LINKE dazu auf, diese Mehrheit parlamentarisch auch zu nutzen.

Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender

Hessen: GewerkschafterInnen für Rot-Grün

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Hessen vom 22. September 2013 (in Prozent)

■ SPD ■ Grüne ■ CDU ■ Linke ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen:



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2013 / Landeswahlleiter Bayern

Gewerkschaftsmitglieder*:



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Politikwechsel für gute Bildung

Die Antworten der Oppositionsparteien auf die Fragen der GEW in der HLZ 9-10/2013 machen es deutlich: Auch unter Rot-Grün wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Das Diktat der Schuldenbremse, der SPD und Grüne im Landtag zugestimmt haben, wird uns auch bei einer anderen Mehrheit harte Kämpfe um mehr Ressourcen für eine bessere Bildung aufzwingen. Strukturelle Änderungen der Schullandschaft sind auch angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse und der Fähigkeit der Konservativen, gegen jede auch noch so vorsichtige Öffnung zu mobilisieren, nicht zu erwarten. Die Volksabstimmung in Hamburg ist auch für Hessen ein Menetekel. Aber die Antworten in der HLZ machen auch deutlich, dass die Weichen bei einigen ganz zentralen Themen der hessischen Schulpolitik nur mit einem Regierungswechsel neu gestellt werden können. SPD, Grüne und Linke setzen unterschiedliche Akzente, aber die Projekte, die nur gemeinsam angepackt werden können, sind klar zu beschreiben. Jede andere Konstellation bedeutet weiteren Rückschritt oder Stillstand.

Baustelle Inklusion

In der Frage, wie der UN-Behindertenrechtskonvention in hessischen Schulen Geltung zu verschaffen ist, sollte es auch für die Grünen den propagierten „Schulfrieden“ mit CDU und FDP nicht geben. Die bisherigen Koalitionspartner haben mit einer inklusiven Schule und mit gemeinsamem Lernen nichts am Hut. Der frühere grüne Justizminister *Rupert von Plottnitz*, der heute als Rechtsanwalt Eltern im Kampf für inklusiven Unterricht gegenüber Behörden und Gerichten vertritt, sprach bei der Vorstellung des „Schwarzbuchs

Inklusion“ von einem „mentalen Nein“ der Landesregierung (HLZ S.14), die Exklusion in einem gegliederten, selektiven Schulsystem stets zu ihrem Markenzeichen machte.

Initiativen von Schulen, Lehrkräften und Eltern ist es zu verdanken, dass sich alle drei bisherigen Oppositionsparteien zur Aufhebung des Ressourcenvorbehalts bekannt haben und die strukturellen Fehler der neuen Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung beseitigen wollen, indem sie endlich wieder an den erfolgreichen Strukturen und Bedingungen des Gemeinsamen Unterrichts anknüpfen. *Prof. Anne-Dore Stein* (Verein *Politik gegen Aussonderung*) forderte bei der Vorstellung des „Schwarzbuchs Inklusion“ „einen Aktionsplan für die nächsten zwei Jahre“ (HLZ S.14). Sicher werden zwei Jahre nicht ausreichen, aber anpacken lässt sich die Aufgabe nur mit einer neuen und anderen Mehrheit.

Die Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW Hessen forderte SPD, Grüne und Linke auf, „dem Wählervotum zu folgen und den Politikwechsel herbeizuführen, für den Sie im Wahlkampf geworben haben“. Die Streichung des Ressourcenvorbehalts und ein Zeitplan für den Aufbau einer sonderpädagogischen Grundausstattung aller Schulen seien vorrangig, um den „desolaten Zustand der sonderpädagogischen Förderung in Hessens Schulen“ zu überwinden.

Baustelle Schulzeitverkürzung

In der Frage der Rückkehr zur flächendeckenden sechsjährigen Mittelstufe (G9) könnte es trotz des Gleichklangs der Kritik an G8 schwieriger werden, einen Konsens von SPD, Grünen und Linken herzustellen, haben doch die Grünen mit der CDU für eine Wahlfreiheit der Schulen votiert und damit gegen die Wahlfreiheit der Eltern. Sie müssen für ihre Kinder weite Schulwege in Kauf nehmen, um eine Schule mit dem gewünschten Profil zu finden. Eltern protestieren unter anderem auf dem Weg der Volksinitiative dafür, dass auch die Kinder, die bereits in der gymnasialen Mittelstufe sind, eine Wahlmöglichkeit haben. Dass die vielen weißen Flecken ohne G9-Angebote an Gymnasien auch ihnen angelastet werden, scheinen die Grünen gemerkt zu haben. In der HLZ sprachen sie sich dafür aus, „die Eltern der Grundschulkinde(r) zu befragen, ob sie G8 oder G9 wollen, und anschließend gemeinsam mit den weiterführenden Schulen ein entsprechendes Angebot (zu) organisieren“. Dies ist eine Absage an das gültige Gesetz, das solche Befragungen nicht vorsieht, sondern die Entscheidung den Schulgremien der Gymnasien überträgt. SPD und Linke fordern ohne Wenn und Aber eine Rückkehr zu G9.

Baustelle Ganztagschule

„Ganztagschule nach Maß“ war das Label, mit dem die CDU- und FDP-geführten Kultusministerien den Stillstand beim Ausbau der Ganztagschule umetikettierten. Bestenfalls eine pädagogische Mittagsbetreuung sprang für die Schulen heraus, die sich auf den Weg zur Ganztagschule machen wollten. In der Kritik an dem Etikettenschwindel waren sich SPD, Grüne und Linke in der Opposition einig. Jetzt sollte es nach

„Schluss mit dem Bildungspfusch“
Plakat der GEW zur Landtagswahl



den gemeinsamen Wahlversprechen auch zu einem gemeinsamen Aktionsplan kommen. Konservative Bildungsideologen von CDU und CSU, die das Betreuungsgeld als sozialpolitische Großtat feiern, und FDP, deren Kultusministerin in Hessen kurz vor der Wahl gegen die „Zwangsganztagsschule“ polemisierte, sind hier keine denkbaren Bündnispartner.

Baustelle Selbstständige Schule

Bei den Themen Inklusion, Schulzeitverkürzung und Ganztagschule könnten sich SPD, Grüne und Linke sicher sein, auch eine gesellschaftliche Mehrheit abzubilden, gibt es doch für diese Projekte eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung. In der Auseinandersetzung um die „Selbstständige Schule“ wird die GEW kaum auf Rückenwind durch eine rot-grüne Mehrheit hoffen können, zu sehr haben sich auch SPD und Grüne diese auf die Fahnen geschrieben. Für die GEW wird es deshalb darauf ankommen, noch deutlicher zu machen, dass die selbstständige Schule in ihrer bisherigen hessischen Ausprägung in einem heftigen Widerspruch zu den Forderungen nach Chancengleichheit und Demokratie in der

Schule steht. Selbstständige Schulen, die um die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler konkurrieren, die benachteiligte Kinder und Jugendliche ausgrenzen, um im Ranking und im betriebswirtschaftlichen Benchmarking zu bestehen, die Mitbestimmungsrechte ignorieren und deren Schulleiter als Führungskräfte agieren, wollen wir nicht.

Immerhin haben SPD, Grüne und Linke in der HLZ mehr oder weniger deutliche Distanz zu Vergleichsarbeiten und Schulinspektionen erkennen lassen. Die SPD will standardisierte Tests nur, wenn sie diagnostischen Wert besitzen, und lehnt die bisherige Form der Schulinspektion ab. „Unterstützungssysteme“ sollen „den Schulen bei der Evaluierung ihrer Arbeit helfen“. Die Grünen wollen in vornehmer Zurückhaltung „die Schulinspektion weiterentwickeln“ und die dabei entstandene „überbordende Bürokratie zurückfahren“. Die Linke habe „die Lernstandserhebungen und Vergleichstests immer auf das Schärfste kritisiert“ und lehnt „die derzeitige Form der Schulinspektion“ ab. Gemeinsame Vorhaben scheinen auch in diesem Bereich nicht ausgeschlossen zu sein.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

Kinderförderungsgesetz ändern

Nach breiten Protesten hatte die CDU-FDP-geführte Landesregierung kurz vor der dritten Lesung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes (KiföG) im Frühsommer 2013 den „schlimmsten Hammer“, die Öffnung des Fachkräfteschlüssels für nicht pädagogisch ausgebildetes Personal, gestrichen. Danach wurde es ruhiger um das erst 2014 in Kraft tretende Gesetz, dessen Kerngedanke, die Zusammenführung unterschiedlicher Fördervoraussetzungen, Verordnungen und Finanzierungsmittel zu einem Hessischen Kinderförderungsgesetz, trotz aller Kritik allgemein befürwortet wurde.

Weit weniger Beachtung als der mögliche Einsatz fachfremden Personals in Kitas fand der strukturelle Wirkungsmechanismus des KiföG, insbesondere die Pro-Kind-Pauschale. Sie bedeutet, dass diejenige Kindertageseinrichtung die höchste Landesförderung erhält, die die meisten Kinder „unter Vertrag“ hat. Damit werden die Landesgelder weg von der Fläche hin zu den Ballungsräumen und Großstädten gelenkt, weil dort mehr Kinder leben. Zusammen mit dem altersbezogenen Fachkraftfaktor und dem Betreuungsmittelwert, ermittelt aus der Verweildauer eines „statistischen Kindes“ in der Einrichtung, entsteht so der Zwang, die maximale Gruppengröße von 25 Kindern – in altersgemischten Gruppen – auszuschöpfen. Denn wie René Rock, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, zur Verteidigung des Mechanismus richtig ausführte: „Jedes Kind bringt mehr finanzielle Mittel für die Einrichtung.“

Die Rückführung der Pro-Kopf-Pauschale auf die gruppenbezogene Förderung wurde von SPD, Grünen und Linken mit aller Klarheit zugesagt, nicht zuletzt auch in der HZ 9-10/2013 (S.9). Zur „grundlegenden Überarbeitung“ des KiföG, die die Grünen in der HLZ ankündigten, gehört auch die finanzielle Sicherstellung der Betreuungszeiten und der tatsächlichen Öffnungszeiten der Einrichtungen, die den Bedarf der berufstätigen Eltern erfüllen sollen, ohne dafür mehr Gebühren verlangen zu müssen.

Dringend an der Zeit ist es aber auch, neu über die Frage der Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten zu reden. Im Zuge der Schuldenbremse und der kommunalen Schutzschirme haben mehr als 40 hessische Kommunen die Anhebung ihrer Kitagebühren oder das Ende der Beitragsfreiheit für das letzte Kitajahr angekündigt, um die in den Haushaltssicherungskonzepten festgeschriebene erhöhte Kostendeckung für Kitaplätze zu erreichen. Der Finanzausschuss einer südhessischen Gemeinde kalkulierte mit einer Deckung von 20 bis 35% der Vollkosten durch Gebühren. Die für die Eltern dann anfallenden Kosten für Platz und Verpflegung des Kindes ließen die Stadtverordneten dann aber doch zweifeln, ob sich die Eltern bei einer Erhöhung um bis zu 50% die Kita überhaupt noch leisten können oder ihre Kinder erst gar nicht mehr anmelden.

Karola Stötzel, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende



Ansprache von Karola Stötzel beim DGB-Aktionstag „für den Politikwechsel“ am 7. 9. 2013 in Frankfurt

Mitbestimmung wiederherstellen

Das Ergebnis der Landtagswahl hat keine zwingende Koalitionsoption erbracht. Politische Aussagen der Parteien vor der Wahl sind die Richtschnur für den dringend notwendigen Politikwechsel in Hessen.

Das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) wurde in den vergangenen Jahre unter den CDU- und CDU/FDP-Regierungen erheblich ausgehöhlt, insbesondere durch das als „Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung“ verkleidete Gesetz, mit dem im Jahr 1999 massive Verschlechterungen für die hessischen Personalvertretungen in Kraft gesetzt wurden.

Vor der Landtagswahl haben CDU und FDP auch in der HLZ bekräftigt, dass sich die Regelungen des HPVG „grundsätzlich bewährt“ haben (FDP) und „keine Änderungen beabsichtigt sind“ (CDU). Aus ihrer Sicht ist dies nach der massiven Beschneidung von Personalratsrechten folgerichtig.

SPD, GRÜNE und LINKE haben sich demgegenüber für die Rücknahme der Verschlechterungen und für einen Ausbau der Beteiligungsrechte positioniert. Die SPD erklärte, dass sie „mit dem Abbau von Mitbestimmungsrechten nie einverstanden war“. Auch die GRÜNEN erklärten, dass sie durch eine Novellierung des HPVG „die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterentwickeln“ wollen, die „von Schwarz-Gelb massiv abgebaut wurde“. Die LINKE setzt sich für eine „vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte“ ein und will das HPVG „im Dialog mit den Gewerkschaften weiterentwickeln“.

Die GEW fordert SPD, GRÜNE und LINKE auf, ihre Landtagsmehrheit unmittelbar nach der Konstituierung des neuen Landtags Anfang 2014 dafür zu nutzen, das HPVG auf den Stand vor 1999 zurückzusetzen. Der entsprechende Gesetzentwurf dafür ist längst erarbeitet und kann sehr schnell eingebracht werden. Finanzielle Folgen hat dieses Gesetz nicht, so dass auch der Vorbehalt des Kassensturzes hier keine Aus-

reden bietet. Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode müssen SPD, GRÜNE und LINKE dann ihre Mehrheit im Landtag nutzen, um das HPVG den aktuellen Erfordernissen und der Entwicklung im öffentlichen Dienst seit 1999 anzupassen. Auch hierfür gibt es von Seiten des DGB bereits intensive Vorarbeiten, Anforderungen und Überlegungen.

Das Landesschulamt (LSA) ist nach einer Initiative der FDP von der CDU/FDP-Mehrheit im Landtag durchgesetzt worden und hat am 1. Januar 2013 seine Arbeit aufgenommen. Auch neun Monate nach Einrichtung des LSA ist die Kritik an der neuen Behörde nicht verstummt, im Gegenteil, früher geäußerte Befürchtungen haben sich bestätigt. In der CDU gab es 2012 deutliche Vorbehalte gegen die Einrichtung eines LSA, der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion gab im Zug der Auseinandersetzung zwischen CDU und FDP sein Amt auf. Auf die Frage der HLZ nach einer „Rückabwicklung“ des LSA hielt sich die CDU vor der Wahl bedeckt: „Oberste Priorität“ habe für sie der Erhalt der 15 Schulämter. SPD, GRÜNE und LINKE haben sich fast wortgleich für eine Rückabwicklung des LSA ausgesprochen. Auch dieser Beschluss kann schnell umgesetzt werden und hat sogar positive finanzielle Folgen. Eine schnelle Entscheidung ist auch deshalb erforderlich, damit die Beschäftigten nicht länger im Ungewissen über die strukturelle Perspektive ihres Arbeitsplatzes bleiben müssen.

Die GEW erwartet von der derzeit noch amtierenden CDU/FDP-Landesregierung, dass – entgegen der Absicht der scheidenden Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) – keine weiteren Entscheidungen über Stellenbesetzungen, Versetzungen oder Immobiliengeschäfte getroffen werden, die das LSA weiter zementieren und Handlungsspielräume einer neuen Mehrheit einengen würden. Das ist politisch unakzeptabel und den Beschäftigten gegenüber nicht verantwortlich. Beschäftigte dürfen keine politische Manövriermasse sein!

Von SPD, GRÜNEN und LINKEN erwartet die GEW, dass sie diese Vorgänge bis zur Bildung einer neuen Regierung äußerst kritisch begleiten.

Angela Scheffels

Referat Mitbestimmung im GEW-Landesvorstand

Keine Besetzung der Leitung des Landesschulamts!

Die GEW forderte die Kultusministerin Beer auf, das Ergebnis der Landtagswahl zu akzeptieren und die „Aktion Abendröte“ zu stoppen. Offenkundig beabsichtigt sie, noch in den letzten Tagen ihrer Amtszeit die Präsidentenstelle des Landesschulamts (B6-Stelle) und weitere B2-Stellen zu besetzen, obwohl die Mehrheit des zukünftigen Landtags erklärt hat, dieses Amt umgehend wieder abzuschaffen. GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* sagte dazu gegenüber der Presse:

„Augenscheinlich haben die FDP und ihre designierte Generalsekretärin aus ihrer Wahlschlappe nichts gelernt, sondern wollen weiter Klientelpolitik betreiben. Die Besetzungen würden nach der Wiederabschaffung der gegen das Petition fast aller Experten durchgedrückten Monsterbehörde Steuergelder kosten, die wir für bessere Bildungsangebote in Hessen benötigen.“

Auch wenn einige uns gerne abschreiben würden, machen unsere Ideen in Hessen Schule.

Schuljahr erfolgreich gestartet!

www.fdp-fraktion-hessen.de

Lehrerbildung reformieren

In den Verlautbarungen vor der Wahl haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch in der HLZ einvernehmlich konstatiert, dass die Lehrerausbildung seit der Kürzung der Ressourcen durch die schwarz-gelbe Landesregierung unterfinanziert ist.

Auf die Frage des GEW-Bezirksverbands Nordhessen, ob die Partei im Falle der Regierungsübernahme dafür sorgen wolle, dass mehr Ressourcen für die Lehrerausbildung zur Verfügung gestellt würden, erklärt die SPD, sie werde „in einem ersten Schritt die finanzielle Ausstattung wieder auf den Stand vor den erheblichen Kürzungen durch die Landesregierung im Jahr 2011 anheben“. Bündnis 90/Die Grünen dokumentieren in ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine des Bezirksverbands Nordhessen Einsicht in die Konsequenzen der Kürzungen für die Lehrerausbildung:

„Im Zuge der Kürzungen bei der Lehrerbildung wurde die Arbeitszeit der Ausbilderinnen und Ausbilder der Referendare viel zu knapp bemessen. Da die Ausbilderinnen und Ausbilder aber in der Regel auch selbst an Schulen unterrichten, stehen sie vor einem Dilemma. Als Ausbilder müssen sie den Unterricht der Referendare besuchen, als Lehrer müssen sie selbst Unterricht halten. Beides gleichzeitig geht nicht, so dass hier Unterrichtsausfall vorprogrammiert ist. Die Ausbildungsschulen sind also doppelt bestraft und haben eventuell sogar eine schlechtere Unterrichtsabdeckung als früher.“

Auch die Erhöhung der Anrechnungsstunden der LiV an den Ausbildungsschulen von 6,5 auf 8 Stunden sahen die Grünen vor der Wahl kritisch:

„Der Ausbildung abträglich sind auch die hohe Unterrichtsverpflichtung der LiV und die Erhöhung der Anrechnung der LiV an den Ausbildungsschulen von 6,4 auf 8 Stunden, welche eine Doppelbesetzung endgültig nicht mehr möglich macht. Sie hat auch dazu geführt hat, dass die Ausbildungsbereitschaft an den Schulen gesunken ist, da bei Aufnahme von LiV bspw. Überbesetzung droht.“

Die Linke äußerte sich zu besagten Wahlprüfsteinen ähnlich: *„DIE LINKE in Hessen weiß um die hohe Belastung der Mentorinnen und Mentoren und um die Problematik der Praxisbezogenheit während des Studiums. Natürlich müssen mehr Ressourcen geschaffen werden, um u. a. die Betreuung während und auch nach den Praktika zu gewährleisten.“*

Wenn diesen klugen Einsichten gemeinsame Taten folgen, dann müssen in den ersten Monaten nach Amtsantritt einer neuen Landesregierung folgende zentrale Forderungen der GEW in Sachen Lehrerausbildung erfüllt werden:

- Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren, denn diese betreuen Praktikantinnen, Praktikanten und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, bilden diese zusammen mit den Ausbilderinnen und Ausbildern aus, unterstützen die Schulleitung beim Verfassen des Schulleitergutachtens und nehmen als Lehrkraft des Vertrauens an der Zweiten Staatsprüfung teil.
- Wiederaufnahme der Beschreibung der Aufgaben und Rechte der Mentorinnen und Mentoren in die Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes
- Erhöhung der Zuweisung für die Ausbildung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auf mindestens 5,2 Wochenstunden pro LiV und Schaffung eines separaten, auskömmlichen

Pool von Stunden für Nachteilsausgleich und Wiederherstellung der Gesundheit der Ausbilderinnen und Ausbilder

- Reduzierung der Anrechnungsstunden der LiV an den Ausbildungsschulen von 8 auf 4 Stunden, denn nur so ist ausbildungsförderliche „Doppelsteckung“ gewährleistet.

Mittelfristig, vielleicht im Lauf des ersten Jahres nach Zusammentreten des neuen Landtages, sollte dann das allerorts kritisierte Praxissemester wieder abgeschafft werden, weil es allen Expertisen zur Lehrerausbildung widerspricht und zu Lasten der Studierenden, der Schulen und der Schülerinnen und Schüler geht.

Länger wird eine Reform der Lehrerfortbildung dauern, denn diese ist durch die Liberalisierung des Bildungsmarktes zerschlagen und es bedarf guter Konzepte und klug eingesetzter Ressourcen, um das einst vorbildliche Niveau hessischer Lehrerfortbildung wieder zu erreichen. Auch die Konzeption einer Berufseingangsphase mit einer Stundenentlastung von sechs Stunden im ersten Jahr des Berufseinstiegs und dann mit zwei Stunden wird nicht kurzfristig zu entwickeln sein.

Zu grundlegenden Fragen und längerfristigen Perspektiven der Lehreraus- und -fortbildung hat die GEW in ihren Landesvorstandsbeschlüssen vom 24. März 2012 „Regionale Fortbildung und Unterstützung im Kontext des Umbaus der staatlichen Schulverwaltung“ und vom 5. Mai 2013 „Veränderung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung“ ausführlich Stellung bezogen (www.gew-hessen.de > Meine Gewerkschaft > Themen > Lehreraus- und -fortbildung).

Gern wird die GEW ihren Sachverstand und ihre Erfahrungen bereitstellen, um an der Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung in Hessen mitzuarbeiten.

Dr. Franziska Conrad

Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand



Steuergerechtigkeit verwirklichen

SPD, GRÜNE und LINKE sind in Hessen erklärtermaßen angetreten, nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch einen „Politikwechsel“ herbeizuführen. Dafür haben alle drei Parteien programmatische Ziele vorgelegt und mehr oder weniger detailliert dargelegt, wie sie sich die Finanzierung ihrer Konzepte vorstellen.

Die SPD startete während des Wahlkampfes die Kampagne „800 Millionen für Hessen - Steuerflucht stoppen“, um 5.000 neue Kitaplätze, 1.600 zusätzliche Polizisten und Lehrer und 20.000 bezahlbare Wohnungen zu finanzieren. Dazu will die SPD alle Steuerschlupflöcher schließen, 250 neue Steuer- und Betriebsprüfer in Hessen binnen fünf Jahren einstellen, Steuerabkommen verhindern, „die die Steuerumgehung erleichtern“, Steuer-CDs mit Steuerbetrügerdaten kaufen und Banken nach US-Vorbild sanktionieren, die Geschäfte mit Steuerflucht machen. Außerdem sollen Konzerne gezwungen werden, aufzuschlüsseln, „wo sie welchen Gewinn versteuern“.

Die Wahlen haben eine Mehrheit für diesen Politikwechsel sowohl in Hessen als auch im Bund ergeben. Dieser ist nicht zuletzt in der Finanzpolitik dringend nötig, denn CDU und FDP haben es in Hessen in den letzten Legislaturperioden geschafft, die Schulden des Landes auf 41 Milliarden Euro fast zu verdoppeln. Gleichzeitig wuchs der Nachholbedarf auch in der Bildungspolitik von der Kita bis zur Hochschule.

Eine GEW-Studie von 2011 (1) kommt zu dem Ergebnis, dass die notwendigen bildungspolitischen Verbesserungen in Hessen rund 4 Milliarden Euro und die Beseitigung des Investitionsstaus 3,1 Milliarden kosten würden. Mit einem entsprechenden Steuerkonzept, das auch von der Memorandum-Gruppe unterstützt wird, könnten Mehreinnahmen von rund 5,56 Milliarden Euro erzielt werden. Damit ist die Finanzierbarkeit grundsätzlich nachgewiesen, vorausgesetzt, die Parteien trauen sich an die Umverteilung von oben nach unten heran, und dies im Bundestag und im Bundesrat.

Deshalb kommt einer alternativen Finanzpolitik in Hessen eine entscheidende Bedeutung zu. Im Wahlkampf haben die drei Oppositionsparteien, die für einen Politikwechsel in

Hessen eingetreten sind, steuerpolitische Konzepte vorgelegt, mit denen sich sicherlich nicht alle notwendigen Verbesserungen erreichen lassen, die aber einen spürbaren Politikwechsel einleiten würden:

- Die GRÜNEN wollen mit einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer, der Umsatzsteuer, der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer und der Zahl der Betriebsprüfer insgesamt 1,5 Milliarden Euro erwirtschaften. Außerdem setzen sich die Grünen für eine befristete Vermögensabgabe und eine Börsenumsatzsteuer ein, die nicht näher beziffert wird. Außerdem soll der Bund die Zinsen für die Landesschulden übernehmen.

- Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag am 6. Dezember 2011 ihre Pläne für mehr Steuergerechtigkeit dargelegt. Durch Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in Höhe von 37 Milliarden Euro und einen Subventionsabbau von 14 Milliarden Euro soll ein „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ entstehen. Ab 2016 sollen den Ländern und Gemeinden rund 20 Milliarden Euro durch Mehreinnahmen bei der Vermögenssteuer, die Rücknahme der Steuergeschenke für Hoteliers, die Erhöhung der Spitzensteuern und die Umgestaltung des Ehegattensplittings zu Gute kommen, weitere 4,6 Milliarden Euro sollen Ländern und Gemeinden durch Subventionsabbau zufließen. Damit könnte das Land Hessen mit jährlichen Mehreinnahmen bis zu 1,3 Milliarden Euro rechnen. Nach den Zuführungen des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich würden dem Land rund 950 Millionen Euro Mehreinnahmen verbleiben. Den hessischen Kommunen würden rund 300 bis 400 Millionen zusätzlich zufließen.

- Die LINKE hat in ihren Anträgen zum Landshaushalt 2013/14 ebenfalls eine detaillierte Rechnung aufgemacht. Darin beziffert sie ihre geplanten Mehrausgaben für den Einzelplan 04 (Kultusministerium) und den Einzelplan 08 (Kitas) auf insgesamt 2 Milliarden Euro. Der verstärkte Einsatz von Betriebsprüfern, eine Gewässerschutzabgabe, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Aktivierung der Vermögenssteuer sollen Mehreinnahmen von insgesamt 2,3 Milliarden Euro erbringen.

Klar ist: Ohne Einleitung eines Politikwechsels in der Finanzpolitik sitzen alle bildungspolitischen Vorhaben schnell auf dem Trockenen. Die GEW erwartet deshalb von den Parteien, die für einen Politikwechsel in Hessen eintreten, ihr Wahlprogramm auch so umzusetzen, dass es zu einem Politikwechsel kommen kann.

In Hessen kann aber eine alternative Finanzpolitik bis auf wenige Ausnahmen nur umgesetzt werden, wenn diese wenigstens in Ansätzen auch im Bund auf den Weg gebracht wird. Deshalb sind die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung für Hessen genauso wichtig wie die in Hessen selbst.

Herbert Storn

ENDLICH STEUERFLUCHT STOPPEN - MEIN AUFTRAG AN DIE POLITIK:

Die meisten Deutschen zahlen ehlich ihre Steuern. Einige Einzelpersonen oder Großkonzerne tun das nicht. Sie verstecken ihr Vermögen auf Schwarzgeldkonten oder verschieben ihre Gewinne in Steuerparadiesen. Dieses Geld fehlt uns für Schulen, Kitas, Polizei, Straßenbau oder bezahlbaren Wohnraum. CDU und FDP tun nichts dagegen.

Mindestens 800 Millionen Euro könnte sich Hessen zurückholen. Mit besseren Gesetzen, dichteren Kontrollen und dem politischen Willen dazu.

- Alle Steuerschlupflöcher schließen.
- Konzerne müssen aufschlüsseln, wo sie welchen Gewinn versteuern.
- 250 neue Steuer- und Betriebsprüfer in Hessen in fünf Jahren, um den Druck auf Steuerhinterzieher zu erhöhen.
- Keine Steuerabkommen mehr, die Steuerumgehung erleichtern.
- Steuer-CDs mit Steuerbetrüger-Daten kaufen und dies nicht wie Schwarz-Geld behindern.
- Banken, die Geschäfte mit Steuerflucht machen, werden nach US-Vorbild sanktioniert.

Meine Stimme für mehr Steuergerechtigkeit:

Vorname	Nachname	Wohnort	E-Mail-Adresse* <small>(wenn mehrere E-Mails gewünscht)</small>	JA (haken)	Unterschrift
				<input checked="" type="checkbox"/>	



(1) Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert. Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems, von Henrik Piltz, gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung, August 2011; als Download mit vielen anderen aktuellen Materialien: www.gew.de >Download > Bildungsfinanzierung

LesBiSchwul-AG mischt sich ein

Seit Mai 2010 gibt es im Raum Frankfurt für ganz Hessen unter dem Dach des Landesverbandes Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die AG lesbischer, schwuler und bisexueller Lehrerinnen und Lehrer. Mit mittlerweile mehr als fünfzig Kolleginnen und Kollegen setzt sich die AG dafür ein, dass vielfältige Lebensweisen auch in der Schule sichtbar und lebbar werden. Sie will Geschlechtergerechtigkeit in der Schule erreichen und mehr Akzeptanz für Vielfalt, damit niemand mehr diskriminiert wird.

Die Podiumsdiskussion zur Landtagswahl im Goethegymnasium Frankfurt am 5. September sieht die noch junge AG als „einen sehr schönen Erfolg“ an. 70 interessierte Gäste hörten *Mathias Wagner* (Grüne), *Turgut Yüksel* (SPD), *Ulrich Wilken* (Die Linke), *Mario Döweling* (FDP), *Melissa Jäckel* (Landesschülerrat) und *Claus Wirth* (Schulleiter Goethegymnasium) aufmerksam zu. Da kein Vertreter der CDU Stellung nehmen wollte, sprang kurzfristig *Alexander Vogt*, Bundesvorsitzender der Lesben und Schwulen in der Union, ein. Immerhin seien vier von fünf Stellvertreterinnen und Stellvertretern *Angela Merkels* für die volle Gleichstellung. Die Vermutung von *Mathias Wagner*, der fünfte Stellvertreter sei *Volker Bouffier*, wollte Vogt nicht kommentieren.

Die Publikumsbeiträge gaben den Zuhörerinnen und Zuhörern und dem Podium wertvolle Kommentare, Fragen und Anregungen mit auf den Weg. Eine Mutter wies darauf hin, dass es nicht

nur um direkt „betroffene“ Jugendliche gehen dürfe, die in ihrem *Coming Out* begleitet werden sollten, sondern auch um Kinder und Jugendliche, die als „Nicht-Betroffene“ in Regenbogenfamilien aufwachsen:

„Unsere Töchter wurden auf dem Schulhof beschimpft und gemobbt, weil bekannt war, dass sie mit zwei Müttern aufwachsen. Auch ihre Lehrerinnen und Lehrer waren im Umgang mit einer solchen Situation meist überfordert.“

Die Schülerin einer 11. Klasse aus Oberursel berichtete aus ihrer Schule:

„Meine beste Freundin hat sich als lesbisch geoutet. Sie wurde und wird gemobbt, und ich weiß nicht, wie ich ihr helfen kann. Lehrerinnen und Lehrer, die ich um Rat fragen könnte, gibt es extrem selten. Selbst die meisten Vertrauenslehrer sind überfordert.“

Ein selbstverständlicher Umgang mit lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgener und intersexuellen Lebenskonzepten (lsbti) als Bildungsauftrag für alle Schülerinnen und Schüler ist das Kernziel der *AG LesBiSchwuler Lehrer_innen in Hessen*. Auch die Podiumsdiskussion sollte ausloten, wie die an Schule und Bildung beteiligten Akteure dazu beitragen können, dass Homophobie an Schulen abgebaut wird und lsbti-Lebensweisen als etwas Alltägliches und Gleichberechtigtes sichtbar werden. „Das zu allen im Landtag vertretenen Parteien geknüpfte Netzwerk kann auch nach der Wahl genutzt werden“, resümiert *Alexander Lotz*, Mitorganisator der Veranstaltung bei der Feedbackrunde der



Foto (von links): Mario Döweling, Mathias Wagner, Jascha Habek (hr) und Claus Wirth

AG. Sein Kollege *Heiko Rohde* fügt schmunzelnd hinzu:

„Nach dem Wahlergebnis bestehen doch gute Aussichten, dass wir mindestens eine Partei der künftigen Landesregierung an die auf der Podiumsdiskussion geäußerte Zustimmung erinnern können.“

Die AG erwartet von der neuen Landesregierung, Lehrkräfte, Schulleitungen und Beschäftigte der Schulämter entsprechend aus- und fortzubilden, wie dies in anderen Bundesländern bereits passiert. LSBTI muss in den Hessischen Referenzrahmen für Schulqualität aufgenommen, Schulbücher müssen geprüft, Fachcurricula der neuen (politischen und rechtlichen) Wirklichkeit angepasst werden. Bei der Aus- und Weiterbildung bieten sich Projekte wie SCHLAU Frankfurt an. Hessen darf nicht länger Schlusslicht sein.

• Kontakt: lehrer_innen@gmx.de, www.schwule-lehrer.de

Friedensbildung stärken!

Die Bundeswehr benötigt jährlich 23.000 neue Rekruten und intensiviert ihre Werbung in den Schulen. In Hessen und sieben weiteren Bundesländern schloss sie Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien. Die Jugendoffiziere spielen seit der Aussetzung der Wehrpflicht eine noch wichtigere Rolle als bisher, auch wenn sie formal nicht für den Dienst an der Waffe werben dürfen. Sie sind jung, gut geschult und darauf vorbereitet, als Vorbild für junge Menschen zu dienen.

Gegen den wachsenden Einfluss der Bundeswehr an Schulen hat der GEW-Hauptvorstand 2010 Position bezogen:

- Exkursionen und Bundeswehrunterricht sind kein geeignetes Mittel politischer Bildung; die politische Bildung gehört in die Hände der Lehrkräfte.
- Bildungsziele sind Friedenserziehung, Toleranz, Demokratie- und Kritikfähigkeit, nicht die Vermittlung militärpolitischer Konzepte.
- Kontroversen müssen nach dem Beutelsbacher Konsens abgebildet werden und Friedensorganisationen müssen gleiche Möglichkeiten für die

Präsentation ihrer Vorstellungen in Schulen erhalten.

Seither bemühen sich viele Organisationen, die Friedensbildung an Schulen zu stärken. Es gibt viel Material, aber noch zu wenige Abnehmer. Deswegen suchen die Netzwerke und das Jugendportal EN-PAZ Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Friedensbildung engagieren wollen und das Kollegium der eigenen und benachbarter Schulen ansprechen und Materialien für den Unterricht weitergeben.

Informationen und Kontakte: www.en-paz.de, info@en-paz.de

Inklusion: Vor und nach der Wahl

Insbesondere in der heißen Phase des Wahlkampfes organisierten engagierte Menschen in Elterninitiativen, in der GEW und in der *Gruppe Inklusions-Beobachtung Hessen* (GIB) Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen zum Stand der Inklusion in den hessischen Schulen. Sie formulierten Wahlprüfsteine und stellten die Wahlprogramme der Parteien auf den Prüfstand.

Am 27. August 2013 luden die GEW-Kreisverbände Alsfeld, Gießen-Land, Gießen-Stadt und Lauterbach in die Kongresshalle nach Gießen, wo die Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien mit Lehrkräften und Eltern bei großem Interesse der lokalen Presse diskutierten.

GEW-Kollege *Johannes Batton* aus Kassel zog in seinem Einführungsvortrag eine desaströse Bilanz des Stands der Inklusion in Hessen und legte die organisatorischen und handwerklichen Fehler des Hessischen Kultusministeriums (HKM) schonungslos offen:

„Das Ministerium treibt einen Keil zwischen Regel- und Förderschullehrkräfte. Schon jetzt sind wachsende Ressentiments zwischen beiden feststellbar. Die einen sind im Unterricht auf sich allein gestellt, erhalten nur Beratung, wie sie ein Kind besser fördern können, nicht aber das, was sie und die Kinder benötigen. Frustriert verzichten sie in vielen Fällen schließlich auf weitere Beratungsanfragen, eine fatale, aber offensichtlich gewollte Konsequenz, die zudem nach

außen den falschen Eindruck transportiert, ein Bedarf sei gar nicht gegeben. Die anderen, häufig noch Klassenlehrer an ihrer Förderschule, fühlen sich zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben zerrieben, beklagen mangelnde Offenheit und Kooperationsbereitschaft und haben das Gefühl, wie es in einer Resolution heißt, in der ‚Bedeutungslosigkeit zu versinken‘. Die Trennung zwischen denen, die unterrichten, und denen, die nur im Bedarfsfall hinzugezogen werden, um zu beraten, ist fatal für die Entwicklung einer inklusiven Schule, die unbedingt auch inklusive Kollegien braucht, hat aber System.“ *Mario Döweling* (FDP) sah Hessen in dieser Frage „auf einem guten Weg“ und zog sich ansonsten auf den Standpunkt zurück, dass die UN-Behindertenrechtskonvention nur den freien Zugang zu Bildung fordere, aber nicht unbedingt eine lückenlose inklusive Beschulung zur Folge haben müsse. In einer komplizierten Rolle war die Behindertenbeauftragte der hessischen Landesregierung *Maren Müller-Erichsen* (CDU). Sie habe die Vision gehabt, dass inklusiver Unterricht auf die Regelschulen übergreift, doch sei man in der CDU „noch lange nicht dort angekommen, wo wir hinwollen“. *Gerhard Merz* (SPD) erinnerte daran, dass man mit dem Gemeinsamen Unterricht (GU) in Hessen Grundlagen für eine inklusive Schule gelegt habe, die nunmehr vom HKM zerstört würden. Der Ressourcenvorbehalt müsse fallen. Dem stimmte auch *Barbara Cárdenas* (Die Linke) zu und forderte darüber hinaus „Eine Schule für alle“ als konsequenten Weg zu einer inklusiven Schulkultur.

Mathias Wagner (Bündnis 90/Die Grünen) forderte ein Ende des „förderpädagogischen Leiharbeiteriums“: Förderlehrkräfte gehörten fest zum Kollegium der Regelschule, das stundenweise pendeln zwischen Förderzentrum und Regelschule müsse beendet werden.

Diese Forderung steht auch im Zentrum einer von 2.500 Lehrkräften und Eltern unterzeichneten Petition des *Netzwerks Schulen für Inklusion im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis*. Auf die Bitte des Netzwerks, die Unterschriften im Kultusministerium übergeben zu können, reagierte das

HKM erst, als sich die Initiative in der Presse über das Desinteresse der Ministerin beschwerte und die Unterschriften der Post anvertraut hatte.

Am 4. September 2013 wurde an der Evangelischen Hochschule in Darmstadt das „Schwarzbuch Inklusion“ vorgestellt. Statements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium veröffentlicht die HLZ auf dieser Seite.

Das Schwarzbuch zeigt an 65 exemplarischen Fällen auf, wie Inklusion in Hessen ausgebremst und verhindert wird. Es steht auf der Homepage <http://gib-hessen.de> als Download zur Verfügung. Das HKM hatte auf eine Teilnahme verzichtet, da sich die Initiative der Forderung des HKM nicht beugen wollte, ihm das Schwarzbuch schon vorab zur Verfügung zu stellen. Dafür platzierte das Darmstädter Echo neben dem Bericht die Stellungnahme einer HKM-Mitarbeiterin, die bei der Präsentation des Schwarzbuchs anwesend war, sich aber nicht zu Wort meldete.

Drei Tage vor der Landtagswahl lud auch der GEW-Bezirksverband Frankfurt zur Podiumsdiskussion ins Gewerkschaftshaus ein. Die CDU hatte keinen Vertreter entsandt, der FDP-Kandidat kurzfristig abgesagt. Moderiert von *Maike Wiedwald* und *Sebastian Guttmann* diskutierten *Sebastian Greiner* (Piraten), die inzwischen in den Bundestag gewählte *Kordula Schulz-Asche* (Grüne), *Barbara Cárdenas* (Linke) und *Christoph Degen* (SPD), der inzwischen in den Landtag gewählt wurde und – selbst Förderschullehrer im Main-Kinzig-Kreis – durch klare Positionen zu den Perspektiven für eine inklusive Schule und die Chancen für ein rot-grün-rotes Bündnis erfrischte. Eine sonderpädagogische Grundausrüstung für alle Schulen sei Voraussetzung für den Verzicht auf Etikettierungen, die dem Gedanken der Inklusion widersprechen.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

Weitere Infos und Kontakte

Verein Politik gegen Aussonderung, www.politik-gegen-aussonderung.net
Gruppe InklusionsBeobachtung (GIB) Hessen, www.gib-hessen.de



Schwarzbuch **Inklusion**



Prof. Anne-Dore-Stein, Verein Politik gegen Aussonderung:
„Relativieren, Leugnen und Ablenken – das sind bisher die amtlichen Reaktionen auf die Präsentation unseres Schwarzbuches Inklusion, mit dem wir auf die strukturelle Verhinderung des Menschenrechts auf inklusive Beschulung in Hessen aufmerksam machen wollen.“



Rupert von Plottnitz, Rechtsanwalt:
„Die amtierende Landesregierung hat mentale Vorbehalte gegen eine inklusive Schule. Hinter ihrer Politik steht ein unausgesprochenes Nein. Wenn man Inklusion abschreckend macht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn Eltern die Förderschule wählen.“



Birgit Koch, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen:
„Durch den Wegfall der Klassenhöchstgrenze von 20 Kindern in den Grundschulen und 23 Kindern in der Sekundarstufe I, die es in der Zeit des Gemeinsamen Unterrichts gab, hat das Land mal eben 350 Stellen weggekürzt.“

Johannes Batton, Förderschullehrer
„Ich bin Förderschullehrer und habe 20 Jahre im Gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern gearbeitet. Ich weiß, was möglich ist, ich weiß, dass es bei den entsprechenden Rahmenbedingungen gelingt, auch schwerbehinderte Kinder in Regelschulen gut zu fördern und dass dies ein Gewinn für alle ist. Von daher bin ich empört darüber, zu sehen, wie das Land Hessen ausgerechnet das Inklusionsgebot der UN zum Vorwand nimmt, ein Sparkonzept zu realisieren und den Inklusionsgedanken hierdurch zu diskreditieren.“



Dr. Dorothea Terpitz, Verein Gemeinsam Leben
„UN-Konvention und Schulgesetz geben den klaren Auftrag zur Inklusion. Der Umsetzungsprozess hat zwar vermeintlich begonnen und doch ist nichts selbstverständlich. Inklusion findet nur dort statt, wo Eltern dafür kämpfen. Wie schlecht die Bedingungen faktisch allerorten sind, verdeutlichte unlängst eine Förderschuldirektorin und BFZ-Leiterin, die mir ins Gesicht sagte: ‚Sie können mich jetzt auf den Kopf stellen und schütteln, es fallen aber trotzdem keine weiteren Förderstunden mehr heraus:‘“

Hella Lopez, elternbund hessen
„Die Gesellschaft muss Chancengleichheit im Bildungswesen gewährleisten und sich bewusst werden: Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht und keine Gefälligkeit. Die Politik muss verlässliche und ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellen.“



Gute Schule

Die Frage nach der richtigen Bildungspolitik

Theodor W. Adorno sagt in seinen „Minima Moralia“: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“. In ihrer Rede zur Verleihung des Theodor-W.-Adorno-Preises im September 2012 ging die Philosophin Judith Butler auf die von Adorno betonte Schwierigkeit ein, selbst „nach einem guten Leben zu streben inmitten einer Welt voller Ungerechtigkeit, Ausbeu-

tung und allen möglichen Formen der Auslöschung“ (1). Können wir, möchte ich in Anlehnung an Butler fragen, auf eine gute Schule hoffen, „in einer Welt, die vielen ein gutes Leben strukturell oder systematisch unmöglich macht“? Oder, zugespitzt gefragt, wie sähe eine gute Schule in einer Wirklichkeit voller Unzulänglichkeiten, Ungerechtigkeiten aus?

Adornopreis für Judith Butler

Butler zitiert in ihrem Vortrag aus Adornos „Probleme der Moralphilosophie“: „Die Frage nach dem richtigen Leben wäre heute die Frage nach der richtigen Politik, wenn eine solche Politik selber heute im Bereich des zu Verwirklichenden gelegen wäre.“ (S. 98)

Zur Beantwortung der Frage, „wie am besten oder richtig zu leben sei“, ist es nach Butler erforderlich, dass ich eine Vorstellung von meinem Leben habe, „um mich fragen zu können, welches Leben ich führen soll“. Mittels des Begriffs der Prekarität unterscheidet Butler verschiedene Modi der „Unlebarkeit“: „Menschen etwa, die ohne ordnungsgemäßen Prozess eingesperrt sind; diejenigen, die in Kriegsgebieten oder unter der Besatzung leben und ohne Zuflucht und Ausweg der Gewalt und Zerstörung ausgesetzt sind; diejenigen, die ihre Heimat verlassen mussten und in Grauzonen leben, wo sie auf die Öffnung der Grenze, auf Lebensmittel und auf die Aussicht der Legalisierung durch Papiere warten; entbehrliche oder austauschbare Arbeitskräfte, die kaum mehr Aussicht auf einen sicheren Lebensunterhalt haben und von Tag zu Tag mit einem zerbrochenen Zeithori-

zont und dem durchdringend schmerzlichen Gefühl einer zerstörten Zukunft leben müssen und sich um den Erhalt von Gefühlen bemühen, die sie doch zugleich fürchten. (...) Unter den heutigen Bedingungen der erzwungenen Abwanderung und des Neoliberalismus existieren riesige Bevölkerungsgruppen ohne das Gefühl einer sicheren Zukunft, einer stabilen politischen Zugehörigkeit, mit einem Gefühl beschädigten Lebens.“ (S. 101)

Sie geht ein auf die Menschen, deren Leben nicht „durch das herrschende Wertesystem“ geschützt wird, Menschen, die mit dem Wissen leben, man werde nicht um sie trauern. Diesen „Unbetrauerbaren“ mangle es an Nahrung oder Zuflucht oder es gebe für sie kein soziales Netz, keine Institution, die sich um diese Menschen kümmere. Die Frage nach dem richtigen Leben im falschen führe zu der Forderung, „dass zum Zwecke des richtigen Lebens Protest gegen das falsche erhoben werden muss“ (S. 106).

Statt guter Bildungspolitik...

Zurück zum Ausgangspunkt der Überlegungen: Kann es eine gute Schule geben? Wie viele Schülerinnen und

Schüler verlassen unsere Schulen ohne Abschluss? Was tut die Bildungspolitik, um sich dieses Problems anzunehmen? Wie sähe eine Bildungspolitik aus, deren primäres Anliegen es wäre, für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in der Institution Schule zu scheitern drohen, rechtzeitig ein soziales Netz zur Verfügung zu stellen, das ihnen das Scheitern erspart oder es zumindest abmildert? Wie sähe eine Bildungspolitik aus, die Jugendliche darauf vorbereitete, dass viele von ihnen künftig als „entbehrliche oder austauschbare Arbeitskräfte“ mit dem Gefühl einer zerstörten Zukunft werden leben müssen? Wie sähe eine Bildungspolitik aus, die Jugendliche auf drohende Arbeitslosigkeit, auf eine langjährige Existenz als Hartz-IV-Empfänger vorbereitete? (2) Wie sähe eine Bildungspolitik aus, deren Ziel es wäre, dass unter gutem Leben ein Leben „gemeinsam mit anderen“ verstanden wird, „ein Leben, das ohne diese anderen gar kein Leben wäre“? (S. 108) Die für eine Bildungsgewerkschaft entscheidende Frage ist die nach der richtigen Politik, der richtigen Bildungspolitik. Was denn sonst!

Religionen im Gespräch

Das Programm „Kaum zu glauben – Religionen im Gespräch“ richtet sich gegen religiöse Diskriminierung und will zum friedlichen Miteinander beitragen. Träger sind das Haus am Dom, die Bildungsstätte Anne Frank und der Rat der Religionen in Zusammenarbeit mit der Herbert Quandt-Stiftung.

Schulen aus Frankfurt und Umgebung können an Workshops in der Bildungsstätte Anne Frank teilnehmen, die sich mit dem konstruktiven Zusammenleben verschiedener Religi-

onen in einer pluralistischen Gesellschaft beschäftigen. In Workshops für Lehrerinnen und Lehrer sollen Strategien erarbeitet werden, wie sie mit nur scheinbar religiösen Konflikten im Unterrichtsalltag umgehen können. Die Bildungsstätte bietet Workshops zu Rechtsextremismus, Antisemitismus, Zivilcourage, Migration und Menschenrechtsbildung an.

- Interessierte Schulen und Lehrkräfte wenden sich an die Projektleiterin Saba Nur Cheema, scheema@bs-anne-frank.de, Tel. 069-56000233.

...Sicherung von Privilegien

Im Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung Vernor Munoz Villabos anlässlich seines Deutschlandbesuchs im Februar 2006 wird das deutsche Bildungssystem scharf kritisiert. Deutsche Bildungspolitik sei dadurch gekennzeichnet, dass Kinder zu früh auseinander sortiert würden, ein System, in dem Diversität als störend gelte, verletze die Menschenrechte:

„Erst wenn wir inklusiv unterrichten, wird es uns möglich sein, Schlüsselkompetenzen und Leitwerte zu vermitteln. Menschenrechte bedürfen der Wertschät-

zung, des Respekts und der Anerkennung jeder Person, jederzeit und überall. Das kann gelehrt werden – auf der Grundlage eigener Erfahrung. Und es kann gelernt werden, miteinander.“ (3)

Jutta Allmendinger lobt deshalb in ihrem Beitrag das finnische Bildungssystem, in dem vor über vier Jahrzehnten das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft wurde und Schülerinnen und Schüler bis zum Alter von 16 Jahren gemeinsam unterrichtet werden.

In den deutschen Bundesländern sind Bestrebungen, dem finnischen Beispiel zu folgen, nahezu chancenlos, wenigstens auf absehbare Zeit. Vergleichbar geringe Erfolgsaussichten hätte ein Bemühen die Monarchie in Großbritannien abzuschaffen. Nur das Gymnasium gelte als „gute Schule“, schreibt Lisa Becker im Wirtschaftsteil der FAZ: „Manche Forscher empfehlen einen späteren Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Solche Vorschläge stoßen aber regelmäßig auf Ablehnung. Bildungsbürgerliche Eltern befürchten Nachteile für ihre Kinder, wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt selektiert werden.“ (FAZ, 22.5.2013)

Selbst mit Schritten zu einem zweigliedrigen Schulsystem, in dem der Weg in die (gymnasiale) Oberstufe auch über eine andere Schulform führen kann, tun sich die Bundesländer schwer:

„Solche Schulen, lautet die Hoffnung, wären auch für bildungsnahen Eltern attraktiv; es entstände keine verkappte Hauptschule. Ob bildungsbürgerliche Schichten eine solche Schule wirklich akzeptierten, ist aber unsicher. Ihr Bedürfnis nach sozialer Differenzierung ist in der Bildung groß.“ (ebd.)

Wenn eine dem Anspruch nach demokratische Gesellschaft diesem „Bedürfnis nach sozialer Differenzierung“ nachkommt, bedeutet das die Verstärkung von Ungleichheiten. Will sich eine Demokratie solche Verhältnisse dauerhaft leisten?

Einen ernüchternd eindrucksvollen Beleg für das Bedürfnis nach sozialer Differenzierung erbrachte der Hamburger Volksentscheid im Juli 2010. Ein gesellschaftlicher Konsens wie in Finnland, das bestehende Schulsystem grundlegend umzukrempeln, ist für keines der deutschen Bundesländer zu erwarten, weil die Bildungspolitik auf die bildungsbürgerlichen Schichten Rücksicht nimmt. Lisa Becker fragt in der FAZ nach den Konsequenzen:

„Bleibt eine Maßnahme, gegen die kein Widerstand zu erwarten ist, weil alle Schüler von ihr profitieren: ein besserer Unterricht. Es braucht viel mehr Lehrer, die eine Klasse

so unterrichten können, dass sie dem Leistungsstand einzelner Schüler gerecht werden. Dazu benötigen sie viel bessere diagnostische Fähigkeiten. In der Wissenschaft weiß man das schon lange.“ (ebd.)

Wieder einmal sollen es die Lehrerinnen und Lehrer richten, die sich gefälligt um „besseren Unterricht“ zu bemühen haben. Deshalb der Kompetenzmarathon an unseren Schulen, deshalb der pädagogische Imperativ der permanenten Selbstoptimierung. In dieses Bild passt die Begeisterung, mit der John Hatties Forschungsarbeiten landauf, landab begrüßt werden. Nach Hattie ist das Lehrerhandeln „die entscheidende Einflussgröße für den Lernerfolg“: „System- und Strukturfragen des Bildungssystems haben danach keine hohe Wirksamkeit auf die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler. Dazu gehört pikanterweise auch die Einteilung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen, deren Einfluss Hattie als ‚minimal‘ bezeichnet und der er darüber hinaus attestiert, dass sie die ungerechte Verteilung der Privilegien in der Gesellschaft garantiert.“ (4)

Für ein lebbares Leben

In Skandinavien und besonders in Finnland verläuft der pädagogische und bildungspolitische Diskurs ein wenig anders. Allmendinger lässt die ehemalige Gymnasiallehrerin und heutige Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Jyväskylä Pirjo Linnakylä zu Wort kommen, um den Mentalitätswandel unserer finnischen Kolleginnen und Kollegen zu verdeutlichen:

„Die Grundregel ist: Das Leben soll nicht unnötig beschwert und überflüssige Belastungen (sollen) auf jeden Fall vermieden werden. Die Gesundheit und das Wohlergehen der Mitmenschen werden äußerst wichtig genommen.“

Bei uns scheint diese Grundregel nicht zu gelten. Meine Hausärztin erzählt von ihrem Sohn, der in die erste Klasse geht. Am Ende eines gemeinsamen Nachmittags mit fröhlichem Spiel sagt der Freund nebenhin, sein Spielgefährte werde es ja wohl nur auf die Realschule plus schaffen. Möglicherweise ist das die Schlüsselfrage nach einer „guten Schule“: Wie kann Schule verhindern, dass das Leben „unnötig beschwert“ wird? Was kann Bildungspolitik dazu beitragen, dass unseren Schulen „überflüssige Belastungen“ erspart werden?



Judith Butler bei der Verleihung des Adorno-Preises am 11.9.2012 in der Frankfurter Paulskirche (Foto: wikimedia).

Am Ende ihrer Rede spricht Butler von unserer gemeinsamen „Gefährdung durch Prekarität“. Müssen wir ihr nicht zustimmen, wenn wir auf die europäischen Krisenländer und die hohe Jugendarbeitslosigkeit schauen, wenn wir uns die Zahl der Hartz-IV-Empfänger vergegenwärtigen? Diese Gefährdung durch Jugendarbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit ist für Butler ein Grund „unserer potentiellen Gleichheit und unserer wechselseitigen Verpflichtung zur gemeinsamen Schaffung der Bedingungen für ein lebbares Leben“ (S.108).

Thomas Adamczak

(1) Hier und im Folgenden zitiert nach: Judith Butler, Kann man ein gutes Leben im schlechten führen? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2012, S.97-108, S.97

(2) Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 2013 weltweit 12,6%, in der EU 23,5%, in Griechenland 64%, in Spanien 56%, in Portugal 40% und in Deutschland 7,6%.

(3) Jutta Allmendinger, Plädoyer für eine neue Schule, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2013, S.69-77, S.72

(4) Dieter Höfer, Ulrich Steffens, Lernprozesse sichtbar machen, in: HLZ 6/2013, S.28f.



Leave them Kids alone

Gedanken über den Verlust der Straßenkindheit

Zu meiner Kinderzeit in den siebziger Jahren gab es sie noch – die Straßenkindheit. „Ich gehe mal raus“, sagte ich gewohnheitsgemäß zu meiner Mutter, nicht als Frage, nicht mit der Bitte um Erlaubnis, sondern einfach beiläufig als Information. Ich brauchte mich nur mitten auf die Straße zu stellen, schon gesellten sich die Kinder aus den Häusern zu mir. Bald spielten wir auf der Straße und die Straße war übersät mit Kreidespuren für irgendein Ballspiel nach komplizierten Regeln oder wir verschwanden in die Gärten und spielten Verstecken oder Räuber und Gendarm. Am Abend kehrten wir ins Haus zurück, verschwitzt, schmutzig, durstig, erschöpft und glücklich. Wir machten keine Termine aus und riefen nicht vorher an, kein Erwachsener musste uns mit dem Auto chauffieren, sondern es ergab sich so, jeden Tag neu. Auch was wir spielten, wurde spontan entschieden, Streit wurde ohne Vermittlung durch Erwachsene ausgetragen und geschlichtet. Wir lernten ungestört Durchsetzung, Rücksichtnahme, Nachgeben und Versöhnung.

Das ist heute anders: Was, wie, mit wem und vor allem wann gespielt wird, ist fast ausschließlich nur noch die Sache der Erwachsenen, hängt völlig von deren Terminkalendern ab und ist oft das Ergebnis mühevoller Organisation. Für ältere Kinder, die keine stän-

dige Aufsicht mehr brauchen, werden Veranstaltungen organisiert und Termine gemacht, an denen sie mit Gleichaltrigen spielen dürfen. Ein Kind alleine losgehen zu lassen, um einen Freund zu besuchen, ist ja viel zu gefährlich: Der Straßenverkehr wird immer aggressiver, kranke Päderasten könnten sich am Kind vergreifen.

Je weniger die Kinder werden, umso wertvoller und beschützenswerter werden sie, um so ängstlicher auf Sicherheit bedacht die Eltern. Die Gefahren sind erstzunehmen, aber trotzdem habe ich den Eindruck, dass sie in der Erziehung und Betreuung viel zu viel Beachtung finden. Der Sicherheitsaspekt gerät in ein ungesundes Verhältnis zu den anderen Werten, zu räumlichen und zeitlichen Freiräumen, selbst etwas auszuprobieren und mit allen Sinnen die Welt zu erforschen.

Sicherheit vor Freiheit

Die Zeit, in der es Kindern ermöglicht wird, miteinander zu spielen, ist begrenzt und wird immer weiter beschnitten. Der Ruf nach Kinderbetreuung in Kitas und Krippen und auch der nach Ganztagschulen wird immer lauter mit der Folge, dass es Kindern massenhaft und durchgängig in ihrer ganzen Kindheit verwehrt wird, nach ihren eigenen Regeln zu spielen und ohne Anlei-

tung durch Experten zu sein. Es fehlt dann dafür schlicht die Zeit. Der Sicherheitsaspekt gewinnt völlig die Oberhand, denn keine Betreuerin will sich vorwerfen lassen, ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt zu haben.

Spielen und Lernen finden nur noch in organisierter Form statt, werden vom frühesten Kindesalter in unsere starren Strukturen gepresst: Hier wird gearbeitet, in der Schule wird gelernt, hier wird nun gespielt! So zwingen wir den Kindern, die noch ganzheitlich denken und leben, unsere Strukturen auf. Sie wollen dazugehören und mit-helfen. Schon Zweijährige sind glücklich, wenn sie nützlich sein dürfen und in den Tagesablauf einbezogen werden. Die Unterbringung in öffentlichen Einrichtungen bewirkt das Gegenteil von Einbeziehung: Die Kinder sollen vom eigentlichen gesellschaftlichen Geschehen, nämlich dem Geldverdienen, ausgeschlossen und dort untergebracht werden, wo sie ihre Eltern bei dieser wichtigen Aufgabe nicht stören. Auch alle Fördermaßnahmen und wertvollen Anleitungen durch die Betreuungspersonen kommen gegen die Tatsache nicht an, dass die Einrichtungen eher für die Erwachsenen da sind, die ungestört arbeiten wollen, als für die Kinder selbst. Die Eltern, die nun ihr ganzes Leben nach dem beruflichen Fortkommen organisieren, haben begrifflicherweise keine Zeit mehr, ihre Kinder anzuleiten, so dass nun tatsächlich eine empfindliche Lücke bei Anleitung und Erziehung entsteht, die nun von Betreuungseinrichtungen geschlossen werden muss.

Zu viel Macht für den Staat?

Was im Moment im Zuge des rasanten Ausbaus von Kitas für Kinder unter drei Jahren geschieht, ist eine sukzessive Übernahme der privatesten Aufgaben, die früher von der Familie übernommen wurden, durch öffentliche Einrichtungen. Mir wird es bei dem Gedanken mulmig, wie viel Macht dabei dem Staat in die Hände gelegt wird, indem schon die Kleinsten für den Großteil des Tages von fremden Betreuungspersonen

1. Juli 2014: Tag für Afrika

Am 1. August fiel der Startschuss zur bundesweiten Kampagne „Dein Tag für Afrika 2014“. Erneut will der gemeinnützige Verein möglichst viele Schulen motivieren, sich für Bildungsprojekte in Afrika einzusetzen. Das Prinzip von Aktion Tagwerk ist einfach: Schülerinnen und Schüler gehen an einem Tag im Schuljahr anstatt zur Schule arbeiten und spenden ihren Lohn für Bildungsprojekte in Afrika. Somit setzen sich die Kinder und Jugendlichen in Deutschland für Gleichaltrige in Afrika ein. Mit dem Erlös werden Bildungsprojekte des Aktion Tagwerk-Projektpartners Human

Help Network in Burundi, Ruanda und Südafrika unterstützt. Ab diesem Jahr gehören auch Uganda und die Elfenbeinküste zu den Projektländern von Aktion Tagwerk.

Der nächste Aktionstag ist am 1. Juli 2014. An diesem Tag sind alle Schulen in Deutschland zum Mitmachen aufgerufen. Natürlich kann auch ein individueller Ausweichtermin gewählt werden. Das Tagwerk-Team steht den Schulen mit Rat und Tat zur Seite und bietet begleitende Unterrichtsmaterialien zur Thematik „Afrika“ an.

• *Weitere Infos auf www.aktion-tagwerk.de oder beim Bundesbüro Aktion Tagwerk in Mainz, Tel.06131-9088100, E-Mail: info@aktion-tagwerk.de*

sonal in ihren Persönlichkeiten geprägt werden. Viele Eltern glauben unter einem finanziellen Zwang zu stehen, kurz nach der Geburt ihrer Kinder wieder arbeiten zu müssen. In Wahrheit gibt es durchaus eine Wahlmöglichkeit, aber man hat sich eben für das Reihenhäuschen entschieden, das abbezahlt werden muss und die Vollberufstätigkeit beider Eltern verlangt. Man kann die Prioritäten aber auch anders setzen und seinen Kindern eine Kindheit ermöglichen, die diesen Namen verdient. Es ist in den meisten Fällen durchaus möglich, einige wenige Jahre, die für die Kinder sehr wichtig sind, aber nur einen Bruchteil der Lebensarbeitszeit der Eltern ausmachen, anders zu gestalten. Es ist nur nicht mehr „in“ und wird schnell als rückständig belächelt. Massenhaft opfern viele Familien wichtige Werte den Wünschen der Arbeitgeber nach „Flexibilität“ und den Gesetzen der Arbeitswelt, die ihrerseits nicht bereit ist, sich den Bedürfnissen der Familie anzupassen.

Die Arbeitsteilung ist ein Produkt der Moderne mit ihrer strikten Trennung von Arbeiten und Wohnen, Produzieren und Reproduzieren, Lernen und Anwendung des Gelernten im Arbeitsprozess – immer im Sinn von Effizienz, wirtschaftlichem Fortschritt und Wohlstand. Heute sollen Kinder ohne Beziehung zum Produktionsprozess „nur“ für sich selbst lernen und gefördert werden, damit sie später im Leben ihre Fähigkeiten anwenden können. Dieses Lernen bleibt abstrakt, der Sinn dessen, was sie lernen sollen, bleibt den Kindern verborgen.

Das war schon immer der Nachteil des Lernens in der Schule und ist eine unvermeidbare Folge eben dieser Arbeitsteilung. Doch die Zeit, in der Kinder im Zusammenleben mit ihren Eltern erfahren, wie Leben, Wohnen, Arbeiten, Spiel und Erholung zusammenhängen, wird immer kürzer und zunehmend auf eine kurze Zeitspanne nach der Geburt beschränkt. Für alle Bereiche des Lebens gibt es einen speziellen Ort mit Expertinnen und Experten: Während ich noch das Schwimmen von meinen Eltern erlernte und mich auf diesen gemeinsamen Spaß an jedem Wochenende freute, überlässt man auch dies immer mehr den Experten fürs Babyschwimmen, fürs Seepferdchen und für den Freischwimmer. Die Arbeitsteilung hat unseren Alltag im Griff – bis ins letzte private Detail. Auf der Strecke bleibt die wertvolle gemeinsame Zeit für Eltern und Kinder.



Kinderalltag mit Terminkalender

„Unser Alltag ist eng getaktet“, hört man von Familien, nicht ohne Stolz auf Organisationsleistung und Fleiß. Gemeint ist das restlose Belegen jeder Zeit mit Aktivitäten. Wenn nach dem Besuch von Krippe, Kita oder Ganztagschule überhaupt noch Zeit bleibt, wird sie – getrieben vom elterlichen Ehrgeiz – mit Sport- oder Musikunterricht, Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung belegt. Selbst im Urlaub gibt es die Kinderbetreuung und den Robinsonclub. Immer mehr Eltern hören nicht mehr auf ihre eigene Stimme, sondern denken, alles, was gemacht werden kann, sei auch gut, bis auch die Kinder glauben, nicht mehr ohne die Angebote auszukommen, und nichts mehr mit sich selbst anfangen können. Die Folgen sind unabsehbar: Die Kinder werden süchtig nach Input von außen, sei es Fernsehen oder Internet, die Phantasie verarmt und die Frustrationstoleranz sinkt, wenn ein anregendes Event das andere jagt.

Natürlich haben Fördermaßnahmen jeder Art, Spiele und Vereinsleben ihren Wert und sind wichtig für die Entwicklung jedes Kindes. Aber auch hier sehe ich ein Missverhältnis zu dem, was Kindheit ausmacht: das wirkliche Spielen, das mit seinem ganzen Ernst zugleich ein Arbeiten und Forschen ist. Dies tun nur Kinder, und sie tun es nur unter sich. Schon Zweijährige würden den ganzen Tag die Welt erforschen, wenn man sie lassen würde. Erst in der Erwachsenenwelt vollzieht sich die

Trennung zwischen ernstem Arbeiten, das als nützlich und notwendig gilt, und unbeschwerter Erholungszeit, in der auch gespielt wird.

Je größer aber das in Anspruch genommene Angebot ist, desto kleiner der Spielraum für wirkliches ungestörtes Spiel. Dabei ist auch Langeweile wichtig, um die vielen Eindrücke des Tages verarbeiten zu können, um innezuhalten, auch um etwas Neues zu erfinden und auszuprobieren, kreativ zu werden und damit Selbstbewusstsein und Stolz zu gewinnen.

Ein gelangweiltes Kind mag diesen Zustand zuerst nicht angenehm finden und nach dem erstbesten Angebot rufen. Wenn es aber diese leere Zeit aushält, sozusagen durch die Leere hindurchgeht, dann entsteht wirklich etwas Wertvolles, vielleicht der Entwurf für einen selbst gebastelten Filmapparat oder die Idee für eine Bildergeschichte. So lernt man, auch später im Erwachsenenleben schwierige Situationen zu meistern und kreative Lösungen für Probleme zu finden.

Wo bleiben Zeit und Muße in einem durchorganisierten frühkindlichen Arbeitstag, um innezuhalten, mit allen Sinnen die Welt zu erfahren und zu gestalten? Wie soll diese Generation die gigantischen Aufgaben der Zukunft meistern, Teamgeist, Selbstbewusstsein und Fantasie entwickeln, die sie bei der Lösung anstehender Probleme brauchen wird? Da muss man mal wieder mit Pink Floyd rufen: „Hey, teacher, leave them kids alone!“
Eva Osberg-Haus, Bad Orb



Socialismo tropical

lea-Studienreise in den Osten Kubas

Romantische Verklärung hier, aggressive Diffamierung dort – kaum ein anderes Gesellschaftsmodell ist bis heute so mit Klischees, Spekulationen und Wunschträumen behaftet wie Kubas „socialismo tropical“, kaum ein anderes Land zieht so viel Hass und Begeisterung gleichermaßen auf sich. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der lea-Bildungsreise eröffnete die Exkursion durch Kubas Osten die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden. Außerdem mit im Gepäck: 28 Kilo gespendete Schulmaterialien. An Schulen im Landkreis Darmstadt gesammelt werden wir sie in kubanischen Schulen verteilen.

Die 16-köpfige Reisegruppe will Einblicke in verschiedene Bereiche der kubanischen Gesellschaft gewinnen. Sie möchte aber auch die Natur- und Kulturlandschaften der subtropischen Insel kennenlernen und die Kontakte der hessischen GEW zur kubanischen Gewerkschaft der Wissenschaften (Sindicato de las Ciencias) in der Provinz Santiago de Cuba auffrischen. Organisiert und geleitet wird die Reise von *Jürgen Hahn-Schröder*, Lehrer an der Elisabethschule in Marburg. Vier Provinzen stehen auf dem Programm: Holguín, Granma, Santiago de Cuba und Guantanamo. In der Geschichte Kubas spielen sie eine wichtige Rolle: Hier steht die Wiege der Revolution.

Auf Schritt und Tritt begegnen wir im „Oriente“ der kubanischen Geschichte. In Santiago de Cuba begann mit dem Angriff auf die Moncada-Kaserne vor genau 60 Jahren der Aufstand gegen Diktator *Fulgencio Batista*. Mit der selbstmörderischen Attacke reagierten 135 junge Männer und Frauen aus Kreisen der Orthodoxen Partei um *Fidel Castro* auf den Putsch von Batista im Jahr davor. Zuvor war eine Klage auf Verfassungsbruch vom Obersten Gericht abgewiesen worden. In den Bergen östlich und westlich davon begann wenige Jahre später der Guerillakrieg, der 1959 mit dem Sturz Batistas endete. Seine jung verstorbenen Heroen wie *Che Guevara* sind im Bewusstsein der Kubaner lebendig wie eh und je. Die Geschichte der erfolgreichen Revolution erfüllt die große Mehr-

zahl der Kubanerinnen und Kubaner bis heute mit Stolz, stillt aber nicht unbedingt ihren Zukunftshunger. Verständlich, wenn man bedenkt, dass mehr als 75% der Bevölkerung zu jung sind, um eigene Erinnerungen an die Revolution zu haben.

Anhaltende Krise

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks befindet sich die Zuckerinsel in einer anhaltenden Krise. Sie konnte trotz aller Versuche einer Reform des kubanischen Sozialismus (vor allem zwischen 1993 und 2000) nicht überwunden werden. Die Zuckerproduktion ist enorm eingebrochen. Viele Mühlen sind nicht modernisiert, sondern geschlossen worden. Exporte von Nickel, Tourismus und Dienstleistungen (Ärzte und Lehrer) boomen. Dagegen bleibt die Produktion von Nahrungsmitteln, die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und Handwerksleistungen weit hinter dem Bedarf zurück. Selbst simple Dinge wie Tomaten oder Seifen im-

portiert die Insel teuer gegen Devisen. Große Hoffnungen setzt die kubanische Führung in neu entdeckte Ölvorkommen vor der Küste. Die engen, kooperativen Beziehungen zu Venezuela, dank derer Kuba Medizin- und Lehrkräfteteams gegen fossile Energie tauschen kann, bleiben auch in den kommenden Jahren lebensnotwendig.

Die schwersten Jahre scheint das Land hinter sich zu haben. Unser einheimischer Führer *Jorge* ist nicht der einzige, der glaubt, dass es nun langsam aufwärts geht. Bei unseren Stadtbesichtigungen in Holguín, Bayamo und Santiago de Cuba sehen wir überall die Bemühungen, die alte Bausubstanz zu erhalten. Dass Kuba seine kolonialen Stadtkerne herausputzt, ist nicht neu. Doch nun liegen auch vor vielen privaten Anwesen Baumaterialien aufgeschüttet. „Wir können zum ersten Mal in Baumärkten einkaufen“, erklärt *Jorge*. In drei Jahren will er mit Mutter und drei Brüdern sein im Bau befindliches Haus beziehen. Er ist optimistisch, dass es klappt.



Manuel J. Garcia Carluff, Direktor des Jardin des los Helechos in Santiago de Cuba (links), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Kollegin Graciela Rodriguez Almeida von der Gewerkschaft der Wissenschaften (rechts)

Im Jardin des los Helechos

Momentan schlägt sich Kuba noch mit den Folgen von Sandy herum. Der Hurrikan brauste am 22. Oktober 2012 über die Insel. Über die von ihm angerichteten Zerstörungen berichten Vertreter der Stadt Santiago de Cuba bei einem Gespräch über Umweltverschmutzung und Altstadtsanierung. Deutliche Spuren hinterließ der Sturm auch im dortigen *Jardin des los Helechos*. Doch davon bemerken wir nur noch wenig. Die sichtbarsten Schäden haben ehrenamtliche Hände längst beseitigt. Gestartet als private Initiative dient der Farngarten mit der größten Sammlung von Farnen weltweit heute der Umweltbildung und wird ehrenamtlich von Lehrern betreut. In weniger professioneller Form begegnen uns Schulgärten immer wieder. Vielerorts versuchen die Kolleginnen und Kollegen, damit das Umweltbewusstsein von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

„Alphabetisierung, gleiche Schulbildung für alle und nicht zuletzt das Öffnen des Zugangs zu höherer Bildung begründeten die Unterstützung für die Revolution“, sagt *Graciela Rodriguez Almeida* von der Gewerkschaft der Wissenschaften in Santiago de Cuba. Auf sozialstaatlichen Ideen wie bezahlbaren Wohnungen, Gesundheitsversorgung und der Qualität der Bildung beruhe bis heute die Loyalität der Kubaner zur Revolution. Das Bildungssystem kann sich mit dem der reicheren Ersten Welt messen – und dass, obwohl Kuba seit 60 Jahren im Ausnahmezustand lebt. Auch die dem Zerfall des Ostblocks folgende Wirtschaftskrise konnte der Qualität des Bildungssystems wenig anhaben. „Noch immer schneiden Kubas Schüler bei internationalen Tests besser ab als die anderer Staaten der Region“, betont Graciela. Die Einschulungsquote liegt bei 100 Prozent, Analphabetismus geht gegen null.

Nach dem *Education for All Development Index* der UNESCO gehört Kuba zu den hochentwickeltesten Ländern der Welt im Bildungsbereich. Noch zumindest. Jürgen Hahn-Schröder resümiert seine Gespräche mit kubanischen Kolleginnen und Kollegen:

„Die finanziell schwierige Lage bleibt nicht ohne inhaltliche und strukturelle Folgen. In den vergangenen Jahren machte sich ein immer akuter werdender Lehrermangel bemerkbar. Viele Ärzte und andere Hochqualifizierte arbeiten lieber im Tourismus, weil sie dort ein Vielfaches ihres Gehalts verdienen.“

Die Regierung arbeite dagegen, indem sie „Nothilfelehrer“ ausbildet sowie pensionierte Lehrerinnen und Lehrer wieder in den Schuldienst lockt. Gleichzeitig versuche sie, das Bildungssystem effizienter zu gestalten.

Duales Währungssystem

Das duale Währungssystem mit einem nationalen Peso für die Einheimischen und dem an den Dollar gekoppelten *Peso Cubano Convertible* (CUC) vertieft die Kluft zwischen jenen, die Zugang zu Devisen haben, und denen, die wie Ärzte, Lehrer, Richter, Polizisten im öffentlichen Dienst arbeiten. Der CUC ist 25 mal so viel wert wie der *Peso Nacional* und gängiges Zahlungsmittel im Tourismussektor. Die seit den 60er Jahren auf zentrale Planung setzenden Revolutionäre von 1959 haben es nicht geschafft, eine von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgehende und an diesen orientierte Wirtschaft zu etablieren. Mal fehlt es an Polizisten, mal an Englischlehrern. Weil in der Vergangenheit vor allem akademische Berufe wie Ingenieure, Ärzte und Journalisten ausgebildet wurden, sind momentan Handwerker knapp. Nun fördert der Staat gezielt praktische Berufe.

Seit dem 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) im April 2011 stehen die ökonomischen Rahmenbedingungen, lebensnotwendige Effizienzsteigerungen in der Produktion, die wachsende soziale Hierarchisierung als Folge der doppelten Währung und vieles mehr zur Debatte. Ihr fehlt es allerdings weiterhin an einer Öffentlichkeit, wie sie nur durch eine Vielfalt von Medien befördert kann. Doch diese müsste sich jenseits einer Springer-, Burda- und Bertelsmann-Medienlandschaft erst noch etablieren.

Eine wachsende Zahl von Kubanern – vor allem in den großen Städten und unter der jüngeren Generation – scheint der Mangelwirtschaft und ständiger Politikampagnen müde zu sein. Kuba wohlgesonnene Beobachter im In- und Ausland schätzen, dass sich das politische System auf drei von vier Kubanern stützen kann. Für sie sind die Revolution und ihre Errungenschaften identitätsstiftend. Aber ökonomische und soziale Probleme, ständiger Ausnahmezustand und Überlebenskampf schwächen diese Basis. Dabei nimmt das Land beim *Human Development Index* des *United Nations Development Programme* den 59. Rang ein und liegt damit nur zwei beziehungsweise drei Plätze



Der Jardin des los Helechos, der Farngarten in Santiago de Cuba, kooperiert mit dem Botanischen Garten in Berlin.

hinter Rumänien bzw. Bulgarien. Bei aller berechtigten Kritik am paternalistischen System und ungeachtet der sozialen Fortschritte in anderen Ländern der Region bleibt Kuba bis dato der einzige Sozialstaat auf lateinamerikanischem Boden.

Jürgen Hahn-Schröder, Norbert Glaser

40 Jahre Putsch in Chile: Frankfurt, 23. November 2013

Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile und stürzte den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten *Salvador Allende*. Der DGB Hessen erinnert an den Beginn einer 17-jährigen Diktatur und die „Bilanz eines neoliberalen Experiments“ mit einer Veranstaltung am 23. November 2013 um 19 Uhr im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77. Auf dem Programm stehen neben musikalischer Begleitung Vorträge der Enkeltochter Allendes *Maya Fernández Allende* und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Leiharbeiter der Kupferindustrie *Christián Cuevas Zambrano*.

Solidarität mit Nicaragua

Martha Rosa Bonilla zu Gast bei der GEW Offenbach

Mit schwerem Gepäck und fröhlicher Miene tritt *Martha Rosa Bonilla* am 15. September aus dem Ankunftsbereich des Frankfurter Flughafens. Drei Wochen Kennenlernen von Stadt und Leuten, Besuchstermine in Schulen, Rathaus, Parteien und Frauenhaus liegen vor ihr, und die erste Berührung mit dem politischen Leben hierzulande hat sie schon einen Tag darauf mit ihrer Teilnahme an der Fraport-Montagsdemonstration. Sie hat schon bald Kontakte mit Grünen, Linken und Sozialdemokraten, beobachtet die Auszählung der Stimmen am Abend des Wahlsonntags und wundert sich, dass sie das darf, denn in Nicaragua ist die Öffnung der Wahlurnen nicht öffentlich.

Martha Rosa Bonilla ist Psychologin und Leiterin des Frauenhauses von Rivas und Koordinatorin der nationalen Frauenbewegung AMNLAE. Sie kommt auf Einladung der Offenbacher GEW zur Vertiefung der Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen. Diese Verbundenheit besteht zwar schon seit Anfang der 90er Jahre, hat jedoch im Laufe der Zeit und auf Grund des nachlassenden Interesses an Nicaragua an Intensität des Austauschs verloren. Einmal im Jahr sandte Martha im Namen ihres Teams einen Projektvorschlag nach Offenbach, zumeist ging es um Aufklärungskampagnen zur Sexualität, zur Frauenpolitik oder zur Rechtsstellung der Frau. Parallel zur Partnerschaftsebene AMNLAE-GEW hatte sich

über die Teilnahme an Arbeitsbrigaden von Schülerinnen und Lehrerinnen der Käthe-Kollwitz-Schule auch eine Partnerschaft zwischen ihr und dem Frauenhaus entwickelt; Schulmöbel, Computer, Nähmaschinen und Schulmaterialien ließen sich aus Altbeständen abzwacken und erreichten per Container das Frauenhaus, so dass dort Weiterbildung in großem Maßstab stattfinden konnte.

Die finanzielle Solidarität der Offenbacher GEW blieb über die Jahre stabil, während die Sachspenden seit Jahren ausbleiben. Seit 2004 gibt es keine Brigaden mehr. Sie hatten auf der Ebene persönlicher Begegnungen eine besonders wichtige Funktion im Blick auf die Intensität der Partnerschaft, aber auch in der Bildung politischen Denkens in internationalen Zusammenhängen. Wenn schon keine Brigaden mehr zu aktivieren sind, könnte nicht die persönliche Begegnung per Einladung die solidarische Bindung wieder beleben? Aus dieser Fragestellung wurde rasch Realität: Marthas Besuch in Offenbach. Ihre authentischen Berichte rufen Empörung hervor: Gewalt und Missbrauch vor allem innerhalb der Familien, Verzeiflung, Vergewaltigungen von Mädchen und viele zeh-, elf- oder zwölfjährige Mütter. Vor allem Schülerinnen fragen, wie man helfen könne. Auch die mit Frauenthemen beschäftigten Gesprächspartnerinnen, besonders die vom hiesigen Frauenhaus, versuchen einen Weg zu wirksamer Hilfe zu finden. Es ist das Projekt „albergue“ (Herberge): Da das Frauenhaus in Rivas in seiner bisherigen Konzeption den Hilfesuchenden keinen Schutz in akuter Bedrängnis bieten kann, soll ein zweites Frauenhaus mit der bei uns bekannten Funktion errichtet werden, flüchtenden Frauen und Mädchen eine Zuflucht zu gewähren. Die GEW Offenbach übernahm deshalb die Initiative zu einem Spendenaufruf „Ein Frauenhaus gegen die Gewalt in Rivas/Nicaragua“. Bei einem Spendenaufkommen von etwa 20.000 Euro könnten wir Fördermittel im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in einer Höhe beantragen, die den Bau finanziell über-

haupt ermöglichen würde. Deshalb sind jetzt Geldspenden vordringlich.

- *Spendenkonto: GEW Offenbach, Konto-Nr. 422230603, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60, Kennwort: Rivas*

Frauenhaus „Sonia Bello“

Die Partnerschaft des Frauenhauses „Sonia Bello“ in Rivas in Nicaragua mit dem GEW-Kreisverband Offenbach-Stadt ist gerade auch in Hessen keine Besonderheit. Wegen der Bedrohung der Revolution Nicaraguas durch den „Contrakrieg“, der vom amerikanischen Präsidenten *Reagan* betrieben wurde, entstanden in den 80er Jahren viele partnerschaftliche Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen. 1985 stieß eine Delegation Offenbacher Kommunalpolitiker bei der Suche nach einer geeigneten Partnerstadt auf Rivas im Süden Nicaraguas. Es gründeten sich zwei Partnerschaftsvereine, und auch die GEW hatte bald ihre Partnerin im Frauenhaus gefunden. Lehrerinnen und Lehrer gehörten zu den kommunalen Delegationen und organisierten „Solidaritätsbrigaden“ mit Schülerinnen und Schülern.

Das Frauenhaus in Rivas ist seit seiner Gründung in 1983 ein Haus der Begegnung und Bildung: Neben großen Versammlungen gibt es vor allem Ausbildungskurse (Nähen, Friseurhandwerk, PC, Gesundheit, Frauenrechte). Träger ist die nationale Frauenorganisation AMNLAE, die schon während der sandinistischen Guerilla gegründet worden war. Sie finanziert das Frauenhaus über Kursbeiträge und Gebühren, weder der Staat noch Großorganisationen stellen Geld zur Verfügung. Deshalb sind die Spenden aus Holland, Deutschland oder Spanien unabdingbar. Die Offenbacher GEW unterstützt seit fast 20 Jahren die Kampagnen des Frauenhauses mit für die dortigen Verhältnisse beachtlichen Mitteln. Die zunehmende Gewalt gegen Frauen macht jetzt die Gründung einer „albergue“ als einer Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen unabweisbar.



Martha Bonilla und Wolfgang Christian von der GEW Offenbach bringen das Freundschaftsschloss zwischen dem Frauenhaus und der GEW an einer Mainbrücke an.

Aufbruch mit langem Atem

Die Lehrerausbildung muss dringend reformiert werden



Bis 2011 war Joachim Euler viele Jahre Leiter des Referats Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand und Herausgeber von LiV-Spektrum und des Seminar-Infos. 2012 ging Joachim Euler als Leiter des Studienseminars für berufliche Schulen in Frankfurt in den Ruhestand. Die vielen Deformationen, Reformen und Reförmchen hält er nach

35-jähriger Tätigkeit in der Lehrerausbildung für zu kurz gegriffen und plädiert jetzt für eine grundlegende Neuorientierung hin zu einer einphasigen Lehrerausbildung mit einer längeren Praxisphase und einer anschließenden Berufseingangsphase. Der folgende Beitrag gibt seine persönliche Auffassung wieder.

„Unsere Lehrer müssen besser werden“, titelte SPIEGEL ONLINE im März 2013 und forderte eine „Schulreform ja, aber richtig“. 556 Kommentare folgten, quer aus allen Bildungsschichten, Hochschulen, Studienseminaren, Schulen, von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Menschen mit sehr unterschiedlichen Berufen und Bildungsabschlüssen. Fazit: durchaus Lob, doch mehr harsche Kritik, nicht wenige Vorurteile, gute Analysen und beachtenswerte sinnvolle Reformvorschläge. Auch die Lehrerausbildung kam zur Sprache. Nur wenig gute, positive Aussagen bei wohlwollender Beurteilung. Bestätigt wird dies von Studierenden und Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV): seit rund einem Jahrzehnt ausschließlich negative Berichte in Presse und Sachbüchern. Als ich einigen Ausbilderkolleginnen und -kollegen diesen Beitrag als Lektüre empfahl, erfuhr ich ausnahmslos Ablehnungen: Man kenne das alles schon, man wolle sich so etwas nicht antun, da man ohnehin nur noch Kritik erfahre. Diese offensichtlich dünnhäutigen Reaktionen haben im Wesentlichen zwei Ursachen: die zahlreichen unausgegorenen Reformen im Zweijahrestakt seit gut einer Dekade, aber auch hausgemachte Fehler. Zusammen bewirkte dies eine deutlich nachlassende Akzeptanz von Universitäten und Studienseminaren bei Ausbildungsschulen, Mentorinnen und Mentoren, Studierenden und LiV.

Statt einer umfassenden Auflistung der zahlreichen Fehler und Mängel, die zur gegenwärtigen, von niemandem mehr bestrittenen mangelhaften und beklagenswerten Situation geführt haben, möchte ich die großen Linien dieser negativen Entwicklung aufzeigen und in eine Gesamtschau stellen. Diesen Prozess hat die HLZ über Jahrzehnte begleitet und dokumentiert, sodass sich ein erneuter Nachweis erübrigt.

Trippelschritte im Kreis

Sogar Spezialisten in den Bildungsverwaltungen blicken kaum noch durch. Nach SPIEGEL-Recherchen im vergangenen Jahr soll es rund 100 Wege geben, Lehrer zu werden. In Hessen nähert man sich je nach Zählweise der Zahl 20. Wurde ein Abschluss erworben, ist damit keinesfalls sicher, dass man in einem anderen Bundesland auch eingestellt wird. Davor sind Kultusministerien, Schul- und Prüfungsämter, die genau hinschauen, ob die eigenen und die von der Kultusministerkonferenz (KMK) vereinbarten Standards erfüllt werden.

Die KMK hat am 10. Dezember 2012 auf 135 Seiten einen „Sachstand in der Lehrerausbildung“ veröffentlicht. Er enthält alle wesentlichen Daten zur 1. Phase (Anteile von Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaften und Praktika in den einzelnen Lehrämtern) und zum Vorbereitungsdienst (Dauer, Ausbildungsphasen, Unterrichtsumfang und Prüfungssystem) – und zwar für alle 16 Bundesländer. Einheitlichkeit wird nur öffentlich beschworen, tatsächlich aber herrscht das Gegenteil. So dauert der Vorbereitungsdienst zwischen zwölf und 24 Monaten.

Erweiternd wirkt auch die Presseerklärung vom 7. März 2013. Darin erklärt die KMK nach Hunderten von Plenarsitzungen, die fatal an die „366 Friedenskonferenzen der Menschen“ in Erich Kästners „Konferenz der Tiere“ erinnern, ihre Absicht,

„den Lehramtsabsolventen besser als bisher einen gleichberechtigten Zugang zum Vorbereitungsdienst zu ermöglichen. Gleichmaßen soll der Berufszugang für alle Lehrerinnen und Lehrer bundesweit grundsätzlich gewährleistet werden.“

Nach 35 Jahren dienstlicher und gewerkschaftlicher Tätigkeit in der hessischen Lehreraus- und -fortbildung habe ich erhebliche Zweifel an der Wirksam-

keit solcher Ankündigungen. In Baden-Württemberg und Bayern wurden Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern je nach Haushalts- und Bedarfslage eingestellt oder auch abgelehnt. KMK-Beschlüsse wurden nicht selten extrem eng ausgelegt oder sogar ignoriert. Altbundeskanzler Schmidt bezweifelte die Existenzberechtigung der KMK, sein Nachfolger Kohl hielt die KMK für „die reaktionärste Einrichtung der Bundesrepublik“, den Vatikan im Vergleich mit der KMK für „weltoffen“. Mit dem Hinweis auf die KMK brems(t)en die Ministerien, natürlich auch das Hessische Kultusministerium (HKM), grundlegende Reformvorschläge zur Lehrerausbildung, sofern sie ihnen nicht opportun waren. Folge: grundsätzlicher Stillstand seit 40 Jahren, Bewegung lediglich mit Trippelschritten im kleinen Kreis.

Reformpläne Mangelware

Originäre pädagogische Reformen in Schule und Lehrerausbildung sind in den letzten 40 Jahren eher Mangelware. Man stelle sich einen solchen Stillstand in Medizin und Kunst, bei den Informationstechnologien, in der Ökologie oder in den Naturwissenschaften vor, wo Zukunft für die nächste Generation gestaltet wurde. Bundesweit sorgte Hessen nur mit dem modularisierten Referendariat für Furore. Die Reform ging gründlich daneben, was eine „Reformreform“ zur Folge hatte. Die Bologna-Reform mit Bachelor- und Masterstudiengängen beruhte auf übergreifenden politischen Beschlüssen und betraf alle Studiengänge.

Vor 40 Jahren unternahmen die SPD-geführten Bundesländer den Vorstoß, in Deutschland die einphasige Lehrerausbildung einzuführen. In Bremen und Oldenburg wurden entsprechende Studiengänge als Modellver-

suche eingeführt. Die von CDU und CSU geführten Bundesländer drohten daraufhin, so erworbene Abschlüsse nicht anzuerkennen und so ausgebildete Lehrkräfte nicht einzustellen. Damit war das Vorhaben gescheitert. Bis zum heutigen Tage gibt es bestenfalls eine partielle Zusammenarbeit, die Abstimmungen sind spärlich, aufwändig, selten effizient. Widerstände dominieren auf beiden Seiten. Wissenschaftliche Gutachten zur Effizienz und Weiterentwicklung spiegeln in der Regel die Vorstellungen und Ziele der jeweiligen Auftraggeber wider.

Die Folge: Stillstand seit bald 500 Monaten. Als auf einer Fachtagung zur Lehrerbildung in Hessen ein national sehr bekannter Universitätsprofessor die Auffassung vertrat, beide Phasen müssten zur Einphasigkeit zusammengeführt werden, bat ich ihn als HLZ-Redakteur, einen Beitrag für die HLZ zu verfassen. Seine Reaktion: Er wolle und könne das nicht öffentlich formulieren, dies sei „vermintes Gelände“. Universitäten und Studienseminare wollen offensichtlich keine Einphasigkeit. Höchstwahrscheinlich „lebt“ es sich im abgeschotteten Arbeitsbereich erkennbar besser. Studierende und LiV, ohne die es beide Ausbildungsstätten überhaupt nicht gäbe, kommen in deren Überlegungen äußerst selten vor. Beteiligung, Mitbestimmung, reale Demokratie sind Fremdwörter. Auch die Mentorinnen und Mentoren, die im Vorbereitungsdienst unbestritten die Hauptausbildungsarbeit leisten, sind bei der Planung der Ausbildung durch Rechtsvorschriften höchstens marginal beteiligt. Honoriert wird nichts.

Die zweite Phase der Lehrerbildung wird als Referendariat oder (pädagogischer) Vorbereitungsdienst bezeichnet. International gesehen findet Lehrerbildung aber ausschließlich an Universitäten statt. Nur Deutschland

kennt das Referendariat mit den Studienseminaren. Eine wesentliche Funktion des Vorbereitungsdienstes besteht in der „Einübung in das Beamtenverhältnis“, also der Sozialisation in ein neues Ausbildungssystem. Folglich kommt den Schul- und Seminargutachten, die das Unterrichten nur teilweise zur Grundlage haben, eine besondere Bedeutung zu. Mit Inkrafttreten des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) wurde die früher prozessuale Begleitung durch 16 Unterrichtsbesuche in acht Modulen ersetzt, die in etwa 15 Monaten abzuleisten sind. Der eigenverantwortete LiV-Unterricht ist nur noch zu einem Bruchteil Ausbildungsunterricht. Acht von zehn bis zwölf Wochenstunden ($\frac{2}{3}$ bis $\frac{4}{5}$) dienen ausschließlich der Unterrichtsversorgung. Bis Ende der 1980er Jahre stand dieser Unterricht für die Unterrichtsabdeckung an den Ausbildungsschulen überhaupt nicht zur Verfügung. Mit anderen Worten: Die Ausbildungsferne des Vorbereitungsdienstes hat fast schon dramatische Züge angenommen.

Ausbildungsfern und ausgehungert

Im Laufe der letzten Jahre wurden die LiV-Ausbildungsplätze und die Ausbilderstellen an den Studienseminaren verringert, die Ausbilderarbeitszeit erhöht. Die Schließung von etwa einem Drittel der Studienseminare wurde in letzter Minute verhindert. Seit Jahren wird weniger Geld im Vorbereitungsdienst zur Verfügung gestellt, möglicherweise auch, weil unklar ist, inwieweit überhaupt positive Effekte von einer etwa sechs- bis achtjährigen Lehrerbildung auf Unterricht und Schule ausgehen.

Angesichts dieser Befunde und Entwicklungen muten die Zukunftspläne für die hessische Lehrerbildung durchaus befremdlich an: Stu-

dium, Praxissemester, Referendariat und Berufseingangsphase sollen die zukünftigen vier Elemente der Lehrerbildung sein. Dabei wird man froh sein, wenn angesichts der ab 2020 wirkenden Schuldenbremse, die auch den Bildungssektor nicht verschont, die Finanzmittel für Lehreraus- und -fortbildung weitestgehend erhalten bleiben. Alle vier Elemente zu durchlaufen, bis man das volle Gehalt bekommt, löst auch bei den Studierenden und LiV der neuen Generation nur Kopfschütteln aus.

Studienseminare in der Krise

Das HLbG ist den Studienseminaren und den Ausbilderinnen und Ausbildern schlecht bekommen. Die Studienseminare haben sich aufgrund der Bürokratisierung und Ökonomisierung der Ausbildung von den Ausbildungsschulen entfernt. Ungeschickt war auch die Aussage des vormaligen Amtes für Lehrerbildung, endlich würden die Studienseminare die Ausbildung alleine bestimmen. Ausbilderinnen und Ausbilder, die über Jahre nicht unterrichteten, und das waren mehr als 50%, wurden wegen fehlender eigener Unterrichtspraxis zunehmend weniger akzeptiert. Auf großes Unverständnis stieß auch, dass sie von den LiV einen kompetenzorientierten Unterricht verlangten, ohne selbst über Können und Erfahrungen darüber zu verfügen, ganz abgesehen davon, wie man einen derartigen Unterricht bewerten soll. Auch der politische Primat der (von allen Landtagsparteien gewollten) selbstständigen Schule reduziert den Einfluss der Studienseminare auf den Unterricht der Ausbildungsschulen, da Schulprogramme für Außenstehende tabu sind. Insoweit befinden sich die Studienseminare in einer Legitimationskrise, wenn ihre Aufgaben nicht den neuen Schulentwicklungen folgen und veränderten Bildungsbedingungen angepasst werden.

Sollten eine auch quantitativ angemessene Praxisphase in das Studium integriert und eine etwa einjährige Berufseingangsphase mit reduziertem Unterricht ($\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ des Pflichtstundendeputats) installiert werden, gibt es keinen begründeten Raum mehr für das Referendariat, es sei denn in „extremer“, inhaltlich nicht zu legitimierender Kürze. Die Aufgabe der Studienseminare bestünde zukünftig darin, die etwa einjährige Praxisphase an der

Meine Ausbildung: Schüler führen selbst Regie

Der Hessische Rundfunk und das Kultusministerium bieten Schülerinnen und Schülern aus Hessen zum sechsten Mal die Gelegenheit, alle Fragen rund um die Berufsausbildung filmisch darzustellen und dieses Ergebnis im hr-fernsehen zu zeigen. Unterstützt wird der Wettbewerb unter anderem von der DGB-Jugend und den Hessischen Medienzentren. Teilnehmern können alle hessischen Schulen ab

der 8. Klasse und die Kurse von beruflich orientierten Schulen, deren Schüler noch nicht in Ausbildung sind. Die besten Filme des letzten Wettbewerbs gibt es auf www.meine-ausbildung.hr-online.de oder als DVD bei allen Medienzentren. Anmeldeabschluss ist am 20. Dezember 2013.

- *Infos, Anmeldung und Leitfaden: www.meine-ausbildung.hr-online.de oder bei Hessischer Rundfunk, Joachim Meißner, Wissen und mehr, Bertramstr.8, 60320 Frankfurt*

Universität durchzuführen und die neuen Lehrkräfte in der einjährigen Berufseingangsphase prozessual zu beraten, dies an einzelnen großen Schulen oder in Schulverbänden. Parallel dazu könnten sie dort auch für die Lehrerfortbildung zuständig sein. Kurzum: Die Studienseminare werden auch in dieser Anzahl benötigt, wenngleich mit anderen Funktionen. Gleiches gilt für die Ausbilderinnen und Ausbilder, deren wesentliche Tätigkeit Beratungen sind. Ihre Prüferfunktion wird deutlich begrenzt sein. Möglicherweise wird die Frage erneut aufgegriffen, ob diese Tätigkeit eine Funktion auf Zeit ist. Dies wurde Mitte der 1990er Jahre diskutiert: fünf bis sieben Jahre mit einmaliger Verlängerung und einer ruhegehaltsbezogenen Zulage von etwa 500 Euro für alle Lehrämter.

Konturen einer Reform in Hessen

Die Konturen einer neuen hessischen Lehrerausbildung ergeben sich aus dem vorher Gesagten, den bekannten Kritiken und weiteren Überlegungen, die an anderer Stelle in der HLZ bereits skizziert wurden. Im Folgenden stelle ich wesentliche Bestandteile, Eckwerte und Ziele einer großen Lehrerausbildungsreform in Hessen zur Diskussion:

- **Planungszeitraum:** 5 bis 7 Jahre (gründliche Vorbereitung), in zwei Legislaturen; nach weiteren 7 bis 8 Jahren erstmals Lehrkräfte mit neuer Ausbildung (nach Verbeamtung auf Lebenszeit)
- **Mitbestimmung und Kommunikation:** Alle Parteien, bildungspolitisch relevanten Gruppen und die von der veränderten Ausbildung Betroffenen (Studierende, Noch-LiV, Mentorinnen und Mentoren) sind qualifiziert zu beteiligen. Soziale Netzwerke sind substantiell zu nutzen. Halbjährliche Berichterstattung.
- **Ministerien:** Zusammenlegung von Kultus- und Wissenschaftsministerium
- **Zuständigkeit:** Die alleinige Zuständigkeit liegt bei den Universitäten (Zentren für Lehrerbildung). Die Studienseminare werden mit der Durchführung der Praxisphase beauftragt. Gegebenenfalls Koordination mit einem für die Lehrerausbildung zuständigen Amt.
- **Grundsätzliche Struktur:** Die Lehrerausbildung ist einphasig. Dem Studium mit Praxisphase folgt die Berufseingangsphase.
- **Dauer:** 12 Semester, einschließlich Praxisphase von insgesamt 12 Monaten, einheitlich für alle Lehrämter



- **Praxisphase:** 12 Monate, auch geteilt, organisiert von Studienseminaren und von Ausbilderinnen und Ausbildern durchgeführt bzw. begleitet
- **Inhaltliche Strukturierung:** Sie hat die zehn Kompetenzbereiche der KMK als Grundlage.
- **Abschluss:** Master, parallel ergänzend Staatsexamen („Gleichstellung“)
- **Berufseingangsphase:** ein Jahr mit einem Unterrichtsumfang von $\frac{4}{5}$ bis $\frac{3}{4}$ des Pflichtstundendeputats
- **Studienseminare:** Funktionswandel mit neuen Zuständigkeiten für Praxisphase an Universitäten, Berufseingangsphase und Fortbildung an einzelnen Schulen oder Schulverbänden
- **Ausbilderinnen und Ausbilder:** Begleitung und Betreuung der Studierenden in der Praxisphase; Begleitung und Beratung der neuen Lehrkräfte in der Berufseingangsphase und Fortbildung der Lehrkräfte in den einzelnen Schulen oder in Schulverbänden; Funktion auf Zeit mit einmaliger Verlängerung; neue Funktionsbezeichnung ist erforderlich.
- **Mentorinnen und Mentoren:** Beratung der Studierenden in der Praxisphase und der neuen Lehrkräfte in der

Berufseingangsphase bei schulpraktischen Sachverhalten; Anrechnungsstunden sind unabdingbar.

- **Neue Lehrkraft:** Die Unterrichtsreduktion in der einjährigen Berufseingangsphase beträgt $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ des Pflichtstundendeputats des jeweiligen Lehramtes. Die Besoldung erfolgt nach der jeweiligen Eingangsstufe.
- **Finanzierung:** Seriöse Planungsdaten sind erst nach Festlegung der kostenverursachenden Rahmendaten möglich.
- **Bundesweite Anerkennung:** Die weiteren Angleichungen an europäisches Recht und die Öffnung des Beamtenstatusgesetzes für länderspezifische Regelungen sollten die Anerkennung der neuen hessischen Lehrerausbildung gewährleisten.
- Die neue Landesregierung sollte ab dem 18. Januar 2014 dieses neue Projekt starten. Zwölf Jahre danach sind die ersten Ergebnisse zu erwarten. Sind die hessischen Politikerinnen und Politiker bereit und in der Lage, so langfristig zu planen und zu handeln? Alternative: Nichtstun!

Joachim Euler



Recht auf Fortbildung

Fortbildung in eigener Verantwortung ist der Regierung suspekt

Wer kennt schon § 66 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG)? Bis September 2011 regelte dieser Paragraf, dass Lehrkräfte in Hessen über die Wahl ihrer Fortbildungen „in eigener Verantwortung“ entscheiden können. Dieses Recht haben sich die hessischen Lehrerinnen und Lehrer allerdings gründlich verschertzt. Und das haben sie sich selbst zuzuschreiben. Denn wie die dem Hessischen Kultusministerium (HKM) zuarbeitende Bildungsadministration mit Entsetzen feststellen musste, haben fortbildungswillige Kolleginnen und Kollegen bevorzugt solche Fortbildungen gewählt, die nur von kurzer Dauer (halbtägig), darüber hinaus möglichst „entgeltfrei“ und obendrein auch noch „wohnnah“ waren.

Ein unverantwortliches Verhalten! Denn all das seien keine „inhaltlichen“, sondern vielmehr „sachfremde Gründe“, wie die 2008 publizierte HKM-Studie „Fortbildung braucht Steuerung“ feststellte. Zweifel an der Entscheidungskompetenz hessischer Lehrkräfte seien angebracht. Denn sie seien offensichtlich außerstande, die inhaltlich „passenden“ oder für sie „geeigneten“ Fortbildungen auszuwählen!

Fortbildungspunkte abgeschafft

Konsequenz? Am 28. September 2011 strich die CDU/FDP-Mehrheit im Hessischen Landtag das Recht der Lehrerinnen und Lehrer, Fortbildungen, „in eigener Verantwortung“ auszuwählen und ersetzte den entsprechenden Passus in der Neufassung des § 66 Abs. 1 HLbG durch die Auswahl „in Abstimmung mit der Schulleitung“. Das nennt man Entmündigung.

Der Vorgang verdeutlicht, dass Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen keine institutionelle Wertschätzung mehr erfährt. Die Fortbildungskultur des Hessischen Instituts für Lehrfortbildung (HILF) und des Hessischen Landesinstituts für Pädagogik (HeLP), an die sich nur noch ältere Kolleginnen und Kollegen erinnern, ist endgültig Vergangenheit.

Die Neufassung des HLbG im September 2011 sorgte aber auch für die

Abschaffung der „Fortbildungspunkte“, von denen man seinerzeit 50 Punkte jährlich vorweisen musste. Also doch alles nur halb so schlimm? Ist die Kultusbürokratie möglicherweise doch lernfähig? Schließlich galten die „Punkte“ als Ausdruck eines tiefsitzenden Misstrauens gegenüber der Fortbildungsbereitschaft von Lehrkräften und waren als Instrumente der Gängelung und Kontrolle entsprechend unbeliebt.

Doch die Abschaffung der Punkte war keineswegs eine Reaktion auf die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen oder ein Entgegenkommen an die GEW, die die Punkte seit ihrer Einführung 2005 zu Recht kritisiert und abgelehnt hat. Die Abschaffung der Punkte hatte ganz andere Gründe:

- Die Punkte verfehlten ihr Ziel einer absoluten Steigerung der Fortbildungsteilnahmen. Bereits im Schuljahr 2006/07 – ein Jahr nach Einführung der Punkte – lag die durchschnittliche Fortbildungsteilnahme pro Lehrkraft und Jahr bei 3,9 Fortbildungstagen, im Schuljahr 2007/08 ging sie auf 3,5 Fortbildungstage zurück. Tendenz: sinkend. Das selbstgesteckte Ziel von fünf Fortbildungstagen pro Lehrkraft und Jahr wurde von Anfang an verfehlt. Warum also an einem Instrument festhalten, dass in der vorliegenden Form offenkundig nicht dazu verhalf, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen?

- Es kam praktisch nie zu einer Bewertung von Portfolios durch die Schulleitungen in Form jährlicher Mitarbeitergespräche. Damit schien das System der Bepunktung komplett in der Luft zu hängen. Weder wurde der Erwerb der Punkte durchgängig kontrolliert, noch gab es rechtlich wasserdichte Reglements, wie deren Nichterwerb hätte sanktioniert werden sollen. Die Leistungspunkte erwiesen sich mithin als Bumerang, bestens geeignet, die Schulleitungen vorzuführen, die man eigentlich stärken wollte. Was also sprach zum damaligen Zeitpunkt für deren Beibehaltung? Nichts.

- Entscheidend aber war, dass das Punktesystem in der damals vorliegenden Form blind war für die Unterscheidung von „systemischer“ und „indivi-

dueller“ Fortbildung. Belohnt wurde der Besuch jeglicher Fortbildung, da nur das Kriterium der Fortbildungsdauer entscheidend war. Dem Punktesystem wurde von maßgeblichen Bildungsplanern des HKM jede effektive Lenkungs-funktion abgesprochen. Es zählte lediglich die Quantität, nicht aber die Qualität. Auch diese Kritik traf die seinerzeit praktizierte Form des Punktesystems ins Mark.

Dass Punkte auf Quantität, nicht aber auf Qualität zielen, sagte auch die GEW. Allerdings geht es dem HKM um eine ganz andere Art von „Qualität“: Sein strategisches Ziel ist die maximale Ersetzung eigenverantwortlich gewählter, unterrichtsbezogener „individueller Fortbildungen“ durch systemrelevante, auf die optimale Funktionalität der Lehrkräfte zielende Anpassungsqualifizierung. Dies gilt zunehmend für die Fortbildungsangebote regionaler Schulleitungen und vor allem für die Führungsakademie.

Im Gegenzug werden die gleichsam zur „Privatanglegenheit“ abgewerteten „individuellen Fortbildungen“ marginalisiert. Sie sollen in der „unterrichts-freien Zeit“ stattfinden (§ 66 Absatz 4 HLbG) und – im Unterschied zu den systemrelevanten Qualifizierungen – von den Kolleginnen und Kollegen selbst bezahlt werden. Das steht zwar nicht im Gesetz, aber in den Publikationen des HKM:

„Weil der Dienstherr erwarten kann, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Erhalt ihrer grundständigen Qualifikation selbst sorgen, ist es zumutbar, wenn die Lehrerinnen und Lehrer für diesen Bereich der selbstverantworteten Fortbildung kostenpflichtige Veranstaltungen selbst bezahlen. In aller Regel wird solche Fortbildung außerhalb der individuellen Unterrichtszeit wahrgenommen.“ (1)

Dass es bei der Reform der hessischen Lehrerfortbildung um „Qualitätsentwicklung“ und Pädagogik geht, wie das HKM behauptet, darf mit Fug und Recht bestritten werden. Vielmehr geht es um die Umsetzung von ökonomischen Vorgaben:

- Bei rund 60.000 Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen Hessens und

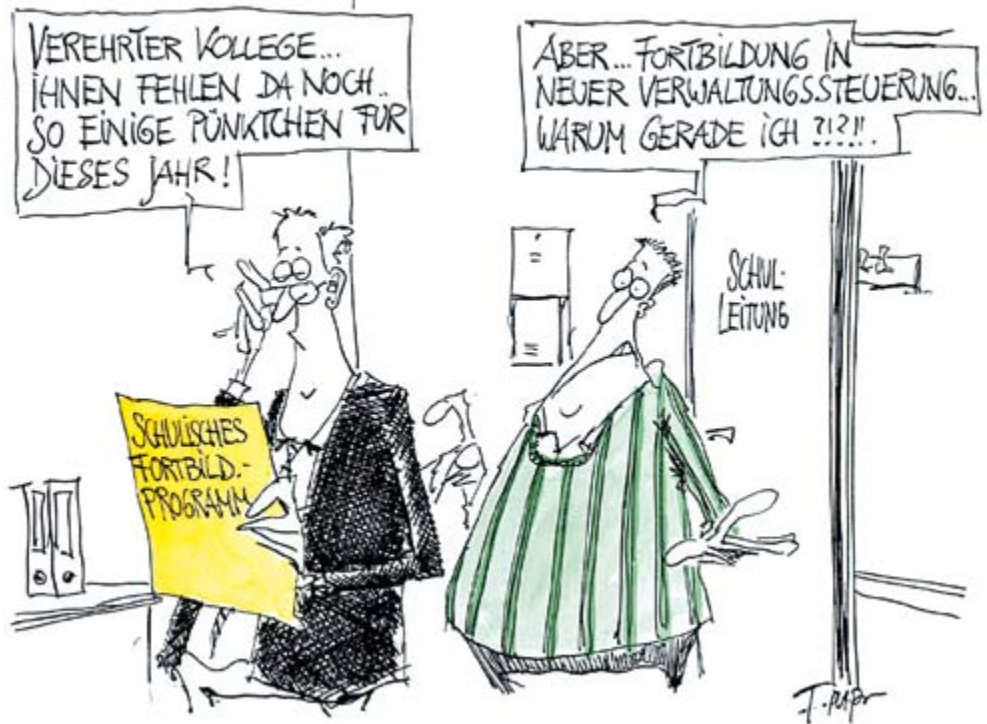
einer Vorgabe von 5 Fortbildungstagen pro Jahr und Lehrkraft geht es potenziell um ein Volumen von jährlich 300.000 Qualifizierungstagen, die zu einem möglichst großen Anteil in Zeit für systemerhaltende Anpassungsqualifikation umgewandelt werden soll. Dazu wurde die Verfügungsmacht über die Fortbildungszeit durch erweiterte Befugnisse der Schulleitungen, Zielvereinbarungen und schulische Fortbildungspläne erweitert. Dies beinhaltet ein Potenzial von Kostensenkung und garantiert Millionenersparnisse.

- Ein weiterer ökonomisch nicht zu unterschätzender Faktor ist die Abwälzung von Fortbildungskosten auf die einzelne Lehrkraft, indem man ihr Interesse am Erhalt der eigenen Qualifikation und an einem guten, zeitgemäßen Unterricht zur Privatangelegenheit erklärt und sich aus der originär staatlichen Verantwortung für diesen Aspekt von Schule mit einem lächerlichen Alibi-Betrag beim schulischen Fortbildungsbudget von 40 Euro pro Stelle und Jahr davontiehlt. Die Umsätze auf dem Fortbildungsmarkt für den Zeitraum 2005/06 bis 2009/10 bezifferte der (mittlerweile eingestellte) Fortbildungsbericht des inzwischen in das Landesschulamt eingegliederten Instituts für Qualitätsentwicklung mit 14,3 Millionen Euro, das heißt rund 3 Millionen Euro pro Jahr, die im Wesentlichen die Lehrkraft und nicht der Diensther bezahlt hat. Die Fahrtkosten sind darin noch nicht erfasst.

- Dazu kommt der Einspareffekt durch die Reduzierung der staatlichen Fortbildungsangebote: 2006/07 boten 1.333 HKM-Dienststellen Fortbildungen an, drei Jahre später waren es nur noch 876 Dienststellen (-34%). Die Zahl der Fortbildungsangebote in staatlicher Regie ging im Schuljahr 2009/10 sogar um 37% von 6.742 (2006/07) auf 4.241 zurück. Die „gelungene Marktöffnung“, wonach genügend private Anbieter von Fortbildungen das Vorhalten staatlicher Fortbildungsangebote erübrigen, ist eine Fiktion. Die Zahl privater Anbieter sank allein in der Zeit von 2006/07 bis 2009/10 um 63% von 1.189 auf 442.

Nicht weniger gefährlich ist die bildungspolitische Seite der Reform der Lehrerfortbildung. Die zunehmende Kontrolle nicht nur des Fortbildungsverhaltens der Lehrkräfte, sondern darüber hinaus auch der Fortbildungsinhalte verdeutlicht, dass hier ein Kampf um die Deutungshoheit im Gang ist:

„Bei der Konzeption von Fortbildungsveranstaltungen, deren Ziel eine tiefgreifen-



de Veränderung von Unterricht ist, ist daher der Veränderung der Beliefs besondere Beachtung zu schenken.“ (2)

Deshalb zitiert man in der HKM-Publikation zustimmend Diethelm Wahl mit den „besonders drastisch(en)“ Worten: „Ziel ist, all das außer Kraft zu setzen, was bisher das Handeln gesteuert hat.“ (3) Grund genug für eine Bildungsgewerkschaft, sich hier verstärkt einzumischen.

Kontrolle der Fortbildungsinhalte

Allerdings wird auch im HKM nur mit Wasser gekocht, gibt es keinen totalitären Masterplan. Allerdings hat es ein Club von bildungspolitischen Geisterfahrern im HKM geschafft, den „Fortbildungsmarkt“ für Lehrkräfte in acht Jahren erfolgreich an die Wand zu fahren. 2006/07 gab es in Hessen 190.000 Fortbildungsteilnahmen von Lehrkräften, 2010/11 waren es nur noch 96.000! Unmittelbare Folge: Die Fortbildungsberichterstattung der Landesregierung wurde 2011 klammheimlich über Nacht eingestellt. Bravo! Gegenwärtig dürfte die Fortbildungsteilnahme nach meinen eigenen Berechnungen unter 90.000 liegen. Zweifellos ein historischer Tiefstand! Diese skandalöse Situation sollte die GEW nicht auf sich beruhen lassen. Wir sollten der De-facto-Abschaffung des „Rechts auf Fortbildung“ durch eine über die Jahre hinweg institutionalisierte Kultur der Kontrolle und des Misstrauens einen offensiven Kampf

für das Recht auf eigenverantwortliche Fortbildung entgegensetzen.

Fortbildungsbudgets erhöhen!

Drehen wir den Spieß um: Anstatt sich mit einer (quantifizierten) „Pflicht zur Fortbildung“ quälen zu lassen, sollten wir für die gesetzliche und materielle Absicherung eines (quantifizierten) Rechts auf Fortbildung streiten. Im Mittelpunkt muss eine angemessene Erhöhung des schulischen Fortbildungsbudgets von gegenwärtig 40 Euro auf mindestens 160 Euro stehen, damit „individuelle Fortbildungen“ wieder kostenfrei werden.

Die Entmündigung der hessischen Lehrkräfte, die über Fortbildungsangebote nur „in Abstimmung mit der Schulleitung“ entscheiden dürfen (§ 66 Abs.1 HLBG) und von der Schulleitung „zur Wahrnehmung bestimmter Fortbildungsmaßnahmen“ verpflichtet werden können (§ 66 Abs.3 HLBG), muss beendet werden. Denn mit der Selbstachtung erwachsener Menschen und mit deren Menschenwürde hat eine solche Regelung nichts gemein. Oder?

Gerhard Walentowitz

(1) Axel Görisch, Klaus Holstein: Fortbildung braucht Steuerung. Institut für Qualitätsentwicklung 2008, S. 45f.

(2) ebenda, S. 32

(3) Diethelm Wahl: Nachhaltige Wege zu Wissen und Handeln, in: Beiträge zur Lehrerfortbildung 19/2001, S. 161

Fragwürdiges Vorbild

Franz-Kade-Schule in Idstein trägt den Namen eines NS-Pädagogen

Das Beratungs- und Förderzentrum an der Peter-Petersen-Schule in Weiterstadt bei Darmstadt hat es hinter sich. Sie trägt heute den Namen von Anna Freud und stellt die Gründe und den Prozess ihrer Umbenennung engagiert auf ihrer Homepage vor (<http://afs-weierstadt.de>).

Mit der Frage, ob ein NS-Pädagoge bis heute Namensgeber einer Schule sein darf, muss sich derzeit auch die *Franz-Kade-Schule* in Wörsdorf, einem Ortsteil von Idstein, auseinandersetzen. Auch die Gremien im Rheingau-Taunus-Kreis und die Kommune sind mit der Frage befasst, ob die Grundschule weiter den Namen ihres Gründers *Franz Kade* tragen soll. Prof. Dr. Franz Kade zählt zu den Reformpädagogen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre. Sein Arbeitsschwerpunkt lag in der Reform der Landschulen. 1932 gründete er die Schule unter dem Namen Taunus-schule, die er gemeinsam mit dem jüdischen Architekten *Eugen Kaufmann* ge-

plant hatte, der auch die Pavillonschule in Frankfurt-Praunheim (1930) entworfen hatte. Ihr gemeinsames Buch „Die neue Dorfschule“ erschien 1930.

1982 wurde die Taunusschule anlässlich des 50-jährigen Bestehens in Franz-Kade-Schule umbenannt. Den Stein ins Rollen brachte 2013 ein Antrag der Grünen und Linken im Kreistag, die Schule wegen der Rolle Kades im NS-Staat umzubenennen. Die Historikerin *Martina Hartmann-Menz* war bei Forschungsarbeiten zum Thema Nationalsozialismus in der Region Limburg-Weilburg auf Materialien zur Wörsdorfer Schule und Kade als deren Leiter gestoßen. Ihre weiteren Forschungen zur Person Kades hat sie in ihrem Aufsatz „Franz Kade: Begründer der Wörsdorfer Schule – Eine Neubewertung“ zusammengefasst, der auf der Homepage der Grünen des Rheingau-Taunus-Kreises als PDF-Datei verfügbar ist (<http://www.gruene-rtk.de/kreistag/> > Suche: Franz Kade).

Hartmann-Menz beschreibt detailliert die bildungspolitischen Positionen Kades, die in keinem Punkt von der nationalsozialistischen Gesellschafts- und Erziehungsideologie abweichen und vor allem im Bereich der Lehrerbildung von ihm propagiert und vorangetrieben werden. Er tritt schon 1932 in die NSDAP ein und wirkt als Gau-redner der Partei und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB). Er ist bis 1945 wissenschaftlicher Leiter der Wörsdorfer Schule und Professor an verschiedenen Hochschulen, übt Funktionen in der Gauverwaltung Danzig und dem dortigen NSLB aus. Er wird Leiter der Grenzlandhochschule in Lauenburg (Pommern) und leitet NS-Schulungslager für angehende Lehrer. Als Professor an der Hochschule für Lehrerbildung in Bonn ist er stellvertretender Führer der Dozentenschaft. 1945 wird er aus dem Staatsdienst entlassen, arbeitet in der Landwirtschaft und seit 1949 wieder als Lehrer. 1953 wird er Professor für Allgemeine Didaktik an der Pädagogischen Akademie in Köln.

Die Wörsdorfer Schule wird vielfach als Musterschule der Reformpädago-

gik und der Landschulreform angesehen. Ein Artikel im „Hausfreund für den Goldenen Grund“ von 1935 gibt Aufschluss über den wahren Charakter „der nationalsozialistischen Musterschule zu Wörsdorf im Taunus“:

„Wesensfremdes hämmerte man dem Kind ein. Rein verstandesmäßige Bildung herrschte vor. Der Nationalsozialismus musste sich dazu berufen fühlen, auch hier Wandel zu schaffen. Bahnbrechend auf dem Gebiet der Erziehung ist Dr. Kriek (führender NS-Pädagoge, ab 1933 Rektor der Universität Frankfurt, Anm. d. Verf.) geworden. (...) Die praktische Auswertung und Verwirklichung der Kriek'schen Ideen wurde durch Professor Dr. Kade in der hier vor 2 Jahren gegründeten Beispielschule in Angriff genommen. (...) Einen breiten Raum nimmt die soldatisch-rassische Erziehung ein. (...) Dem Führerprinzip wird weitgehend Rechnung getragen.“ (1)

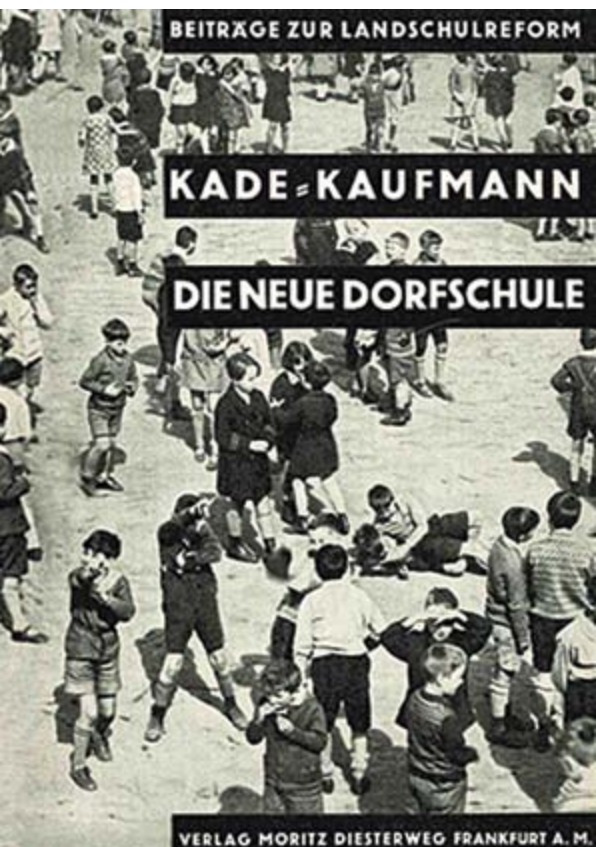
Kade selbst propagiert das nationalsozialistische Gedankengut in vielfältigen Veröffentlichungen, so in der Schrift „Die Wende in der Mädchenerziehung“ (1937). Einziges Ziel für Mädchen sei, Mutter und als „Weib Hüterin der Reinheit des deutschen Blutes“ zu sein.

Alle Fraktionen des Kreistags stimmten am 10. September in Abänderung des Antrags der Grünen für die Bildung einer Kommission, der die Schulkonferenz, Vertreter der im Kreistag vertretenen Parteien und der Kommune sowie ein Fachwissenschaftler der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Frankfurter Universität angehören. Die Ergebnisse der Beratungen sollen bis spätestens Ende des Jahres dem Kreistag vorgelegt werden.

Das Argument, Franz Kade sei als sehr guter Pädagoge bekannt, geht am eigentlichen Problem vorbei. Entscheidend ist, dass Franz Kade nachweislich ein Propagandist der nationalsozialistischen Ideologie war. Und dies schließt ihn als Namensgeber einer Schule schlichtweg ein für alle Mal aus!

Jürgen Weste, GEW Untertaunus

(1) Camberg. Der Nationalsozialismus in einer Kleinstadt, Hessisches Institut für Lehrerfortbildung, Außenstelle Limburg, 1989. S. 49, zit. n. Hartmann-Menz, S. 9f.



Praxis Integration

Wer in der Schule nicht integriert wird, der kann in der Gesellschaft dieses Landes schwerlich seinen guten Platz finden. Er wird eher am Rande eine gefährdete Existenz führen. Aus solcher Perspektive betrachtet, findet zwar jedermann Integration und interkulturelles Lernen wichtig. Aber viele Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich oft genug allein gelassen mit der Aufgabe, Kindern aus aller Herren Ländern in ihren Klassen gerecht zu werden. In solcher Lage ist man für praktische Hilfen dankbar. Mit den Überlegungen und Erfahrungen, die in dem vorliegenden Praxisbuch zum Interkulturellen Lernen ausgebreitet werden, kann man in der Tat einiges anfangen – im Wortsinn.

Das gilt weniger für die allgemeinen Überlegungen zur interkulturellen Bildung, die zu Beginn eher pauschal vorgetragen werden. Trotzdem ist es ein nützliches Buch, denn es wurde überwiegend von interkulturellen Praktikern aus Hamburg geschrieben. Sie berichten von Bildungspartnerschaften im Stadtteil („Starke Mütter“) oder von der Erfolgsgeschichte des Modells „Elterncafé“, mit dessen Hilfe Migranteneltern den Weg in die Schule fanden. Gerne wäre man einmal beim „Vätertreff“ dabei, der an einer Grundschule zweimal im Monat stattfindet und sonntags Stadtrundfahrten für Väter und Söhne veranstaltet, um ihnen Orte ihrer neuen Heimat zu zeigen, an denen sie oft noch nie waren. Auf einigen Hambur-

ger Schulhöfen können Mütter offenbar sogar Fahrrad fahren lernen.

Besonders anregend liest sich der Beitrag über die Entwicklung der Nelson-Mandela-Schule, die es mit Engagement und Enthusiasmus im Problemstadtteil Wilhelmsburg geschafft hat, Sprachförderung mit Betreuung zu kombinieren und immerhin 20 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler für den Sprung in die Oberstufe zu qualifizieren. Gute Tipps für die „Öffnung der eigenen Schule“ runden das Bild eines für interkulturelle Schulentwicklung hilfreichen Buches aus einem neuen pädagogischen Fachverlag ab.

Wolfgang Geisler

Regine Hartung, Katty Nöllenburg, Özlem Devedi (Hrsg.): Interkulturelles Lernen. Ein Praxisbuch. Debus Pädagogik Verlag, Schwalbach/Ts. 2013, 24,80 Euro

Spurensuche in Frankfurt

Seit 1980 werden ehemalige Frankfurterinnen und Frankfurter, die vor der NS-Verfolgung fliehen mussten, von der Stadt zu einem Besuch in ihrer früheren Heimat eingeladen. 2012 hat die Stadt damit begonnen, das Besuchsprogramm mit der Einladung der Kinder und Enkel weiterzuführen.

Die Projektgruppe „Jüdisches Leben in Frankfurt“ begleitet die Besucher seit vielen Jahren bei der Suche nach den Wurzeln der Familien in Frankfurt und lädt sie zu Gesprächen mit Jugendlichen in Schulen ein. Das erste Besuchsprogramm für die nachfolgenden Generationen nahm die Projektgruppe zum Anlass, die Erfahrungen dieser Woche intensiv auszuwerten und mit bewegenden Berichten zu dokumentieren.

Eindrückliche Porträts der Besucher zeigen, wie die Begegnungen zwischen heutigen Frankfurterinnen und Frankfurtern und den Kindern der Überlebenden die Erinnerung an die Schicksale der Verfolgten mit dem Dialog in der Gegenwart verbinden. Gelegentlich hört man leise Zweifel: Haben die Kinder denn überhaupt einen Bezug zu Frankfurt? Hat ein solcher Besuch in der früheren Heimat der Eltern für sie eine Bedeutung? Ist die Fortsetzung der Gespräche mit Zeitzeugen der NS-Zeit in Schulen auch mit Angehörigen der zweiten Generation sinn-

voll? Gleichzeitig fragt die Projektgruppe, wie wir in Zukunft an das frühere jüdische Leben in Frankfurt und an den Holocaust erinnern können, wenn die Zeugen dieser Zeit nicht mehr da sind.

Mit ihrem Buch „Unsere Wurzeln sind hier in Frankfurt“ möchte die Projektgruppe die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Besuchsprogramms 2012 und die Lebensgeschichten der Familien der Besucher vorstellen. Anhand der Dokumentation der Begegnungen in der früheren Heimat der Eltern wird beschrieben, welche Bedeutung die Einladung nach Frankfurt für die Besucher hatte und hat. Die Begegnungen mit den Nachfahren der Menschen, die aus ihrer früheren Heimat fliehen mussten, helfen aber nicht nur den Besuchern, Geschichte und Gegenwart Deutschlands kennenzulernen und Lücken in der Familiengeschichte zu füllen. Auch Begleiter, Lokalforscher, Lehrerinnen und Lehrer und vor allem die Jugendlichen werden zu wichtigen Lern- und Denkprozessen über die eigene Familiengeschichte angeregt.

Die Dokumentation ist als Lesebuch gedacht, beispielsweise für die Vorbereitung auf die Besuche der Kinder ehemaliger Frankfurterinnen und Frankfurter, aber auch als Unterrichtsmaterial alternativ oder ergänzend zu einem Zeitzeugengespräch in der Schule.

Angelika Rieber (Hrsg.): Unsere Wurzeln sind hier in Frankfurt. Begegnungen mit ehemaligen Frankfurterinnen und Frankfurtern jüdischer Herkunft und ihren Kindern. Morlant Verlag Karben 2013, 220 Seiten, 19,90 Euro



Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

■ Modellregion Inklusive Bildung

Das dem HPRLL vorliegende Konzept für die Modellregion Wiesbaden sieht unter anderem vor, dass vom Schulträger eingestellte sozialpädagogische Fachkräfte im Unterricht eingesetzt werden könnten. Der HPRLL fordert, dass die Schulsozialarbeit in der Zuständigkeit der Schulträger auch in Zukunft klar von dem Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte im Unterricht an Förderschulen abgegrenzt wird. Das HKM erklärte, die Trennung der Aufgaben zwischen Schulträger und Land bleibe bestehen und es werde für klare Aufgabenbeschreibungen für vom Land eingestellte sozialpädagogische Fachkräfte sorgen. Der HPRLL kritisierte außerdem, dass die Schulsozialarbeit in der Modellregion Wiesbaden der Fach- und Dienstaufsicht der Jugendhilfe unterstehen soll, die Beschäftigten aber nach der Gesamtkonzeption Mitglieder der BFZ sind, mit den Lehrkräften gemeinsam arbeiten, den Weisungen der BFZ-Leitung unterliegen und verpflichtend an Konferenzen und Teamsitzungen teilnehmen sollen. Die Erörterung wird fortgeführt.

GEW: Landesschulamt

verschwendet Geld und Arbeit

250.000 Euro soll ein Beratungs- und Unterstützungsauftrag im Rahmen der Aufbauphase des Landesschulamts (LSA) kosten. Die Landesfachgruppe „Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung“ der GEW sieht in der entsprechenden Ausschreibung einen Beleg dafür, dass „die Ergebnisse der vielen Arbeitsgruppen, die die Umsetzung der ‚Neuordnung‘ vorbereitet hatten, von Ministerin Beer als wertlos eingestuft werden“. Die Arbeitszeit der an den Arbeitsgruppen Beteiligten, die von ihren originären Aufgaben über Monate hinweg ferngehalten wurden, sei offensichtlich vergeudet worden.

Die Fachgruppe fordert, die „Neuordnung“ bis zur Regierungsbildung auszusetzen, um nicht noch weitere Steuergelder zu verschwenden.

■ Neue Spaltungspläne

Präsenzzeit für „unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung“: Das HKM will Schulen die Möglichkeit geben, sozialpädagogische Fachkräfte (Sozialpädagoge/innen, Erzieher/innen) für eine „unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung“ (USF) einzustellen. Der dem HPRLL vorgelegte Richtlinienentwurf grenzt die USF deutlich von der Schulsozialarbeit als Maßnahme der Jugendhilfe ab. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sollen mit Lehrkräften im Team arbeiten und diese im Unterricht unterstützen.

Der HPRLL kritisiert, dass für diese sinnvollen Maßnahmen keine zusätzlichen Planstellen zugewiesen werden sollen. Dass die Schulen die Einstellungen aus maximal der Hälfte des Zuschlags zur Grundunterrichtsversorgung und aus Zuweisungen nach dem Sozialindex bestreiten sollen, hält der HPRLL für „völlig unzureichend“.

Der HPRLL ringt derzeit mit der Dienststelle auch um die Gestaltung der Arbeitszeit für die USF-Kräfte. Unstrittig ist, dass für sie die 40-Stundenwoche des TV-H gilt. Problematisch ist der Versuch, die gesamte Arbeitszeit in Form von Präsenzzeit an der Schule zu etablieren, obwohl es dort weder individuelle Arbeitsplätze mit PC und abschließbaren Schränken noch Pausenräume gibt, die den tariflichen Anforderungen genügen. Die USF-Kräfte sollen im Vor- und Nachmittagsbereich und in den Ferien eingesetzt werden, obwohl die Ferienbetreuung eine klassische Aufgabe der Jugendhilfe ist.

Obwohl es ausdrücklich um eine „unterrichtsunterstützende“ Förderung geht und eine enge Zusammenarbeit mit den Lehrkräften gefordert wird, sieht der Richtlinienentwurf keine Zeiten für die Vor- und Nachbereitung und für die sonstigen Aufgaben der Dienstordnung (Konferenzen, Elternarbeit etc.) vor. Im Gegensatz zur Pflichtenstundenverordnung gibt es keine Begrenzung der Arbeitszeit mit Schülern und Schülerinnen im Unterricht. Der HPRLL wird das nicht hinnehmen. Es kann nicht sein, dass einzelne sozialpädagogische Fachkräfte allein an ihren Schulen die Zeit für Vor- und Nachbereitung mit der Schulleitung selbst aus-

handeln müssen! Einzig für die Teilnahme an Klassenfahrten sieht der Entwurf zum Nachteil der Beschäftigten eine pauschale Verrechnung von 12 Stunden vor, am An- und Abreisetag soll die „tatsächlich erbrachte Arbeitszeit“ erfasst werden. Da, wo erfahrungsgemäß Mehrarbeit entsteht, schlägt die Dienststelle also eine Pauschalierung zu Ungunsten der Beschäftigten vor. Der TV-H macht aber keine solchen Ausnahmen! Tarifbeschäftigte können grundsätzlich entstandene Mehrarbeit abbauen.

Alle Arbeitszeiten sollen täglich dokumentiert und vier Aufgabenfeldern zugeordnet werden. Ein Entwurf des Dokumentationsbogens liegt dem HPRLL bisher nicht vor. Die Richtlinien könnten in ihrer jetzigen Form von Schulleitungen so gelesen werden, als stünde die komplette Präsenzzeit für Unterricht- und Erziehung, Beratung und Netzwerkaufgaben zur Verfügung.

Der HPRLL macht die Personalräte an den Schulen und die Gesamtpersonalräte darauf aufmerksam, dass die Erörterung mit der Dienststelle nicht beendet ist. Solange die Arbeitsbedingungen aus Personalratssicht noch nicht geklärt sind, kann Einstellungen nicht zugestimmt werden.

■ Einstellungsverfahren

Der HPRLL hat die geplante Änderung des Einstellungserlasses, nach der alle Bewerberinnen und Bewerber mit dem Lehramt Grundschule unmittelbar nach ihrem Examen auf die Rangliste kommen, abgelehnt, da dies die Lehrkräfte mit späteren Examensterminen benachteiligen würde. Er schlägt vor, die Problematik in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu lösen. Ein weiterer Änderungsentwurf sieht eine etwas höhere Gewichtung der Note des Zweiten Staatsexamens gegenüber dem Ersten Staatsexamen vor. Die GEW fordert außerdem, Einstellungen am 1. Februar und am 1. August vorzunehmen. Nach dem bisherigen Einstellungserlass werden die Lehrkräfte im Sommer erst drei Tage vor Schulbeginn eingestellt. Dadurch sind sie zwischen der Beendigung des Referendariats am 31.7. und dem Einstellungstermin arbeitslos.

Neue Integrationsvereinbarung

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurden auch in Hessen neue Teilhaberichtlinien für Menschen mit Behinderungen im Landesdienst geschaffen (HLZ S.32). Diese machen auch eine Überarbeitung der Integrationsvereinbarungen im Bereich des Hessischen Kultusministeriums (HKM) erforderlich.

Landesschulamt

Auch wenn die amtierende Landesregierung in der neuen Legislaturperiode keine Mehrheit mehr hat, lässt sie nicht locker, mit der Besetzung der Stelle des Präsidenten des Landesschulamts Fakten für eine neue Landesregierung zu schaffen. GEW und HPRLL kritisierten, dass dies die Entscheidungsspielräume der künftigen Landesregierung einschränken könnte.

Sozialindex

Zum Erlassentwurf des HKM zur Verwendung der sozialindizierten Lehrerrzuweisung und zur Rechenschaftslegung durch die Schulen forderte der HPRLL, den Schulen doch jetzt erst einmal Entscheidungsspielräume zu lassen, wie sie diese zusätzliche Zuweisung einsetzen wollen. In der Überarbeitung des Erlasses wurden die Formulierungen zum „Leistungsindex“ und zum „Risikoindex“ entfernt.

Personalplanung für Studienseminare

Der HPRLL kritisiert die kurzfristige Beendigung von Abordnungen von Ausbilderinnen und Ausbildern an andere „Buchungskreise“ im Umfang von zehn Stellen zum Schuljahresende. Die Folge: kurzfristige Änderungen bei der Personalplanung, die weder mit den Personalvertretungen noch mit den

Ausbildungsschulen eingehend erörtert werden konnten, und verschlechterte Arbeitsbedingungen für die Betroffenen. Das HKM bezeichnete den Abbau von Abordnungen zur Erhöhung der Ressourcen für die Ausbildungstätigkeit als einmalige Maßnahme, eine Wiederholung sei nicht zu erwarten.

Personalrätepreis 2013

Der Personalrat der Kaufmännischen Schulen Marburg (KSM) gehört zu den zehn für den Deutschen Personalrätepreis 2013 nominierten Personalräten. Dieser Preis wird als Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ vom Bund-Verlag Frankfurt und HUK-COBURG jährlich ausgelobt und am 27. November 2013 in Berlin im Rahmen des Schöneberger Forums verliehen. Der Personalrat der KSM wurde für eine Dienstvereinbarung mit der Schulleitung zum Thema „Vertretungsorganisation“ nominiert.

Teach First in Hessen?

Das Hessische Kultusministerium (HKM) hat einen Erlass vorgelegt, der den Einsatz von „Teach First Fellows“ an Schulen regeln soll. *Teach First Deutschland* (TFD) beschreibt sich selbst als

„eine gemeinnützige Initiative, die sich für Chancengerechtigkeit im Bildungssektor einsetzt. Die Organisation möchte die Chancen auf Schulabschluss und erfolgreichen Berufsübergang signifikant steigern, indem persönlich und fachlich herausragende Absolventen aller Studienrichtungen (Fellows) über zwei Jahre vollzeitlich Schülerinnen und Schüler individuell im Unterricht und im außerunterrichtlichen Bereich unterstützen.“

Den Unternehmen, in denen die Fellows tätig werden, verspricht die Geschäftsführerin von TFD Kaija Landsberg, *„exklusiven Zugang zu hoch talentierten und motivierten Absolventen mit Führungs- und Managementenerfahrung“* (BLZ, GEW Berlin, 12/08).

Dies mag eine Motivation für Stiftungen und große Wirtschaftsunternehmen sein, TFD zu unterstützen. Der Löwenanteil, die Gehälter der Fellows für zwei Jahre, soll jedoch aus den Budgets der Brennpunktschulen finanziert werden. Ein Fellow kostet die Schule derzeit im ersten Jahr rund 28.000 Euro, im zweiten Jahr rund 32.000 Euro.

Bezahlen sollen das die Schulen, die für ihre Arbeit mit benachteiligten Kin-

dern und Jugendlichen ohnehin viel zu wenig materielle und personelle Unterstützung erhalten. Gleichzeitig wird die Schule immer mehr zum Tummelplatz aller möglichen Hilfspädagogen. Die Qualitätsmonstranz, die die Kultusbehörde seit Jahren demonstrativ vor sich herträgt, entlarvt sich als billiges Propagandafähnchen.

Der Erlass verpflichtet die Schulleitung,

„die Gesamtkonferenz vor Abschluss des Vertrages anzuhören und nicht der Entscheidung von Fellows zuzustimmen, gegen deren Tätigkeit an der Schule die Gesamtkonferenz Einwände erhebt. (...) Die Verwendung von Mitteln für TFD-Fellows wird im schuleigenen Haushalt festgelegt. Er unterliegt nach § 129 Nr. 9 HSchG der Entscheidung der Schulkonferenz. Die Einbindung der Gesamtkonferenz erfolgt im Vorfeld nach Maßgabe von § 133 Abs. 1 Satz 2 HSchG.“

Im Gegensatz zum HKM ist der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) der Auffassung, dass gemäß der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des HKM vom 6.12.2012 Schulleiter keine Befugnis haben, Verträge mit TFD zu unterzeichnen.

Das erste TFD-Projekt in Hessen an der Sophienschule in Frankfurt wurde jetzt gegen das Votum der Gesamt-

konferenz und ohne Einbeziehung der Schulkonferenz eingeführt. Dies konnte nur erfolgen, weil die Finanzierung komplett über den Förderverein erfolgt, der über vermögende Sponsoren verfügt, und weil das Staatliche Schulamt Frankfurt durch eine sehr einseitige Interpretation des Schulgesetzes Schützenhilfe leistete. Dessen Justiziarin argumentierte, dass die Schulkonferenz der Sophienschule im Jahre 2002 grundsätzlich Projekten zur „Öffnung der Schule“ zugestimmt habe. Deshalb sei eine Abstimmung über die Beteiligung an TFD jetzt überflüssig. Nach dem neuen Erlass ist diese Position nicht mehr haltbar. Ein weiterer Fellow an der Hostatoschule wird durch den Lions Club finanziert.

Die GEW rät allen Schulen dringend, sich gar nicht erst auf das fragwürdige Geschäftsmodell von TFD, auf juristische oder finanzielle Trickereien einzulassen. Für eventuell vorhandene Gelder sollte besser gleich pädagogisches Fachpersonal eingestellt werden.

Weitere Infos zu Teach First bekommt man auf der Homepage der GEW (Meine Gewerkschaft > Themen > Teach First) oder per Mail bei gew@baumannchristoph.de.

Christoph Baumann, Referat Schule und Bildung im GEW-Landesvorstand

Neue Richtlinien zur Integration

Im Amtsblatt 8/2013 wurden die neuen „Richtlinien zur Integration und Teilhabe schwerbehinderter Angehöriger der hessischen Landesverwaltung“ vom 12. Juni 2013 veröffentlicht, die die bisherigen Integrationsrichtlinien (IntRL) vom 30. November 2007 ablösen. Diese neuen Teilhaberichtlinien (TeilhRL) gelten für alle Beschäftigten des Landes Hessen und richten sich auch an die Führungskräfte. Grundlagen sind das Neunte Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB IX) und die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die hessenspezifisch ausgestaltet und konkreter als bisher gefasst wurden. Zentrales und gemeinsames Anliegen des SGB IX und der UN-BRK ist die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch im Arbeitsleben. Teilhabe am Arbeitsleben bezieht sich auf den Berufseinstieg, die Ausübung des Berufs einschließlich des beruflichen Aufstiegs und die Sicherung des Beschäftigungsverhältnisses.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Neuerungen, Konkretisierungen und Klarstellungen, die die Lehrkräfte betreffen.

Positiv ist zunächst die Wiederaufnahme des Bekenntnisses zur besonderen Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen mit Behinderungen, auch wenn das vorher verwendete Wort „erhöhte“ durch „besondere“ ersetzt wird. Erfreulich sind auch die Klarstellung des Beschäftigtenbegriffs, wonach nunmehr auch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst einbezogen werden, und die Beseitigung der Höchstaltersgrenze von 40 Jahren für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst. Leider wurde die Forderung nach einer behindertengerechten Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im Vorbereitungsdienst gestrichen. Die Hauptschwerbehindertenvertretung Lehrkräfte (HSBVL) und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) haben dem Hessischen Kultusministerium (HKM) Vorschläge für eine neue Integrationsvereinbarung für Lehrkräfte gemacht.

Die TeilhRL stellen nunmehr klar, dass der Nachteilsausgleich keine Begünstigung ist, sondern ein Ausgleich für Auswirkungen der gesundheitlichen Beeinträchtigungen mit dem Ziel,

eine Vergleichbarkeit der Leistungen mit denen der Menschen ohne Behinderung und somit Chancengleichheit sicherzustellen. Diese Charakterisierung lässt sich auf alle aufgeführten Nachteilsausgleiche dieser Richtlinien übertragen. Zu nennen ist hier die neu aufgenommene Forderung nach Barrierefreiheit im Zusammenhang mit berufsbegleitenden Hilfen am Arbeitsplatz. Barrierefreiheit für gleichberechtigte Teilhabe bezieht sich auf die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, die Gestaltung und Lage der Arbeitsräume und auf die Bereitstellung barrierefreier Informations- und Kommunikationstechnik, behindertengerechte Ausstattung der EDV für seh- und hörbehinderte Menschen sowie auf orthopädische Bürostühle für mobilitätsbehinderte Menschen. Leider werden die Arbeitsassistenzen, die gerade für sehbehinderte und außergewöhnlich gehbehinderte Lehrkräfte in der Vergangenheit wichtige Unterstützungen waren, nicht mehr erwähnt. Sie stehen dennoch weiterhin nach § 72 Abs. 1 Nr. 1a SGB IX zur Verfügung. Nachteilsausgleiche sind auch bei modernen Auswahlverfahren wie dem Assessmentcenter zu gewähren. Neu aufgenommen wurde auch die Forderung nach Beachtung der geltenden technischen Baubestimmungen. Hilfreiche Konkretisierungen gibt es beim Abholdienst, bei Parkmöglichkeiten und bei Sportangeboten des Arbeitgebers.

Hilfreich ist die Klarstellung, dass Menschen mit Behinderungen anlässlich eines Gesprächs wegen einer anstehenden dienstlichen Beurteilung darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass sie die Schwerbehindertenvertretung (SBV) hinzuziehen können. Dies ist zwar durch § 95 Abs. 2 SGB IX vorgeschrieben, war in den IntRL bisher aber missverständlich formuliert (Kap. IV). Für die Erstellung der dienstlichen Beurteilung ist jetzt geklärt, dass eine behinderungsbedingte geringere Quantität der Arbeitsleistung das Beurteilungsergebnis nicht negativ beeinflussen darf. Eine behinderungsbedingte Minderung ist auch nicht in der Beurteilung zu vermerken (Kap. VI, 4.). Auch an den Mitarbeiter- oder Jahresgesprächen, die nach der Dienststörung auf Wunsch der Lehrkraft stattfinden können, kann auf Wunsch des Beschäftigten die SBV

teilnehmen. Nicht hinnehmbar ist für HPRLL und HSBVL, dass die Mitarbeiter- bzw. Jahresgespräche in einen direkten Zusammenhang mit den dienstlichen Beurteilungen gebracht und im selben Kapitel behandelt werden (Kap. VI, 9.). Diese Kritik des HPRLL und der HSBVL wurde leider ignoriert.

Im Zusammenhang mit dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) ist eine für Dienststellenleitungen und Personalräte gleichermaßen hilfreiche Konkretisierung erfolgt (Kap. VII). Das BEM gilt für alle Beschäftigten, nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Die Dienststellenleitung hat aktiv zu werden und das BEM bei Erfüllung der zeitlichen Voraussetzung (6-Wochen-Frist) anzubieten und ggf. einzuleiten. Auch der Hinweis auf Berücksichtigung bestehender Dienstvereinbarungen an den einzelnen Dienststellen wird hilfreich sein, haben doch auch einzelne Gesamtpersonalräte entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. Das BEM ist vor der Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen ausdrücklich anzubieten und ggf. durchzuführen (Kap. VIII). Die Beendigung des Dienst- und Beschäftigungsverhältnisses wird sehr deutlich als letztes Mittel bezeichnet.

Örtliche Vertretung gestärkt

Konkreter gefasst wurden auch Pflichten der Dienststellenleitungen in Bezug auf die Beteiligung der SBV (Kap. I, II und XI), die hier nicht im Einzelnen genannt werden, aber die Rolle der örtlichen SBV deutlich aufwerten werden. Schulpersonalräte, GPRLL, örtliche SBV und GSBV sind aufgefordert, die neue Gewichtung zu gestalten. Die neue TeilhRL hat ihre Stärken in der Klarstellung und Konkretisierung des SGB IX. Hier ist das Engagement der SBV vor Ort zu spüren.

Paul Gollbach

Kollege Paul Gollbach ist GEW-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Hauptschwerbehindertenvertretung der Lehrkräfte im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums.

- Download: <https://hmdis.hessen.de> > Bürger und Staat > Personalwesen – An gelegenheiten von Menschen mit Behinderungen

Stufenzuordnungen bei mehreren Arbeitsverträgen

Am 21. Februar 2013 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden, dass bei erneuter Einstellung von Beschäftigten ihre in früheren befristeten Arbeitsverhältnissen bei demselben Arbeitgeber erworbene Berufserfahrung bei der Stufenzuordnung nach den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst zu berücksichtigen ist (6 AZR 524/11).

Damit hat das BAG die seit Inkrafttreten des neuen Tarifrechts strittige Frage bejaht, ob eine vorherige Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber bei einer erneuten Einstellung als sogenannte „Restlaufzeit“ auf die Stufenlaufzeit anzurechnen ist, also auf den Zeitraum, der zum Aufstieg in die nächste Entgeltstufe führt. Die neue Rechtsprechung hat zur Folge, dass die zum Einstellungszeitpunkt vorhandene Restzeit einer einschlägigen Berufserfahrung auf die Stufenlaufzeit anzurechnen ist und sich die Stufenlaufzeit um die Dauer der Restzeit verkürzt. Die Stufenlaufzeit beginnt also mit dem Einstellungszeitpunkt nicht neu zu lau-

fen, sondern alle Beschäftigungszeiten müssen zusammengerechnet werden. Daraus ergibt sich dann zum einen die aktuelle Entgeltstufe, zum anderen erfolgt der Aufstieg in die nächste Stufe dann, wenn durch die anrechenbare Zeit der Zeitraum für den Aufstieg erfüllt ist. Die Anrechnung erfolgt, solange keine „schädliche Unterbrechung“ vorliegt. Dies ist nach der Protokollerklärung zu § 16 Abs. 2 TV-H bei einer Lücke von mehr als 6 Monaten der Fall, bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei mehr als 12 Monaten.

Nach § 16 Abs. 3 TV-H/TVöD erfolgt die Einstufung beim Berufseinstieg ohne Berufserfahrung auf Stufe 1. Nach einem Jahr steigt man in die Stufe 2 auf, nach weiteren 2 Jahren auf Stufe 3, nach drei Jahren auf Stufe 4, nach vier Jahren auf Stufe 5. Bei Entgeltgruppen bis EG 8 erfolgt nach weiteren 5 Jahren eine Aufstufung in Stufe 6. In der „kleinen EG 9“ gibt es abweichende Stufenlaufzeiten. Bei Lehrkräften, die nach dem Referendariat im TV-H eingestellt

werden, erfolgt der Aufstieg in Stufe 2 bereits nach einem halben Jahr.

Beispiel: Ein Beschäftigter ist aufgrund mehrerer befristeter Arbeitsverhältnisse seit dem 1. Mai 2008 bei demselben Arbeitgeber tätig. Noch während der ersten Befristung, die bis 31. 3. 2009 dauerte, wird ein weiterer befristeter Arbeitsvertrag für die Zeit vom 1. April 2009 bis 31. März 2011 geschlossen. Der Beschäftigte war durchgehend mit der gleichen Tätigkeit beschäftigt. Der Arbeitgeber zahlte dem Beschäftigten jedoch noch bis zum 31. März 2010 ein Entgelt aus der Stufe 1. Nach dem Urteil des BAG hat der Beschäftigte bereits seit dem 1. Mai 2009 Anspruch auf ein Entgelt aus der Stufe 2.

Die Betroffenen können die richtige (höhere) Stufe unter Berücksichtigung der sechsmonatigen Ausschlussfrist nach § 37 TV-H/TVöD beim Arbeitgeber schriftlich geltend machen.

- Nähere Informationen und ein Antragsformular findet man unter www.gew-hessen.de > Service Recht.

hr2-Funkkolleg Gesundheit an jedem Samstag um 11.30 Uhr

Das neue hr2-Funkkolleg Gesundheit spannt einen Bogen von der Biologie zur Politik, von den erstaunlichen Selbstheilungskräften des menschlichen Körpers zu den Mechanismen des Pharma-Marktes. Für Lehrkräfte ist das Funkkolleg als Fortbildung akkreditiert (12 Fortbildungstage). Schülerinnen und Schüler können ein Zertifikat als Beiblatt zum Zeugnis erwerben.

Alle Sendetermine, Downloadangebote, Begleitmaterialien und Informationen zu den Online- und Präsenzklausuren findet man unter www.funkkolleg-gesundheit.de.

Die Sendungen im November und Dezember befassen sich mit den Themen Gesund groß werden (16.11.), Vulnerabilität: Was uns anfällig macht (23.11.), Gesundheit männlich/weiblich (30.11.), Umweltbedingungen (7.12.), Lebensstil (14.12.) und Hygiene (21.12.). Ausgestrahlt werden sie samstags um 11.30 Uhr in hr-kultur und als Wiederholung sonntags um 8.35 Uhr in hr-info.

GEW gegen Veranstaltungen des Verfassungsschutzes in Schulen

Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschuss über die NSU-Morde deckte die Verstrickungen der V-Leute und das „systematische, flächendeckende Versagen“ des Inlandsgeheimdienstes auf. Der GEW-Landesvorstand nahm dies zum Anlass, das Kultusministerium und die Schulämter aufzufordern, „demokratische Bildung und Erziehung ernst zu nehmen und keine Veranstaltungen des Verfassungsschutzes in Schulen zuzulassen“. Weiter fordert die hessische GEW „eine nachhaltige Unterstützung der Initiativen, die ihr antirassistisches und antifaschistisches Engagement in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt haben, und die ersatzlose Streichung der Extremismusklausel, mit der antirassistische, antifaschistische Initiativen unter Generalverdacht gestellt werden“.

Den Wortlaut des Landesvorstandsbeschlusses vom 29. 8. 2013 findet man auf der Seite www.gew-hessen.de > Meine Gewerkschaft > Themen > Neozionismus.

Beamtenbesoldung: Landtag beschließt im November

Aufgrund der Wahlen Ende September beschließt der Hessische Landtag erst in der Sitzungswoche vom 19. bis 21. November 2013 über das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/14. Im Vorgriff auf dieses Gesetz werden seit August 2013 die erhöhten Dienst- und Versorgungsbezüge an die Beamtinnen und Beamten des Landes ausgezahlt. Da dies noch ohne gesetzliche Grundlage geschieht, steht die Erhöhung um 2,6% zum 1.7.2013 unter dem „Vorbehalt der Rückforderung“. Eine nochmalige Erhöhung um 2,6% erfolgt zum 1.4. 2014. GEW und DGB wiederholten bei den Anhörungen ihre Kritik, dass der Gesetzentwurf den Beamtinnen und Beamten sowohl die Einmalzahlungen in Höhe von 675 Euro vorenthält als auch 0,2 Prozentpunkte hinter den Erhöhungen für den Tarifbereich in Hessen zurückbleibt.

Die Anpassung der GEW-Mitgliedsbeiträge erfolgt nach Verabschiedung des Gesetzes ebenfalls rückwirkend zum 1.7.2013.

Zweites Dienstrechtsmodernisierungsgesetz (DRModG)

Änderungen im Hessischen Beamtengesetz

Das Zweite Dienstrechtsmodernisierungsgesetz (2. DRModG) tritt am 1. März 2014 in Kraft. Einige Regelungen, insbesondere zur Ermächtigung der Landesregierung, Details der Umsetzung in weiteren Verordnungen zu regeln, traten bereits mit der Verkündung des Gesetzes am 28.5.2013 in Kraft. Das Gesetz steht im Zusammenhang mit der sogenannten Föderalismusreform, in deren Folge Zuständigkeiten gerade auch im Bereich des Beamtenrechts vom Bund auf die Länder übergegangen sind.

Kern des 1. DRModG aus dem Jahr 2011 war die schrittweise Heraufsetzung des Pensionsalters für hessische Beamtinnen und Beamte auf 67 Jahre. Das 2. DRModG enthält im Wesentlichen Neuregelungen in drei Bereichen:

- Neufassung des Hessischen Beamtengesetzes (HBG)
- Neuregelung des Hessischen Besoldungsgesetzes (HBesG)
- Änderungen und Neufassung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes (HBeamtVG)

Die HLZ wird in dieser und den nächsten Ausgaben alle drei Bereiche vorstellen und somit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Grundinformation sicherstellen. Weitergehende Informationen findet man auf der GEW-Homepage www.gew-hessen.de in den Rubriken „Tarif und Besoldung“ und „Service Recht“. In dieser Ausgabe beginnen wir mit den wichtigsten Änderungen im Hessischen Beamtengesetz, das zu diesem Zweck komplett neu gefasst wurde. Den gesamten Wortlaut findet man im Internet am schnellsten über die Google-Suche „Hessisches Ministerium des Innern Dienstrechtsreform“.

In das HBG wurden bundeseinheitlich geltende Vorschriften des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) eingearbeitet. Die folgende Darstellung berücksichtigt nur die Regelungen des HBG, die nicht bereits vor dem 2. DRModG in Hessen aufgrund der bundesweiten Gültigkeit des BeamStG anzuwenden waren.

Anerkennung von Abschlüssen

§ 14 Abs.2 HBG normiert, dass eine bei einem anderen Dienstherrn innerhalb des Bundesgebiets erworbene Laufbahnbefähigung „grundsätzlich als Befähigung für eine Laufbahn vergleichbarer Fachrichtung in Hessen anerkannt werden“ soll. Wenn die Ausbildung bei einem anderen Dienstherrn „hinsichtlich der Dauer oder der Inhalte ein Defizit gegenüber der Ausbildung in Hessen aufweist, kann die Anerkennung vom Ableisten einer Einführungs- und Fortbildungsmaßnahmen abhängig gemacht werden“.

Das Gesetz entspricht damit auch dem Beschluss der KMK, die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse durch die Bundesländer zu erleichtern. Ein Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen hat der Landtag bereits im Dezember 2012 beschlossen. Die Laufbahnbefähigung kann wie bisher auch aufgrund der Richtlinien des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission oder eines mit einem Drittstaat geschlossenen Vertrags zur Anerkennung der Berufsqualifikationen anerkannt werden (§ 16 HBG). Diese europarechtlichen Vorschriften müssen endlich auch in die noch zu erlassenden Laufbahnverordnungen einfließen.

Laufbahnvoraussetzungen und Beförderungen

Die bisher über 100 Fachrichtungen werden auf 11 reduziert werden, darunter die Fachrichtungen Schuldienst und Wissenschaftlicher Dienst. Die entsprechenden Laufbahnverordnungen mit der Zuordnung zu den Laufbahngruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes liegen noch nicht vor.

Der einfache Dienst wurde aus dem HBG gestrichen. Bei den Zulassungsvoraussetzungen für den gehobenen und den höheren Dienst wurden der Bachelor- bzw. Masterabschluss neu aufgenommen (§ 15 Abs.2 und 3 HBG). Bei den Kriterien für ein Beförderungsverbot (§ 21 HBG) wurde die Vorschrift des bisherigen § 19 Abs.2 gestrichen, nach der eine Beförderung „innerhalb von zwei Jahren vor Erreichen der Altersgrenze“ unzulässig war. Dies ist eine Folge der Rechtsprechung zum Verbot der Altersdiskriminierung.

Berufung in das Beamtenverhältnis

In § 23 Abs.2 Punkt 4 wird die Landesregierung ermächtigt, „Höchstaltersgrenzen für die Einstellung und Versetzung von Beamtinnen und Beamten“ festzusetzen. Die Aufnahme dieser Ermächtigungsregelung in das Gesetz behebt einen Mangel, der die Gerich-

te veranlasst hat, die früher in Hessen geltende Altersgrenze von 50 Jahren für die Verbeamtung aufzuheben. Auch diese Ermächtigung der Landesregierung zum Erlass entsprechender Regeln trat bereits mit Verkündung des 2. DRModG am 27. Mai 2013 in Kraft. Bis zur Landtagswahl wurde noch kein Entwurf bekannt.

Probezeit

Die einheitliche Mindestdauer der Probezeit von drei Jahren bis zur Verbeamtung auf Lebenszeit und die Regelungen zur Anerkennung von Vordienstzeiten wurden aus dem HBG gestrichen. Die maximale Probezeit von fünf Jahren bleibt in § 20 Abs.3 HBG neu erhalten. Wird danach keine Bewährung „in vollem Umfang“ festgestellt, erfolgt die Entlassung. „Die Probezeit, deren Verkürzung und Verlängerung sowie die Anrechnung von Zeiten beruflicher Tätigkeit“ sowie Möglichkeiten für „Ausnahmen vom Verbot der Beförderung während der Probezeit“ sollen durch die Landesregierung in zu erlassenden Laufbahnverordnungen geregelt werden (§ 23). Die GEW sieht hier eine mögliche Quelle für neue Konflikte. Positiv ist die Tatsache, dass die Verlängerung der Probezeit „um die Zeit einer Elternzeit oder einer Beurlaubung unter Wegfall der Besoldung“ im Gesetz verankert wurde (§ 21 Abs.3).

Dienstliche Beurteilung

Das HBG enthält in § 59 jetzt die Vorschrift, dass „Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten (...) regelmäßig zu beurteilen sind“. Die Landesregierung wird ermächtigt, „durch Rechtsverordnung allgemeine Vorschriften über die dienstliche Beurteilung, insbesondere die Grundsätze der Beurteilung, den Inhalt, das Beurteilungsverfahren, die Zuständigkeiten und Ausnahmen von der Beurteilungspflicht, zu treffen“. Die Ermächtigung trat bereits mit Verkündung des Gesetzes am 27. Mai 2013 in Kraft. Bis zur Landtagswahl wurden noch keine Entwürfe bekannt.

Eine solche regelmäßige dienstliche Beurteilung lehnen die DGB-Gewerkschaften ab. Die dienstliche Beurteilung werde damit „zu einem Mittel der Personalführung aufgebläht, das mit Blick auf die reale Situation unangemessen ist“. Die Einführung einer dienstlichen Regelbeurteilung ist insbesondere im Schul- und Hochschulbereich strikt abzulehnen, da sich pädagogische Arbeit wegen ihrer Besonderheiten einer regelmäßigen Beurteilung weitgehend entzieht.

Dienstunfähigkeit

Die Frist, innerhalb der man nach Versetzung in den Ruhestand bei Wiederherstellung der Dienstfähigkeit erneut in den aktiven Dienst berufen werden kann, wurde von fünf auf zehn Jahre verlängert (§ 38 HBG). Die Regelungen zur ärztlichen Untersuchung, insbesondere auch zur Mitwirkungspflicht des Beamten, wurden präzisiert (§ 39 HBG). Die Vorschrift, dass der Dienstherr die Kosten einer „angeordneten ärztlichen Untersuchung oder Beobachtung“ zu tragen hat, wurde jetzt auch in das Gesetz aufgenommen (§ 36 Abs. 1 HBG).

Personalaktenrecht

Im Personalaktenrecht werden in den §§ 86 bis 93 (bisher §§ 107 und 107a bis 107f) jetzt durchgehend auch die in automatisierten Verfahren gespeicherten Personalaktendaten berücksichtigt. Dies schließt die Zugriffsrechte, die Einsichtnahme und die Aufbewahrungsfristen ein. Kritisch zu betrachten ist das neu geschaffene Zugriffsrecht übergeordneter Dienstbehörden auf Personalaktendaten. Als Legitimation ist lediglich die „Erforderlichkeit“ des Zugriffs ausreichend.

Beurlaubung und Teilzeitarbeit

Die Regelungen zur Beurlaubung und Teilzeitarbeit findet man jetzt in den §§ 62 bis 67 (bisher §§ 85a bis 85f). Beim Vorliegen familiärer Gründe (Betreuung eines Kindes unter 18 Jahren oder Pflege eines Angehörigen) wurde die Möglichkeit der unterhältigen Teilzeit (mindestens 15 Zeitstunden pro Woche) von 15 auf 17 Jahre verlängert (§ 63 Abs. 3) und die Möglichkeit der Beurlaubung von 12 auf 14 Jahre (§ 64 Abs. 1). Die unterhältige Teilzeit und die Beurlaubung aus familiären Gründen dürfen nun zusammen nicht mehr als 17 Jahre (vorher 15) betragen. Unberücksichtigt bleibt dabei eine unterhältige Beschäftigung während der Elternzeit.

Auch Beamtinnen und Beamten auf Widerruf, das heißt auch den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV), kann zukünftig aus familiären Gründen „Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, soweit die Struktur der Ausbildung nicht entgegensteht und den unverzichtbaren Erfordernissen der Ausbildung Rechnung getragen wird“ (§ 63 Abs. 2). Hier wird zu beobachten sein, inwieweit solche Anträge von LiV genehmigt werden und das weiterhin im Gesetz normierte Verbot der Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten beachtet wird (§ 67 Abs. 2). Das Hessische Lehrerbildungsgesetz wurde in § 38 und § 40 entsprechend geändert.

Urlaub und Dienstbefreiung

Die Regelungen im bisherigen § 106 HBG für den Erholungsurlaub und die Gewährung von Sonderurlaub und Dienstbefreiung für die Tätigkeit als Ehrenbeamte und Mitglieder von kommunalen Vertretungskörperschaften sowie zur Ausübung einer „ehrenamtlichen politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit“ wurden in das neue Gesetz (§ 69) übernommen. Die Absicht, den entsprechenden Freistellungsanspruch für Tarifbeschäftigte zu streichen, wurde nach Protesten der Gewerkschaften zurückgenommen. Auch zukünftig gelten die Regelungen des § 69 zu Urlaub und Dienstbefreiung, soweit sie nicht den Erholungsurlaub betreffen, „entsprechend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes“ (§ 1 Abs. 3).

Mehrarbeit

Die GEW begrüßt die Klarstellung des Gesetzgebers, dass die Verpflichtung zur Mehrarbeit von fünf Zeitstunden für Teilzeitbeschäftigte nur anteilig gilt (§ 61 Satz 3). Dies entspricht der Rechtsprechung der deutschen Gerichte. Für Lehrerinnen und Lehrer beträgt die Obergrenze für die unentgeltliche Mehrarbeit bei einer vollen Stelle drei Unterrichtsstunden, bei Teilzeitbeschäftigten entsprechend weniger. Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis haben einen Anspruch auf gehaltsanteilige Bezahlung der Mehrarbeit von der ersten Stunde an. Die GEW Hessen vertritt aber weiterhin die Auffassung, dass auch teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamte bis zur Grenze der Vollzeit keine unentgeltliche Mehrarbeit leisten müssen. Der DGB Hessen kritisiert die Verpflichtung zu unentgeltlicher Mehrarbeit grundsätzlich als „nicht zeitgemäß“.

Mitbestimmung der Personalräte

Im Rahmen des DRModG wurde auch das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) erneut geändert. Dass die Kritik und die Forderungen des DGB und der GEW ignoriert und missachtet wurden, war angesichts der bisherigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag nicht überraschend. In § 77 HPVG wurden die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei der „Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt ohne Änderung der Amtsbezeichnung“ und bei Entlassung „kraft Gesetzes oder auf eigenen Antrag“ gestrichen. In § 81 Abs. 2 wurde das Mitwirkungsrecht der Personalräte bei der Bewertung von Arbeitsplätzen und Dienstposten auf die „Grundsätze“ der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung reduziert.

Wir informieren über das neue Beamtenrecht (ab 1.3.2014) (2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz)

Hessisches Beamtengesetz	HLZ 11/2013
Hessisches Beamtenversorgungsgesetz	HLZ 12/2013
Hessisches Besoldungsgesetz	HLZ 1-2/2014

Wir gratulieren im November ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Doris Adam-Mutz, Gießen
 Gerhild Alwazir-Wittner, Offenbach
 Gertrud Amar-Youcef, Frankfurt
 Mechtild Antusch, Heusenstamm
 Sigrid Bansa-de Haen,
 Seeheim-Jugenheim
 Folker Bayer, Pohlheim
 Ute Bayer, Pohlheim
 Bärbel Belardi, Wettenberg
 Helga Bernsdorff, Marburg
 Bärbel Betz, Unterhaching
 Ulrike Blees, Langen
 Günther Bree, Gießen
 Rüdiger Clostermann, Butzbach
 Lutz-Thomas Dietz, Niddatal
 Michael Dreffke, Frankfurt
 Wolfgang Engel, Bad König
 Uwe Faulhammer, Gießen
 Dorothea Freytag, Großostheim
 Ingrid Gabriel-Müller, Rüsselsheim
 Bernd Gans, Frankfurt
 Gitta Grabenhorst-Kümmel,
 Biedenkopf
 Jürgen Hahn-Schröder, Marburg
 Ulrich Halama, Frankenberg
 Inge-Lore Hansen, Frankfurt
 Volker Hendricks, Bensheim
 Karin Heynold-Jahnke, Karben
 Dagmar Hoppert-Siemon, Kassel
 Erich Horz, Waldbrunn-Ellar
 Helmut Hueber, Dreieich
 Elisabeth Hussong, Frankfurt
 Hedwig Imhof-Ramelow, Birkenau
 Peter Jung, Idstein
 Sigrid Jurecka, Gießen
 Ingrid Knobloch, Wiesbaden
 Anne Kornatz, Hungen
 Judith Kunze, Oberursel
 Barbara Kupisch, Berlin
 Waltraud Lang, Niddatal

Waldemar Lenze, Kassel
 Waltraud Löbel, Heuchelheim
 Jutta Marrek, Wettenberg
 Jutta Meiser-Sanne, Traben-Trarbach
 Ingrid Metzler, Hasselroth
 Ernst Müller, Babenhausen
 Elfriede Neubauer, Immenhausen
 Hellmuth Neumann, Guntersblum
 Manfred Nodes, Babenhausen
 Reinhard Nolle, Kassel
 Lucia Nozulak, Kassel
 Brigitte Ortman, Runkel-Arfurt
 Gerhard Pollmeier, Frankfurt
 Gerhard Rabenseifner, Ehringshausen
 Renate Röhrig, Weilburg
 Ulrich Rempel,
 Limburg-Lindenholzhausen
 Jutta Schaffner, Darmstadt
 Gerhard Schenk, Dietzenbach
 Michael Schenk, Schöneck
 Dr. Hans Schickedanz, Frankfurt
 Gudrun Schmidt, Eschwege
 Klaus Schmidt, Elz
 Roswitha Schmidt, Schwalmstadt
 Bernd Schneider, Frankfurt
 Carla-Maria Schulz, Kassel
 Helmut Schwinn, Schaafheim
 Birgitt Selke-Weinmann, Fuldatal
 Klaus Peter Stock, Marburg
 Heidelies Trenkle, Pfronten
 Gesine Vidakovic, Kelkheim
 Arnulf Weinmann, Fuldatal
 Gudrun Wolff, Gießen
 Christa Würschmidt, Bad Vilbel

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Ruthard Baranowski, Korbach
 Ruth Hagemann, Kirchhain
 Dr. Ulrich Hain, Gießen
 Klaus Hammon, Heusenstamm
 Gundel Kretschmer, Heidesheim

Erika Ritter, Wald-Michelbach
 Ursula Zaiss, Marburg

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Benno Fox, Korbach
 Rolf Hiestermann, Waldkappel

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Karl Adler, Bad Hersfeld
 Gottfried Ebersbach, Lichtenfels
 Manfred Grabe, Kassel
 Karl-Heinz Hanitsch, Lauterbach
 Marga Klose, Heppenheim
 Helene Koch, Laubach
 Karl König, Bebra
 Artur Kraft, Dautphetal
 Josef Kretschmer, Ludwigsau
 Heinz Joachim Nagel, Gießen
 Karl Roßbach, Biedenkopf
 Wilhelm Schön, Niedernhausen
 Gertrud Tikwinski, Marburg
 Friedrich Wegt, Mühlthal

... zum 75. Geburtstag:

Wilfried Aubel, Fritzlar
 Sigrid Fritz-Vietta, Mühlthal
 Gertrud Helduser, Offenbach
 Maria Klering, Frankenberg
 Hildegard Möller, Eschwege
 Sigrid Otto, Offenbach
 Albert Rücker, Hammersbach
 Prof. Dr. Günter Seifert, Petersberg
 Renate Stubenrauch, Frankfurt

... zum 80. Geburtstag:

Kurt Borger, Reinheim
 Ruth Kraft, Dautphetal

... zum 85. Geburtstag:

Prof. Stephan Freiger, Kassel
 Marianne Patak, Witzenhausen

... zum 91. Geburtstag:

Franz Sattler, Kirchhain



GEW-Kreisverband Ziegenhain

Bei einer Mitgliederversammlung ehrte *Hubert Sauer*, Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Ziegenhain, den Kollegen *Günter Schoppe* für 60-jährige Mitgliedschaft. Mit nunmehr 88 Jahren besucht Schoppe regelmäßig die Veranstaltungen im Altkreis Ziegenhain. Als Weggefährte des langjährigen Kreisvorsitzenden *Dietrich Schmid-Pfähler* war Günther Schoppe stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im Lehrpersonalrat im damaligen Kreis Ziegenhain. Er war Schulleiter in Linsingen und Seigertshausen und erhielt 1984 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Gesundheit in Kitas

Uni Gießen und AOK Hessen veranstalten von Oktober bis Februar 2013/2014 jeweils mittwochs von 18 bis 19.30 Uhr eine öffentliche Ringvorlesung zum Thema: „Gemeinsam aktiv für gesunde Kinder – mehr Gesundheit und Bewegung in Kindertagesstätten“. Den Abschluss bildet eine ganztägige Fachtagung mit Workshops und einem Markt der Möglichkeiten am 21.2.2014. Infos: www.netzwerk-elementarbildung.de



Ehrung im Altkreis Wetzlar

Ein Höhepunkt der diesjährigen Jahreshauptversammlung war die Ehrung langjähriger GEW-Mitglieder, die Vorstandsmitglied *Manfred Fritsch* (Käthe-Kollwitz-Schule) mit launigen Anekdoten über frühere Zeiten würzte. Auf 40 Jahre GEW-Zugehörigkeit blicken *Gerhard Herr*, *Gerhard Rabenseifner* und *Peter Schmitt* zurück. Bei *Manfred Weil* sind es 45 Jahre. Weil war zunächst IG Metall und ist dann über den Zweiten Bildungsweg zum Lehrerstudium gekommen. *Alfred Stroh* (Theodor-Heuss-Schule) fand vor 50 Jahren zur Gewerkschaft. Auf 60 Jahre GEW-Mitgliedschaft blickt *Hermine Schug* (Schöfengrund-Schwalbach) zurück.

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule
Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr
Deutsch

- GRIPS: Argumentieren und Erörtern, Schriftlich kommunizieren (11.11.), Kreatives Schreiben, Texte zusammenfassen (12.11.), Sprachliche Mittel & Fachsprachen, Überarbeiten und Gestalten (13.11.), Texte besser lesen und verstehen, Sachtexte (14.11.), Was ist Literatur?, Wie entsteht Literatur? (15.11.)

Musik

- Neue Musik - Vielfalt und Freiheiten im Ensemble Modern (21.11.)
- Jugendsinfonieorchester (22.11.)

Naturwissenschaft und Technik

- Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik: Frei Otto und das Münchner Olympiastadion, Fritz Leonhardt und der Stuttgarter Fernsehturm (25.11.), Joseph B. Strauss und die Golden Gate Bridge, John J. Raskob und das Empire State Building (26.11.), London Underground: Marc Brunel und der Tunnelbau, Meister Gerhard und der Kölner Dom (27.11.), Teisserenc, Piccard und die Erdatmosphäre, Benjamin Franklin und der Golfstrom (28.11.), Gauß und der Erdmagnetismus, Satelliten weisen den Weg (29.11.)

Malerei & Kunst

- Kunst in Rüsselsheim: Schüler führen Regie (6.12.)
- Nie wieder keine Ahnung! Die Zeit (2.12.), Das Bild (3.12.), Der Künstler (4.12.), Der Betrachter (5.12.)

Mit Überschall ins All!

Die intergalaktische ARD-Radiosendung für Kinder wird am 29. November 2013 von 20.05 bis 1 Uhr in hr2-kultur gesendet. Fünf Stunden lang reist das Kinderradioraumschiff quer durchs Universum. Mit an Bord: Hörspiele, Reportagen, Rätsel, Geschichten, Comedys... Dabei sein und mitmachen kann man am Radio, per Telefon oder Internet.

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule
Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr
Literatur und Sprache

Härtlings kleine Literaturgeschichte: Zum 80. Geburtstag von *Peter Härtling* sendet hr2-kultur vom 4. bis 13.11. acht Sendungen, die sich den acht Jahrzehnten des Schriftstellers widmen.

Philosophie

- Harald Lesch - Philosophie für Fußgänger: Was kann ich wissen? (2.12.), Was soll ich tun? (3.12.), Was darf ich hoffen? (4.12.), Was ist der Mensch? (5.12.)

Musik

- Glück im Pop (im Rahmen der ARD-Themenwoche „Glück“): Aretha Franklin: You make me feel like a natural woman (18.11.), Creedence Clearwater Revival: Fortunate son (19.11.), Chic: Good Times (20.11.), Jürgen Paape: So weit wie noch nie (21.11.), Daft Punk: Get lucky (22.11.)

Kunst

- Dürer-Ausstellung im Städel Frankfurt: 25., 26. und 27.11.

Psychologische Schlüsselbegriffe

- Selbstverwirklichung (28.11.), Empathie (29.11.)

Kreisverband Hanau ehrt langjährige Mitglieder

Das Fünziger-Jahre-Museum in Büdingen bildete den passenden Rahmen für die Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare im GEW-Kreisverband Hanau. Für 1 DM – die Markstücke konnten glücklicherweise im Museum erworben werden – waren den originalen Vinylscheiben in den Boxen die alten Hits wie „Marmor, Stein und Eisen bricht“, „Liebeskummer lohnt sich nicht“ oder „Ein Schiff wird kommen“ zu entlocken. *Heinz Bayer* und *Clara Ortel* überreichten die Urkunden für 50, 40 und 25 Jahre GEW-Mitgliedschaft. Für 50-jährige Mitgliedschaft wurden *Richard Hirn*, *Georg Sarrach* und *Dieter Gaußmann* geehrt. Eine besondere Ehrung wurde *Gert Ludwig Knipfer* zuteil. Nach Jahrzehnten unermüdlicher Arbeit im Kreisvorstand, im Gesamtpersonalrat, im Hauptpersonalrat und als Rechtsberater in Bezirk und Kreis schied er in diesem Jahr aus dem Kreisvorstand aus.



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
63159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

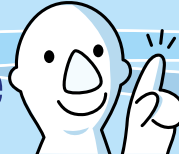
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralegentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · Präf.-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Ich bestelle

Expl. DuS-CD-ROM

zum Preis von Euro 39,-

GEW-Mitgl.-Preis Euro 29,90

Ich bestelle

Expl. DuS-Grundwerk in 2 Ordnern

zum Preis von Euro 35,-

GEW-Mitgl.-Preis Euro 26,-

Name/Vorname

ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße

PLZ/Ort

Mensch & Leben Verlagsges.
Postfach 1944,
61289 Bad Homburg v.d.H.
Tel.: 06172-9583-0,
Fax: 06172-958321
Email: mlverlag@wsth.de



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN

**Von hier an geht
es aufwärts!**

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Wir gestalten und produzieren für ihre Schule

Festschriften, Jubiläumsbroschüren

Stellen Sie Ihre Schule mit einer Imagebroschüre der Öffentlichkeit vor.

Schildern Sie Eltern, potentiellen Schülern, Freunden und Förderern die Vorzüge Ihrer Schule.

In den meisten Fällen ohne Kosten für Sie!

**Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 944,
61289 Bad Homburg, Email: mlverlag@wsth.de, Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)**

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

LONDON

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

Schnelle Hilfe bei Stress und Burnout

Supervision, Entspannung,
Achtsamkeitstraining, Hypnotherapie,
Musiktherapie

Einzeltermine und Gruppenangebote

Praxis für Achtsamkeit und Therapie
60439 Frankfurt
www.karen-maria-schmitt.de
069-24799583

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

BARCELONA

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190



Tel. 0039 0547 672727, Fax 0039 0547 672767
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia
www.real-tours.de, E-mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2014

NEU * Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug *** NEU**
Nach **Barcelona**, nach **Madrid**, nach **Sevilla**,
nach **Spanien/Katalonien**, nach **Cesenatico**

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen
ab Euro 240,- HP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**,
nach **Rom**, nach **Sorrent**,
nach **Südtirol**, nach **Spanien**,
nach **Griechenland**, nach **Prag**,
nach **Paris**, nach **London**, nach
Berlin, nach **München**

Individuell für Lehrer und Begleiter:
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.

Weitere Informationen auch bei:

R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon (08322) 800222, Fax (08322) 800223

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

ROM

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

VORTRAG

Legasthenie-Ursachen

28. NOVEMBER • 19.30 UHR

CJD Oberurff • Bergfreitheiter Str. 19 • Bad Zwesten

Humangenetiker Prof. Dr. Grimm (Universität Würzburg), selbst Legastheniker, referiert über die Ursachen und den Verlauf von Legasthenie – mit anschließender Diskussion.

Die Teilnahme ist kostenfrei.

AUSBILDUNG ZUM / ZUR

Dyslexietherapeut/-in



Die berufs begleitende Ausbildung (ab April 2014), unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Grimm, entspricht den Anforderungen des Bundesverband für Legasthenie und Dyskalkulie e.V. (BVL*) und berechtigt den Titel „Dyslexietherapeut/-in nach BVL“ zu führen.

Weitere Informationen:

 Annette Uhlén | Magnus von Kortzfleisch
Bergfreitheiter Straße 19 | 34596 Bad Zwesten
 (05626) 99 84 0 | www.cjd-oberurff.de (-> Akademie)

Das CJD bietet jährlich 155.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 9.500 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden an über 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Klassenfahrten Hamburg

Mit neuen Hostels exklusiv bei CTS!

4 Tage Busreise ab **107 €**

Tel. 05261 2506-7120 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de



Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint
am 8. Dezember 2013 –
bitte beachten Sie den Anzeigenschluss
am 14. November 2013.

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Inklusion konkret | 19-11-2013, Gießen | **Filzen für Anfänger** | 21-11-2013, Seeheim-Jugenheim |

An einem Strang ziehen | 21-11-2013, Offenbach |

Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht | 21-11 u. 28-11-2013, Oberursel |

Antimuslimischer Rassismus -

Warum braucht die Gesellschaft das Feindbild Islam? | 21-11-2013, Frankfurt |

Workshop Holz | 26-11, 03-12 u. 10-12-2013, Fürth/Odw. |

Sprachauffällige, stotternde, polternde Schüler - Was kann ich

als Lehrer/in tun? | 27-11-2013, Frankfurt | **Unterrichtsfach Glück** | 28-11-2013, Darmstadt |

Vocalpercussion & Beatboxing for Starter | 03-12-2013, Frankfurt |

Lehrer/innen an Ganztagschulen - Veränderung des Berufsbilds? | 04-12-2013, Fulda |

Prävention von Rechenschwäche durch das Rechnen mit konkreten Zahlen | 04-12-2013, Marburg |

Elterngespräche | 04-12-2013, Gießen |

Praxis der inklusiven Sprachförderung bei 5- bis 8-jährigen Kindern | 05-12-2013, Frankfurt |

„Hetzefrei!“ - Arbeitsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer | 05-12-2013, Fulda |

Digitale Fotografie an der Ostsee | 06-01 - 10-01-2014, Ostseebad Dierhagen |

Klassenführung - mehr als Classroom-Management | 14-01-2014, Frankfurt |

Einführung Deutsch als Zweitsprache (DaZ) | 17-01-2014, Offenbach |

Kreatives Arbeiten mit Textilien | 29-01-2014, Kassel |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12

60325 Frankfurt/Main